



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

102. Sitzung

6. Wahlperiode

Freitag, 25. September 2015, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

	Torsten Koplín, DIE LINKE	17, 25, 27
	Minister Mathias Brodtkorb	18
	Bernd Schubert, CDU	19
	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	21
	Julian Barlen, SPD	22
	Stefan Köster, NPD	25
	Harry Glawe, CDU	27
	B e s c h l u s s	28
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sichern – Engpässen bei nichtakademischen Ausbildungsplätzen vorbeugen – Drucksache 6/4475 –		3
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/4526 –		3
Wolfgang Waldmüller, CDU		3, 15
Minister Harry Glawe		4
Simone Oldenburg, DIE LINKE		6
Minister Mathias Brodtkorb		9
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		10
Jochen Schulte, SPD		13
David Petereit, NPD		14
B e s c h l u s s		17
Antrag der Fraktion DIE LINKE Die Gesetzliche Krankenversicherung sozial gerecht finanzieren – Drucksache 6/4453 –		17
	Antrag der Landesregierung Zustimmung des Landtages gemäß §§ 63 Absatz 1 und 64 Absatz 1 Landes- haushaltsordnung und § 12 Absatz 2 des Haushaltsgesetzes 2014/2015 zum Flächentausch des Landes mit Herrn Bernhard Reemtsma – Drucksache 6/4405 –	28
	Minister Dr. Till Backhaus	28, 29
	Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	29
	B e s c h l u s s	30
	Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT Verwendung von Regionalisierungsmitteln in Mecklenburg-Vorpommern	30

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	30, 40	Rainer Albrecht, SPD	72
Minister Christian Pegel	31	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	74
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	36	Bernd Schubert, CDU	75
Jochen Schulte, SPD	38	Tino Müller, NPD	76
Dietmar Eifler, CDU	41		
		B e s c h l u s s	78

Antrag der Fraktion der NPD

Zwangsverrentung bei

„Hartz IV“-Empfängern abschaffen

– Drucksache 6/4467 – 42

Michael Andrejewski, NPD 42, 43

Torsten Renz, CDU 42

B e s c h l u s s 44

Nächste Sitzung

Mittwoch, 21. Oktober 2015 78

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Ausbildungsplatzplanung für Erzieherinnen
und Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern
an aktuelle Entwicklungen anpassen**

– Drucksache 6/4454 – 44

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE 44, 48, 50

Minister Mathias Brodtkorb 45, 49

Bernd Schubert, CDU 46

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 47

Andreas Butzki, SPD 47

B e s c h l u s s 51

Antrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Milchkrise überwinden

– Drucksache 6/4463 – 51

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 51, 66

Minister Dr. Till Backhaus 53

Beate Schlupp, CDU 57

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE 59

Thomas Krüger, SPD 61

Stefan Köster, NPD 66

B e s c h l u s s 68

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Sonderprogramm zum Bau von

Wohnungen mit sozialer Bindung

– Drucksache 6/4455 – 68

Regine Lück, DIE LINKE 68, 76

Minister Harry Glawe 70

Beginn: 9.02 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 102. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sichern – Engpässen bei nichtakademischen Ausbildungsplätzen vorbeugen, Drucksache 6/4475. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4526 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Gleichwertigkeit von beruflicher und
akademischer Bildung sichern –
Engpässen bei nichtakademischen
Ausbildungsplätzen vorbeugen
– Drucksache 6/4475 –**

**Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 6/4526 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Waldmüller für die Fraktion der CDU. Bitte schön.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, meine Damen und Herren!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Guten Morgen, Herr Waldmüller! –
Zurufe aus dem Plenum: Guten Morgen! –
allgemeine Heiterkeit)

Ich glaube, wir haben heute einen sehr wichtigen Antrag – ich hatte den bereits am Mittwoch angekündigt –, der im Wesentlichen auch für die Fachkräftesicherung für die Zukunft für unsere Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern zielführend ist.

Meine Damen und Herren, während in Südeuropa die Jugendarbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen zum Jahresende bei etwa 53,4 Prozent lag, ist das Phänomen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland nahezu eine Randerscheinung. Zum Ende des vergangenen Jahres verzeichneten wir in der Bundesrepublik eine Jugendarbeitslosigkeit von 7,4 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern lag hierbei sogar noch unter dem Schnitt. Im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit hat es bei uns in den vergangenen Jahren erhebliche Bewegungen gegeben. Noch 2006 entfielen lediglich 0,65 Lehrstellen auf einen Bewerber. Die Ausbildungsbetriebe konnten also aus dem Vollen schöpfen und eine – wie sagt man? – Bestenauslese vornehmen. Mancher Bewerber hatte das Nachsehen. Dieser Trend hat sich komplett gedreht.

Zu Beginn des Ausbildungsjahres standen in Mecklenburg-Vorpommern 4.289 gemeldeten unbesetzten Ausbildungsplätzen lediglich 2.915 Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. Das ist der Stand der BA vom 31.07.2015. Das entspricht einem Verhältnis von circa 1 zu circa 1,5. Statistisch – nur statistisch! – hat also mittlerweile der Bewerber die Qual der Wahl. Der Ausbildungsbetrieb hat

unbesetzte Ausbildungsplätze und für die Ausbildungsbetriebe bekommt diese Entwicklung eine geradezu existenzielle Bedeutung. Es geht um Qualifikationsprofile, Unternehmensnachfolgen und schlicht um die Frage, wie der Bedarf an zukünftigen Fachkräften gesichert werden kann.

Wie bedrohlich diese Situation ist, hat das Statistische Landesamt am 8. September 2015 dargestellt. Ende des vergangenen Jahres waren demnach bei uns erstmals weniger als 20.000 junge Menschen in der dualen Ausbildung. Die Medien des Landes haben hierüber am 8. und 9. September umfänglich berichtet.

An dieser Stelle liegt die Schlussfolgerung ganz nahe, wenn die Azubizahlen sinken, müssen unter anderem neue Zielgruppen für die berufliche Ausbildung erschlossen werden. Die CDU-Fraktion hat dieses Thema während der Sommertour unseres Arbeitskreises Wirtschaft bei der IHK in Rostock am 16. Juli vertieft. Eine unserer Schlussfolgerungen lautet, an den Hochschulen des Landes müssen aufgrund der aus meiner Sicht zum Teil dramatischen Studienabbruchquoten – in einzelnen Fächern bei 30 Prozent und mehr – zielgruppengerechte Beratungsstrukturen für den Übergang von Studienabbrechern hin zu einer beruflichen Aus- und Weiterbildung etabliert werden. Die Kammern und die Bundesagentur für Arbeit müssen dabei mit einbezogen werden, denn eins steht fest: Meister und Bachelor wurden dem Niveau 6 des Deutschen Qualifikationsrahmens zugeordnet. Es handelt sich also um gleichwertige, wenn auch nicht um gleichartige Qualifikationen. Das ist ein Pfund, mit dem Unternehmer auch an Hochschulen wuchern können.

In M-V läuft an der Fachhochschule Wismar ein vergleichbares Pilotprojekt, JOBSTARTER-plus-Projekt, Studienabbruch „ask for change“. Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung wird dort verbessert. Die Durchlässigkeit muss jedoch in größerem Rahmen verbessert werden, das ist aber ein Thema für sich. Wir plädieren heute dafür, dass weitere solche nachhaltigen und zielgruppengerechten Beratungsstrukturen gemeinsam mit den Kammern und der Bundesagentur für den Übergang von Studienabbrechern hin zu einer beruflichen Aus- und Weiterbildung etabliert werden. Das alles ist aber nur eine Möglichkeit, dem Bewerbermangel für die duale Ausbildung zu begegnen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns heute einmal darüber reden, welche Ursachen es für den Azubimangel eigentlich gibt! Natürlich reden wir in Mecklenburg-Vorpommern dabei zum Beispiel über Demografie. In dem eben skizzierten Zeitverlauf hat sich auch die Bevölkerungszahl in Mecklenburg-Vorpommern verändert. Das kann aber nicht der alleinige Grund für den Bewerberrückgang sein, denn der prozentuale Rückgang der Anzahl der Auszubildenden in den letzten zehn Jahren beträgt 57 Prozent. Da Mecklenburg-Vorpommern in den letzten zehn Jahren keinen demografischen Wandel solchen Ausmaßes zu verzeichnen hatte, spielen im Hinblick auf den Bewerberrückgang neben der Demografie offenkundig auch ganz andere Faktoren eine Rolle.

Genau dazu möchte ich Herrn Butzki – er ist jetzt nicht da – aus der 95. Landtagssitzung am 4. Juni zitieren, Zitat: „In der ‚WirtschaftsWoche‘ vom 22. Mai konnte der interessierte Leser oder die Leserin Folgendes erfahren. ... Im Sommer 2007 begannen 624000 junge Menschen in Deutschland eine berufliche Ausbildung. 361000 schrieben sich für ein Studium ein. Das war über Jahre

die gewohnte Größenordnung: fast doppelt so viele Auszubildende wie Studenten. Ein paar Jahre später ist der gewaltige Abstand merklich geschrumpft. 520000 neue Azubis gab es 2014 – und 501000 Studienanfänger. Schreibt man die Entwicklung fort, werden in diesem Sommer erstmals mehr Menschen ein Studium beginnen als eine Ausbildung. ... Die Träger der beruflichen Schulen und das Bildungsministerium müssen auf diese Situation reagieren.“ Zitatende. Ich kann hier nur sagen – jetzt kommt der liebe Herr Kollege Butzki –, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Andreas Butzki, SPD: Genau. –
Heinz Müller, SPD: Siehst du!)

Die aus dem Zitat resultierenden Herausforderungen haben auch die Unternehmer im Land erkannt. Wenn also 50 Prozent der Schüler ein Studium beginnen, gehen sie dem Ausbildungsmarkt verloren, sagte Handwerkskammerpräsident Siegmeier am letzten Wochenende. Auch die Industrie- und Handelskammern haben den Themenschwerpunkt erkannt, sie haben die Berufsausbildung gemeinsam mit den Handwerkskammern am 25. Juni sehr gelungen aufgegriffen, und zwar mit einer Veranstaltung in Schwerin und Rostock. In Schwerin war Bundesbildungsministerin Professor Dr. Wanka zu Gast, in Rostock der Staatsminister a. D. Professor Dr. Nida-Rümelin.

Staatsminister a. D. Nida-Rümelin äußerte, dass man Deutschland um die berufliche Bildung beneide, aber Nida-Rümelin sagte weiter, dass die klassischen Ausbildungsberufe trotz weltweiter Anerkennung vernachlässigt würden. Und das ist auch so. Es ist daher beunruhigend, dass unser duales Ausbildungssystem international bewundert, in der deutschen Öffentlichkeit aber häufig als Angebot für weniger leistungsfähige Schulabgänger angesehen wird. In Bildungsberichten zum Beispiel der OECD beschreibt man Klischees von Bildungsabsteigern und dass Akademiker generell mehr verdienen als beruflich Gebildete. Das ist völliger Quatsch! Das ist völliger Quatsch, und dass es zum Teil umgekehrt ist, das wissen wir alle.

Meine Damen und Herren, aufgrund der bisher hier skizzierten Entwicklung liegt die Befürchtung nahe, dass wir eigentlich am Bedarf vorbei ausbilden. Ich habe die Angst, dass wir bei der Fachkräftesicherung einem Akademisierungswahn erliegen könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und wenn wir damit nun eine Ursache für den Wandel der beruflichen Ausbildung erkannt haben, stellt sich die Frage, wie wir die Rahmenbedingungen verändern können. Uns geht es gar nicht um einen Vorrang der beruflichen Ausbildung gegenüber der akademischen Ausbildung. Wir sprechen im Antrag von Gleichwertigkeit und aus Gründen verbriefter Gleichwertigkeit fordern wir heute Gleichberechtigung ein. Eine Gleichberechtigung muss mindestens drin sein!

Lassen Sie uns an dieser Stelle gerne konkret werden. Ich spreche hier von der Berufsorientierung an Schulen im Sekundarbereich II. Ich habe mich hinsichtlich der modifizierten Richtlinie zur Berufsorientierung an allgemein bildenden und beruflichen Schulen im Juli auch an die IHK in Schwerin gewandt. Bei der Berufsorientierung an Gymnasien beziehungsweise der Eröffnung der Studienorientierung gibt es hier den eindeutigen Wunsch einer stärkeren Berücksichtigung der beruflichen Ausbildung. Diese Wünsche müssen bei der Anpassung der Richtlinie berücksichtigt werden. Das ist das Kernanlie-

gen dieses Antrages und ich bitte heute schon alle Bildungspolitiker unseres Landtages um die entsprechende Unterstützung. Lassen Sie uns stärker als bisher für die berufliche Bildung werben!

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Lehrkräfte an den Gymnasien verweisen oft einseitig auf das Studium als Königsweg zum beruflichen Erfolg. Hier muss künftig stärker über die duale Ausbildung als gleichwertiges Angebot zum Studium informiert werden. Natürlich sind hier alle relevanten Akteure gefordert, die Auszubildendenzahlen machen ja deutlich, wie nötig das ist.

Gestatten Sie gerade deswegen noch eine abschließende Bemerkung: Wenn wir heute mit hoffentlich breiter Zustimmung für eine intensivere Werbung für die berufliche Ausbildung eintreten, muss natürlich auch das Produkt stimmen, das beworben werden soll. Deswegen wollen wir unter Punkt II.3.b) und c) an die Sozialpartner appellieren, die Qualität der Ausbildung besonders hinsichtlich der praktischen Umsetzung der Ausbildungsordnung weiter zu verbessern. Wir wünschen uns auch, dass die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung bei der Personalentwicklung und -rekrutierung in den Unternehmen stärker berücksichtigt wird. Denken Sie an die vielfältigen Anschluss- und Entwicklungsmöglichkeiten eines nicht akademischen Ausbildungsweges!

Zugegeben, mit diesem Appell betreten wir kein Neuland – ich bin gleich fertig –, ähnliche Bestrebungen gibt es ja auf Bundesebene. Wir haben in dem Antrag auf die entsprechende Bundestagsdrucksache verwiesen. Ich werde in meinen zweiten Ausführungen noch mal kurz darauf eingehen. Ich bitte also um Zustimmung zu unserem Antrag und freue mich auf die Aussprache. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Waldmüller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister Herr Harry Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Am 8. September erschien folgende Meldung, ich zitiere: „Geburtenknick und Run auf Abitur. Immer weniger junge Leute in Mecklenburg-Vorpommern machen eine duale Ausbildung. Die Wirtschaft fürchtet die Folgen.“ Ende des Zitats. Hintergrund der Meldung war die Veröffentlichung der Ausbildungszahlen für das Jahr 2014 durch das Statistische Amt.

Mit Stichtag vom 31.12.2014 befanden sich in Mecklenburg-Vorpommern 19.399 junge Menschen in der dualen Ausbildung. Von den insgesamt 19.399 Auszubildenden unterschrieben 7.851 Jugendliche im Herbst 2014 einen Ausbildungsvertrag. Die Folgen des dramatischen Geburtenrückganges seit der Wende sind auch auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt spürbar geworden. Zunächst war bis in das Jahr 2007 dieser Rückgang in den Betrieben nicht so spürbar, wie das heute der Fall ist. Der

Ausbildungsmarkt hat sich vollständig zugunsten der Jugendlichen und damit zulasten der Betriebe entwickelt und gewandelt. Das bezeugen erneut die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Danach wurden bis August dieses Jahres 9.968 betriebliche Ausbildungsangebote angemeldet und 8.707 Jugendliche meldeten sich für einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Damit übersteigt das gemeldete betriebliche Ausbildungsangebot auch in diesem Jahr die Zahl der gemeldeten Bewerber, und daran wird sich auch in den nächsten Jahren wenig ändern.

Die Wirtschaft, aber auch der öffentliche Dienst müssen sich also darauf einstellen, dass man nicht mit den Rezepten von gestern die Erfolge von heute einfahren kann. Das heißt auch umgedreht, wir können nicht mehr aus dem Vollen schöpfen. Dies bestätigt ein Blick in die Prognosen des Bildungsministeriums vom März dieses Jahres über die Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen in den Jahren 2016 bis 2026. Danach wird sich die Zahl der Schulabgänger zwischen 12.000 und 13.000 pro Jahr bewegen. Die Wirtschaft mit ihren dualen Ausbildungsplätzen, der öffentliche Dienst mit den Beamtenausbildungsplätzen, Polizei und Verwaltung seien hier genannt, die Bundeswehr, die Gesundheits- und die Pflegeberufe, die vollzeitschulisch ausgebildet werden, und die Hochschulstudienplätze stehen in einem scharfen Wettbewerb um diesen Nachwuch. Gewinnen können nur diejenigen, die attraktive Angebote ausloben und diese auch attraktiv bewerben.

Die Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren im Wesentlichen ihr Ausbildungspotenzial aus den Schulabgängern mit mittlerer Reife und Berufsreife decken können. So hatten im Jahr 2013 immerhin 49,5 Prozent der Auszubildenden mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen die mittlere Reife, 24 Prozent die Berufsreife und 18,6 Prozent, meine Damen und Herren, die Hochschul- und Fachschulreife als Schulabschluss. Bereits heute kann die Wirtschaft ihre Ausbildungsplätze, knapp 10.000 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Stellen, nicht mehr nur mit Jugendlichen besetzen, die über die mittlere Reife oder Berufsreife verfügen. Neue Potenziale müssen erschlossen werden. Dazu gehören Abiturienten, Studienabbrecher, Jugendliche mit Migrationshintergrund, leistungsschwächere Bewerber, aber auch Flüchtlinge, die ein Bleiberecht bei uns haben.

Die Entscheidung für und gegen einen Ausbildungsbetrieb machen Jugendliche oft davon abhängig, was ein Betrieb zu bieten hat. Dazu zählt auch, wie dort mit den Mitarbeitern umgegangen wird, welche Angebote man jungen Leuten für die Zukunft in den jeweiligen Unternehmen bietet. Entscheidend ist oft das Betriebsklima. Die Übernahme, aber auch Karrierechancen sind wichtig. Der Jugendliche trifft seine Entscheidung für und gegen den Betrieb und wägt Vor- und Nachteile ab.

Obwohl das Image der deutschen Berufsausbildung in der Welt nach wie vor sehr gut ist, stellen wir in Deutschland ein abnehmendes Interesse der Schulabgänger an der dualen Schulausbildung fest. Im Ausbildungssystem bleiben immer mehr Ausbildungsstellen unbesetzt. Einerseits stehen Jugendlichen mit höheren Schulabschlüssen mehr Alternativen zur Verfügung, andererseits sind Betriebe nur begrenzt bereit, Jugendliche mit niedrigeren Schulabschlüssen auszubilden. Die Stärkung und die Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsausbildung ist vor diesem Hintergrund eine wichtige Zielstellung. Dabei gewinnen Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit im Bil-

dungswesen zunehmend an Bedeutung. Durchlässigkeit braucht die Anerkennung gleichwertiger Abschlüsse.

Während meines Vorsitzes bei der Wirtschaftsministerkonferenz habe ich mich gegenüber dem Bund erfolgreich dafür eingesetzt, dass die WMK als gleichberechtigter Partner in die Allianz für Aus- und Weiterbildung aufgenommen wird. In der am 12. Dezember 2014 von mir mitunterzeichneten Vereinbarung haben sich Bund, Länder und Sozialpartner ausdrücklich zur Gleichwertigkeit bekannt. Die berufliche Ausbildung verdient die gleiche Akzeptanz wie die akademische Ausbildung. Wir brauchen die berufliche und die akademische Ausbildung für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes Deutschland, sprich Mecklenburg-Vorpommern. Wir benötigen gemeinsame Anstrengungen, um einen Wechsel zwischen den Systemen selbstverständlich zu machen und die Durchlässigkeit zu verbessern. Die duale Berufsausbildung sichert den Fachkräftenachwuchs und schafft wie eine akademische Ausbildung gute Perspektiven für beruflichen Erfolg und berufliche Weiterbildung. Ich empfehle Ihnen sehr, dieses Papier noch mal nachzulesen.

Die Wirtschaft weiß um die Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Sie wird heute in den Schulen viel aktiver und engagiert sich bei der Bereitstellung von Praktikumsplätzen. Zeugnisnoten sind nicht immer entscheidend. Das, glaube ich, kann man auch für Mecklenburg-Vorpommern feststellen. Deswegen kommt es sehr darauf an, für die unterschiedlichen Zielgruppen Wege der dualen Berufsausbildung aufzuzeigen. Ich will dies am Beispiel von Studienabbrechern erläutern. Viele Abiturienten entscheiden sich für ein Studium, stellen dann fest, dass sie – aus welchen Gründen auch immer – den falschen Weg eingeschlagen haben. Hier liegt ein beträchtliches Potenzial für eine Alternative, nämlich die duale Ausbildung.

Bereits im Fachkräftebündnis Mecklenburg-Vorpommern haben wir uns darauf verständigt, dass die Wirtschaft attraktive Ausbildungsangebote für die Integration von Studienabbrechern und -abbrecherinnen in den Arbeitsmarkt vorhält und auch aktiv bekannt macht. Die Wirtschaft will dieses Potenzial nutzen. Mit dem Programm JOBSTARTER plus fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits 18 regionale Projekte, die sich an Studienabbrecherinnen und -abbrecher richten. Ziel ist es, die jungen Menschen für eine duale Berufsausbildung zu gewinnen.

Mein Haus hat sich im Rahmen der Auswahlprozesse gegenüber dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erfolgreich dafür eingesetzt, dass dieses Projekt auch nach Mecklenburg-Vorpommern kommt. Ich will Herrn Petters, der heute hier im Haus ist, noch mal ausdrücklich dafür danken.

(Beifall Vincent Kokert, CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Den
haben wir aber lange nicht gesehen.)

Er sitzt hinten, Herr Fraktionsvorsitzender. Sie brauchen sich bloß mal umzuwenden,

(Egbert Liskow, CDU:
Haben wir schon.)

so ein bisschen nach rechts gucken, dann haben Sie ihn im Auge.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, lieber nach links.)

Sie können auch nach links gucken, das gestatte ich Ihnen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Niemals. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, die Hochschule in Wismar und die RegioVision GmbH Schwerin machen von diesem Projekt rege Gebrauch.

Ich weiß gar nicht, warum Sie sich an Herrn Petters so ereifern. Ereifern Sie sich doch an mir hier!

(allgemeine Heiterkeit –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben
doch die Vorlage geliefert, Herr Minister.)

Ja, weiß ich doch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wir haben Herrn Petters noch
in guter Erinnerung, Herr Glawe.)

Meine Damen und Herren, entscheidend ist, dass die Attraktivität der dualen Ausbildung bereits in der Schule im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung gerade im Sekundarbereich II vermittelt wird. Dabei ist intensiv mit den Vorteilen der dualen Berufsausbildung zu werben sowie mit den vielfältigen Anschluss- und Entwicklungsmöglichkeiten einer nicht akademisierten Ausbildung fortzufahren. Nur so erhöhen sich die Chancen, dass die beruflichen Bildungswege auch erkennbar als attraktive Alternativen für die Zukunft gelten. Dies gilt auch im Hinblick auf das Ziel der Durchlässigkeit insbesondere für die Gymnasien. Jeder junge Mensch soll so früh wie möglich, spätestens jedoch am Ende der Vorabgangsklasse eine konkrete Vorstellung über sein berufliches Ziel haben. Insofern sollten all diese Möglichkeiten ausgenutzt, bekannt gemacht und es sollte dafür geworben werden.

Die Berufs- und Studienorientierung für junge Menschen, die ein Gymnasium besuchen, muss so ausgestaltet sein, dass sie, ausgehend von dem jeweiligen beruflichen Ziel und in Bezug auf die Ergebnisse der Kompetenzfeststellungsverfahren und Interessenbekundungen, ergebnisoffen mögliche Bildungswege im dualen oder akademisierten System sowie Möglichkeiten zur Verknüpfung nutzt. Dazu gehören im Verhältnis das Durchlässigkeitsdenken und auch Möglichkeiten, die nicht das Abitur vorsehen.

Meine Damen und Herren, eine duale Berufsausbildung ist keine Sackgasse, sondern sie ist ein solides Fundament, das für die Jugendlichen aufgebaut werden soll: Vom Lehrling zum Gesellen, vom Gesellen zum Meister, vom Meister zur Betriebsgründung oder zum Betriebsnachfolger und, wenn der Meister/die Meisterin das wollen, dann ist auch der Weg an die Hochschule offen. Deshalb ist die Botschaft wichtig: Man kann auch im beruflichen Bildungssystem Qualifikationen auf höherem Niveau erwerben und muss dazu nicht in die Hochschulen wechseln, aber man kann es.

(Egbert Liskow, CDU: Siehste!)

Von daher, meine Damen und Herren, denke ich, sind die Wege für junge Leute offen, und wir sollten immer

dafür werben, damit der Standort Deutschland mit guten, qualifizierten Fachkräften ausgestattet ist, um im Wettbewerb der Nationen, auch im Wettbewerb der Länder untereinander weiter erfolgreich zu sein. Wir brauchen einen erfolgreichen Aufholprozess, auch in den nächsten Jahren. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Oldenburg für die Fraktion DIE LINKE.

(Vincent Kokert, CDU: Na, mal
gucken, was die noch machen.)

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern hat die höchste Anzahl der Studienabbrecher bundesweit, aber als meine Fraktion darauf aufmerksam machte, dass in den Eckwerten zur Hochschulpolitik kein Sterbenswörtchen über mögliche Lösungsstrategien zur Senkung dieser enormen Abbrecherquote verloren wurde, sahen Regierung und Koalition darüber hinweg und winkten die Eckwerte durch. Als meine Fraktion Änderungen in der Berufsausbildung anmahnte, weil jährlich über 3.000 Jugendliche ihren Ausbildungsvertrag vorzeitig beenden, waren Koalition und Regierung auf Tauchstation. Schweigen von Regierung und Koalition beim steigenden Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen und bei der Tatsache, dass jeder fünfte Jugendliche am Ende seiner Ausbildungszeit durch die Facharbeiterprüfung rasselt.

Aber nun kommt heute ein Antrag, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lieber spät als nie.)

Allerdings, Peter.

... ein Antrag, bei dem sich die Regierung wieder nicht aus der Deckung begeben muss, denn er fordert einfach kein Regierungshandeln, er bittet lediglich die Industrie- und Handelskammern, er bittet die Handwerkskammern sowie die Hochschulen und er bittet die Wirtschafts- und Sozialpartner. Puh, nichts für die Regierung dabei abgefallen! Das nennt man dann wohl, Verantwortung zu delegieren. Beim Delegieren muss man ungefähr genauso viel oder wenig tun wie beim Abschreiben,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

denn wortwörtlich übernehmen Sie, sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, große Teile Ihres heutigen Antrages von dem der CDU/CSU und SPD vom 19. Mai dieses Jahres im Bundestag.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach was?! – Vincent Kokert, CDU:
Das würde Ihnen nie passieren! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist einfach nur peinlich. Hier wäre es wirklich besser gewesen, wenn Sie genau so geschwiegen hätten wie bei den Studien- und Ausbildungsabbrechern. So heißt es bei Ihren Bundeskollegen, ich zitiere: „Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell und bietet

vielen Menschen eine hervorragende Qualifizierung und damit einhergehende berufliche Karriere- und Laufbahnchancen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unseres künftigen Fachkräftebedarfs und Wohlstands.“ Ende des Zitats.

Sie wandelten diese Aussage minimal ab, ich zitiere: „Das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung bietet vielen Menschen hervorragende Karriereperspektiven und leistet einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung in Mecklenburg-Vorpommern.“ Ende des Zitats.

(Vincent Kokert, CDU: Na bitte!)

Einen weiteren Beweis Ihrer Abschreibübung möchte ich noch anführen, denn da haben Sie sich überhaupt keine Mühe mehr gemacht, ein, zwei Worte wegzulassen oder zu ersetzen. Den Punkt können Sie auch mitlesen, das spart uns jetzt ein bisschen Zeit, denn der Antragstext Ihrer Bundeskollegen ist vollkommen identisch mit dem Punkt 3 Ihres Antrages. Ich zitiere jetzt den Text der Bundestagsfraktionen. Das sage ich lieber mit dazu, sonst kommen Sie durcheinander.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Da fordern die Bundestagsfraktionen die Bundesregierung auf, die Sozialpartner aufzufordern,

„1. ihr Engagement in der frühzeitigen Berufs- und Arbeitsweltorientierung der Schülerinnen und Schüler regional zu steigern;

2. die Qualität der Ausbildung besonders hinsichtlich der praktischen Umsetzung der Ausbildungsordnung weiter zu verbessern ...“

und

„3. die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung und der akademischen Bildung bei der Personalentwicklung und -rekrutierung in den Unternehmen zu berücksichtigen“, Ende des Zitats.

Wortwörtlich! Wortwörtlich der gleiche Text!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das nennt man Täuschung und über derartige Fälle heißt es im Schulgesetz Paragraph 67: „Versucht ein Prüfling, das Ergebnis der Prüfung durch Täuschung zu beeinflussen, ist die gesamte Prüfung für nicht bestanden zu erklären.“ Ende des Zitats.

(Beate Schlupp, CDU: Das halten Sie jetzt für belastbar? Das halten Sie für belastbar?! Ich hoffe, Sie waren keine Deutschlehrerin.)

Sehr geehrte Damen und Herren, jeder Mensch ist gleich viel wert, egal, ob er Fleischer, Betriebswirtin oder Lehrer ist. Unser Anliegen muss es doch sein, den jungen Menschen eigene, selbstbestimmte Entscheidungen zu ermöglichen, ihr Interesse an der beruflichen Vielfalt zu wecken und ihnen Chancen zu eröffnen, sich selbst verwirklichen zu können. Sie brauchen Wege für ihr Leben, die keine Sackgassen sein dürfen. Anders gesagt, man muss auch wieder Verkäuferin werden wollen und man muss Fleischer werden können, wenn man Fleischer werden will, und nicht, weil der Abschluss

des Fleischers dem Abschluss des Tierarztes gleichwertig sein könnte.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Oh Gott!)

Sie versuchen, eine Gleichwertigkeit herbeizureden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Doch, doch! So viel Müll, wenn Sie das als Müll bezeichnen, haben Sie einfach abgeschrieben aus dem Antrag der Bundestagsfraktionen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Bildungsbürgertum. – Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Der Deutsche Qualifikationsrahmen der Kultusministerkonferenz, den ich als wirklichen Meilenstein bezeichne, um das deutsche Bildungssystem vergleichbar zu machen, macht eben vergleichbar und nicht die Ausbildungen untereinander gleichwertig. Denn – und da ist die Koalition auf dem Holzweg, also genauer gesagt, beide Koalitionen,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Wissen Sie denn, dass fraktionsübergreifend der Antrag eingereicht wurde?)

im Bund und im Land – aus dem Vergleich der Bereiche der beruflichen und der allgemeinen Bildung ist eben nicht die Legitimation abzuleiten, die Berufsausbildung per se zu akzeptieren. Sie kann nämlich nicht verordnet werden. So kann und darf eine Berufsorientierung oder Studienorientierung nicht aussehen. Das verkehrt einfach die Tatsache, dass es allen Beteiligten wesentlich besser gelingen muss, Jugendliche auf die große Bandbreite der Berufe vorzubereiten, ihnen wirklich eine Orientierung und einen Halt zu geben, denn sowohl die berufliche als auch die schulische Bildung bieten zahlreiche Möglichkeiten von Abschlüssen, die dann den verschiedenen Niveaustufen – ich betone: den verschiedenen Niveaustufen! – des Deutschen Qualifikationsrahmens zugeordnet werden und auch künftig zugeordnet werden. Somit sind nicht die berufliche und die allgemeine Bildung pauschal gleichwertig, sondern sie sind vergleichbar auf der jeweiligen Niveaustufe.

Der Qualifikationsrahmen ordnet die Abschlüsse der verschiedenen Bildungsbereiche in acht Niveaustufen ein, die durch die jeweiligen Lernergebnisse beschrieben werden. So ist zum Beispiel die Fleischerin oder der Fleischer der Niveaustufe 4 von acht zugeordnet, der geprüfte Meister hat die Niveaustufe 6 und der Tierarzt die Niveaustufe 7. Das bedeutet, dass Unterschiede und Gemeinsamkeiten von allgemeiner, beruflicher und hochschulischer Bildung sichtbar gemacht werden. Hier geht es vor allem um Durchlässigkeit, um das Vermeiden von Einbahnstraßen und Irrwegen in der Bildung.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie begrüßen in Ihrem Antrag das Landeskonzzept für den Übergang von der Schule in den Beruf. Richtig, das ist ein Schritt! Aber seit anderthalb Jahren ist es lediglich der erste Schritt, denn es fehlt immer noch der gemeinsame Handlungsrahmen für eine gemeinsame Berufsorientierung, der entsprechend der Altersstufen der Schülerinnen und Schüler strukturiert und klar definiert ist. Wir würden in diesem Zusammenhang zum Beispiel begrüßen, dass endlich die vor mehr

als einem Jahr angekündigten und dann wieder abgesagten Regionalkonferenzen durchgeführt werden würden.

Nur, der erste Schritt genügt eben nicht, um Berufsorientierung planmäßig zu lenken und erfolgreich zu gestalten, denn dazu gehört auch, die Jugendberufsagenturen nach vergleichbaren Inhalten und Kriterien arbeiten zu lassen und ihre vielfältigen Aufgaben durch eine Landeskoordination zu bündeln. Dann würde man auch Jugendliche mit Migrationshintergrund und Behinderung frühzeitig fördern können, und zwar so, dass man hier nicht den Weg der Exklusion geht, wie der Antrag vorsieht, sondern den der Integration. Diese Jugendlichen benötigen in den meisten Fällen keine speziellen Ausbildungsplätze, sondern müssen für die Ausbildung fit gemacht werden. Ihr Antrag geht auch in diesem Punkt an den gesellschaftlichen Erfordernissen und Bedarfen vorbei.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir benötigen keine zusätzlichen Behindertenausbildungsplätze oder Migrationsausbildungsplätze, sondern diese jungen Menschen benötigen Unterstützung und Begleitung, um die vorhandenen Ausbildungsplätze zu besetzen und dann ihre Ausbildung erfolgreich zu absolvieren.

So, wie sich dieser Antragspunkt erledigt hat, erledigen sich auch Ihre Forderungen unter Ziffer II, denn die von Ihnen geforderten Beratungsstrukturen an den Hochschulen existieren bereits und auch die Industrie- und Handelskammern haben eine sehr gut funktionierende Studienabrecherberatung. Aber das passiert beim Abschreiben, dass man etwas fordert, was bereits vorhanden ist.

(David Petereit, NPD: So ist es. –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Allerdings geben wir Ihnen selbstverständlich in dem Unterpunkt Ihres Antrages recht, in dem Sie fordern, dass die Berufs- und Studienorientierung in der gymnasialen Oberstufe unbedingt intensiviert werden muss. Gegenwärtig erfolgt diese ohne inhaltlich klare Zielsetzung, ohne Rahmenplan und ohne Bezug zur Richtlinie der Berufsorientierung, denn diese blendet die Studienorientierung vollkommen aus.

Auch am Gymnasium muss nicht nur die Studienorientierung planmäßig erfolgen, sondern eben auch die berufliche Bildung Einzug halten, um den Jugendlichen Rechnung zu tragen – das sagte eben Herr Glawe –, die das Gymnasium ohne die allgemeine Hochschulreife verlassen oder sich anschließend für eine qualifizierte Berufsausbildung entscheiden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir können weder den Mangel an jungen Menschen noch den Mangel an Ärztinnen und Ärzten oder Köchinnen und Köchen mit diesem Antrag beheben.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Was demografisch bedingt ist, kann man nicht mit Grußworten, Bitten und Willensbekundungen wegreden. Mecklenburg-Vorpommern hat mehrere Tausend offene Lehrstellen, von denen wahrscheinlich keine einzige durch diesen Antrag besetzt wird. Es mangelt nämlich an einer entschlossenen und konsequenten Landesstrategie, die tatsächlich das Interesse der Jugendlichen für die Berufsausbildung weckt, die sie begleitet und unterstützt.

Ihr Versuch, wortreich etwas gleichzusetzen, wird nicht mehr Kellner, nicht mehr Restaurantfachfrauen oder Verkäuferinnen und Verkäufer motivieren, ihre Ausbildung in diesen Berufen zu beginnen und vor allem erfolgreich abzuschließen. Durch eine unzulässige Verengung von Begrifflichkeiten möchten Sie gerne theoretisch dem Fachkräftemangel entgegenwirken, statt beispielsweise die Berufsschullandschaft so auszugestalten, dass die Jugendlichen, die in Mecklenburg-Vorpommern leben, auch eine wohnortnahe Berufsausbildung absolvieren können.

Derzeit gelingt es der Regierung nicht einmal, sich mit der Arbeitgebervereinigung über 10.000 Euro zu verständigen, die für den Berufswahlpass notwendig sind. Wer es zulässt, dass alle Schulen den Schülerinnen und Schülern diese Pässe ausdrucken müssen, ihnen eine Loseblattsammlung als sogenannten Berufswahlpass aushändigen müssen, der ist weit davon entfernt, mit seiner Wunschliste bei genau den gleichen Partnern punkten zu können.

(Beate Schlupp, CDU: Aber ein toller
Pass, der bringt Arbeitsplätze
und Ausbildungsplätze?!)

Nun haben Sie ja wirklich ...

Das ist ein sehr erfolgreiches Instrument, Frau Schlupp, und da müssten Sie sich erst über den Inhalt erkundigen und sehen, was das tatsächlich für die Schülerinnen und Schüler bringt, wenn sie diesen Berufswahlpass in ihrer Ausbildung vorlegen können. Das ist nicht mal mehr gegeben, dass sie den wirklich als Pass erhalten,

(Egbert Liskow, CDU: Ihr
seid doch bloß Theoretiker!)

sondern einfach nur als Loseblattsammlung.

(Beate Schlupp, CDU: Ob das eine
Hochglanzbroschüre ist oder
eine Loseblattsammlung
ist egal, wird nichts ändern.)

Ja, genauso wie Ihr Antrag, Frau Schlupp.

Nun haben Sie ja wirklich vieles aus dem Antrag aus dem Bundestag kopiert, aber sämtliche Forderungen, die Ihre Bundeskollegen an die Länder stellen und die die tatsächliche Landesverantwortung verdeutlichen, haben Sie geflissentlich vergessen abzuschreiben.

(Egbert Liskow, CDU: Sie können
besser abschreiben, das wissen wir ja.)

So können Sie natürlich vergessen, dass wir Ihrem Antrag heute zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Oldenburg.

Um das Wort hat gebeten der Bildungsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Mathias Brodtkorb.

(Torsten Renz, CDU: Na siehste,
dann spricht er doch noch.)

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da, wie zu erwarten, ja auch einige Dinge angesprochen wurden, die meinen Ressortbereich betreffen, will ich gerne kurz darauf eingehen, am Ende auf drei Dinge.

Das Erste ist die Frage, ob diese Debatte hier irrelevant ist, also eine öffentliche Debatte darüber, dass die Berufsausbildung und die akademische Bildung in der öffentlichen Wertschätzung den gleichen Wert haben müssen. Wenn das überflüssig ist, dann waren umgekehrt auch die Debatten der letzten 10 oder 15 Jahre überflüssig, wo das nicht der Fall war, sondern wo das Gegenteil gemacht wurde, auch hier im Haus. Ich will mich gar nicht ausnehmen. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie wir euphorisiert Debatten über die Wissensgesellschaft geführt und gesagt haben, die Akademikerquote muss immer höher werden, es müssen immer mehr aufs Gymnasium, es müssen immer mehr Abitur machen.

(Vincent Kokert, CDU: Keiner kann mehr ein Klo reparieren. Diese Situation haben wir jetzt schon.)

Frau Oldenburg, da haben Sie natürlich recht, bei uns wird diese Situation jetzt durch den demografischen Wandel verschärft,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

und diesen demografischen Wandel können wir natürlich nicht über diese Debatte ändern. Aber ich glaube schon, dass es auch in der Verantwortung der Politik ist, den jungen Menschen zu sagen, dass wir im Bereich des Handwerks und der Ausbildung unglaublich viele Potenziale, Chancen und Bedarfe haben

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist die Intention.)

und es unglaublich viele Akademiker gibt, die im Niedriglohnssektor arbeiten werden, weil es für sie in diesem Umfang gar keine Bedarfe gibt. Diese Wahrheit als Politik auch mal auszusprechen, dass vielleicht vor zehn Jahren die Debatte über mehr Akademiker richtig war,

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

dass wir heute aber in einer anderen Situation sind, ist notwendig. Wenn Sie mit Handwerksmeistern sprechen, mit der IHK und sonst wem, wird das auch ganz deutlich. Wenn das so ist, finde ich, haben wir als Politik schon die Verantwortung, diese Debatte auch zu führen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Torsten Renz, CDU: Viel zu spät.)

Zweiter Punkt: Berufswahlpass. Damit sich da keine Legenden verbreiten, die Diskussion war folgende: Wir haben als Bildungsministerium vorgeschlagen, dass die Schulen die Flexibilität haben, verschiedene Elemente aus dem Berufswahlpass auszuwählen und beispielsweise das Erzeugen dieses Berufswahlpasses in den Kunstunterricht zu integrieren, dass man sagt, die Schüler gestalten sich ihren Berufswahlpass selbst, können sich damit auch mehr identifizieren, und die Lehrer haben die Möglichkeit, einzelne Elemente auszuwählen. Das war unser Vorschlag, und nicht eine Loseblattsammlung. Es wäre pädagogisch sehr viel sinnvoller gewesen, das so zu machen.

Dann haben die Sozialpartner gesagt, das wollen wir aber nicht. Wir hätten gerne einen Hochglanzberufswahlpass, der vorgedruckt ist. Darauf hat die Regierung gesagt, okay, wenn das euer Wunsch ist, weil ihr ja am Ende mit dem Berufswahlpass arbeiten sollt, es ist ja auch euer Instrument,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

machen wir euch den Vorschlag, dann machen wir das so, aber wir teilen uns die Kosten, die eine Hälfte die Sozialpartner, die andere die Landesregierung. Das war die Vereinbarung, die ist schriftlich festgehalten worden. Ich möchte mal sagen, die Landesregierung steht bis zum heutigen Tag zu ihrem Wort. So einfach ist das.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das habe ich auch so gesagt.)

Nun kommt der dritte Punkt.

Frau Oldenburg, Sie haben den Deutschen Qualifikationsrahmen, der ja aus dem Europäischen Qualifikationsrahmen resultiert, gelobt und haben darauf hingewiesen, dass es da um Vergleichbarkeit geht im Unterschied zum Thema Gleichwertigkeit im Antrag der Koalition.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

Ich muss das Lob ein bisschen zurückweisen. Das, was wir mit dem Deutschen und dem Europäischen Qualifikationsrahmen machen – viele werden das wahrscheinlich gar nicht kennen –, ist zu erheblichen Teilen eine Riesenkopfgeburt. Wir versuchen, nicht nur die entsprechenden Abschlüsse innerhalb Deutschlands irgendwie vergleichbar zu machen, sondern innerhalb Europas. Da sich aber die Abschlüsse innerhalb Europas völlig unterscheiden, ist es zwar in der Tabelle so, dass das alles vergleichbar ist, aber was sich dahinter verbirgt, ist mitnichten vergleichbar.

Gehen wir das doch mal durch. Jetzt ist die Frage: Was heißt vergleichbar? Macht die Unterscheidung, die Sie gemacht haben, zwischen Gleichwertigkeit und vergleichbar, überhaupt Sinn? Vergleichbar ist alles mit allem. Ich kann eine Gurke mit einem Flugzeug vergleichen, es kommt bloß nicht viel dabei heraus.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Doch.)

Ich kann eine Gurke mit einer Zucchini vergleichen, dabei kommt schon mehr raus. Das heißt, natürlich macht auch Vergleichbarkeit nur dann Sinn, in dem Sinne, wie Sie das meinen, wenn es eine gewisse Gleichwertigkeit gibt. Sachen miteinander zu vergleichen, die nichts miteinander zu tun haben, ergibt eben erkenntnismäßig keinen Sinn. Das heißt, das, was Sie als Vergleichbarkeit benannt haben, ist genau dasselbe, was die Kolleginnen und Kollegen von der Koalition als Gleichwertigkeit bezeichnet haben. Das ist eine reine Begriffsdebatte, die uns gar nicht weiterbringt. Die spannende Frage ist, ob denn diese Gleichwertigkeit, die Sie als Vergleichbarkeit bezeichnen – da gibt es semantisch keinen Unterschied in der Verwendung der Wörter –, gegeben ist.

Ich sage Ihnen mal, wie es in der Kultusministerkonferenz ist. Wir sind, im Unterschied zu Ihnen, auf den Deutschen Qualifikationsrahmen nicht stolz,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ich finde den gut.)

weil wir von der europäischen Ebene gezwungen werden, das Abitur auf derselben Ebene einzuordnen wie die Berufsausbildung und den Meister auf derselben Ebene wie den Hochschulabschluss des Bachelor.

Ich habe einen ganz einfachen Test gemacht. Ich habe zwei meiner Schulkollegen gefragt, die große Mühe hatten, das Abitur zu bestehen, die haben gekämpft ohne Ende, die haben danach eine Ausbildung gemacht und einer von denen ist Meister geworden, ich habe die einfach gefragt, ist eure Berufsausbildung so anspruchsvoll wie ein Abitur gewesen. Da haben die sich halb schlapp gelacht. Die haben ihre Berufsausbildung mit Einsen und Zweien abgeschlossen, sind aber fast durchs Abitur gekracht. Dann habe ich einen von den beiden gefragt: Aber du hast ja den Meister gemacht, ist der denn so schwer gewesen wie ein Abitur? Da hat er noch mal laut gelacht. In diesem Deutschen Qualifikationsrahmen erreicht der Meister aber das Niveau eines Universitätsabschlusses, eines Bachelor, und wenn dann die Leute, die das selber machen und beides gemacht haben, sagen, das ist nie und nimmer gleichwertig, dann haben wir ein Riesenproblem.

Man muss, glaube ich, die Debatte in der richtigen Weise führen. Es gibt zwei Gleichwertigkeiten. Die eine ist die Frage, ob das eine so schwierig ist wie das andere – im Sinne des Denkens. Das ist es auf keinen Fall! Die andere Frage ist, ob der eine Mensch deshalb mehr wert ist als der andere oder ob das, was er tut, deshalb mehr wert ist als das, was der andere macht. Ich sage mal so: Wenn wir keine Klempner hätten, hätten wir ein richtiges Problem.

(Jochen Schulte, SPD: Das wär Scheiße.)

Da kann mir keiner sagen, dass ein Klempner weniger wichtig ist als ein Literaturwissenschaftler.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Man muss aber diesen Unterschied machen. Es sind zwei unterschiedliche Wertigkeiten.

Der letzte Punkt. Ich glaube, um diese Debatte geht es, um die Wertschätzung gegenüber auch handwerklicher Tätigkeit oder jeder anderen Tätigkeit, die für uns als Gesellschaft notwendig ist, und das erzeuge ich nicht über einen künstlichen Qualifikationsrahmen, zumal ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Auch nicht über so einen Antrag.)

Doch, diese Debatte ist wichtig, Frau Oldenburg! Es ist wichtig, dass wir den Menschen sagen, den jungen Menschen, ihr habt Riesenchancen im Handwerk, ihr habt Riesenchancen in der Ausbildung

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sie hören
auch alle, was im Landtag geredet wird.)

und ihr werdet, wenn ihr Fächer studiert, die schon heute überlaufen sind, wo wir bereits heute die Absolventen nicht unterbringen können, in diesen Bereichen nicht arbeiten können und vielleicht auch sehr wenig Geld verdienen. Diese Botschaft muss die Politik schon aus-

sprechen, damit der Fachkräftemangel in der Wirtschaft nicht noch weiter zunimmt!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Insofern, meine Damen und Herren, ist das, glaube ich, ein richtiger Antrag, den wir gemeinsam unterstützen müssen. Man sollte aber – letztes Wort – den Deutschen Qualifikationsrahmen nicht überschätzen, denn wie Sie wissen, folgt daraus rechtlich überhaupt nichts. Er wird keine Folgen für die Anerkennung im öffentlichen Dienst, für die Entlohnung oder sonst etwas haben. Es ist nur ein Stück Papier, bei dem wir uns eine Gleichwertigkeit im inhaltlichen Sinne vorgaukeln, die es in Wahrheit nicht gibt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Berger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich die Überschrift Ihres Antrags las, „Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sichern“, dachte ich: Mutig! Mutig allein deshalb, wenn wir uns an die Diskussion über die Ausfinanzierung von Hochschulen erinnern und an die Konsequenz, die daraus folgte, dass sowohl der medizinische als auch der nicht medizinische Bereich unterdurchschnittlich finanziert sind, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen bei uns im Land nur dadurch erreicht werden kann, dass wir die 19,2 BAföG-Millionen, die der Bund uns überweist, dafür nutzen,

(Vincent Kokert, CDU:
Die zusätzlich dazukommen.)

dass wir einen Ausfinanzierungsgrad, nur die Grundfinanzierung der Universitäten, erreichen. In anderen Bundesländern ist es ein Bonbon obendrauf,

(Andreas Butzki, SPD: Wo
haben Sie denn die Geldpresse?
Wo haben Sie denn die Geldpresse?)

ist es ein Bonbon obendrauf. Bei uns im Land sind die Hochschulen unterfinanziert

(Andreas Butzki, SPD: Alles unterfinanziert.)

und Sie reden von Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch gar nicht unbedingt diese Grundsatzdiskussion zu der Hochschulfinanzierung führen, sondern ich möchte nur an die Anhörung letzte Woche im Bildungsausschuss erinnern. Einige Vertreter aus dem Finanzausschuss waren ja auch da. Es ging um das Studierendenwerkgesetz. Jetzt sind die Studierendenwerke verantwortlich für die wirtschaftliche und soziale Hochschulinfrastruktur. Auch da müssen wir feststellen, dass der Landesregierung daran gelegen ist,

die Autonomie dieser Studierendenwerke einzuschränken. Die Kreditobergrenze wird vonseiten der Landesregierung so weit runtergesetzt, dass eine Kreditaufnahme kaum noch oder nahezu unmöglich ist. Das haben im Übrigen, das habe ich in einer Anhörung noch nie erlebt, unisono alle Anzuhörenden gesagt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Alle Anzuhörenden, egal, von wem sie benannt wurden, haben sich kritisch zu diesem Studierendenwerksgesetz geäußert.

(Torsten Renz, CDU: Zum Thema, Frau Berger!)

Wenn die Kreditaufnahme nahezu unmöglich ist, bedeutet das, dass ein sozialer Wohnungsbau, den die Studierendenwerke durchaus übernehmen,

(Torsten Renz, CDU: Zum Thema, Frau Berger!)

tatsächlich nicht mehr möglich ist an den Hochschulen.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt geht es noch weiter weg vom Thema.)

Nein, es geht darum,

(Torsten Renz, CDU: Ich hatte gesagt, Sie sollen jetzt näher an das Thema rankommen!)

auf welchem Niveau Sie sich mit Ihrem Antrag bewegen, Herr Renz, wenn wir von Gleichwertigkeit der akademischen Ausbildung reden, also der beruflichen und der akademischen Ausbildung reden.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Und Ihr Antrag,

(Torsten Renz, CDU: Vergleichen Sie jetzt gerade Burgen mit Flugzeugen, oder was?)

und Ihr Antrag ist auch mutig, denn er legt die Schlussfolgerung zugrunde, dass der Mangel an Auszubildenden ausschließlich an der Präferenz für die akademische Ausbildung liegt.

(Torsten Renz, CDU: Sagt wer?)

Das halte ich für eine mutige Schlussfolgerung,

(Torsten Renz, CDU: Sagt wer?)

allerdings will ich Ihnen zugutehalten,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass Sie diese Schlussfolgerung ja Ihren Bundestagsfraktionen entnehmen.

(Andreas Butzki, SPD:
Steht doch drin im Antrag.)

Frau Oldenburg hat ja intensiv ausgeführt, was sie von Ihrem Antrag oder von dem Antrag der Bundestagsfraktionen hält.

(Vincent Kokert, CDU: Wir haben aber die Quelle angegeben!)

Ich finde interessant,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

ich finde interessant,

(Andreas Butzki, SPD: Brauchen Sie nicht mal nachzugucken.)

dass Ihre Bundestagsfraktionen Sie, ihre Kollegen in den Ländern, also Sie, wer te Abgeordnete der Fraktionen von SPD und CDU,

(Torsten Renz, CDU: Ich stelle fest, Sie fühlen sich unsicher.)

aufgefordert haben, diesen Antrag runterzubrechen,

(Torsten Renz, CDU: Das hängt damit zusammen, dass Sie nicht überzeugt sind von dem, was Sie sprechen.)

runterzubrechen auf die Landesebene und Maßnahmen der Berufsorientierung runterzubrechen auf die Landesebene. Allein das ist dieser Antrag schuldig geblieben. Sie haben diesen Antrag,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sie haben diesen Antrag kopiert, aber eigene Forderungen, die spezifisch an die Landesbedürfnisse angepasst sind, fehlen in diesem Antrag.

(Beifall vonseiten der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Andreas Butzki, SPD: Welche sind denn das?)

Wenn wir uns anschauen,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

wenn wir uns anschauen, dass Mecklenburg-Vorpommern das Land ist, in dem der Anteil der nicht abgeschlossenen Berufsausbildungen

(Torsten Renz, CDU: Gibt es bei Ihnen Handwerker in der Familie, Frau Berger?)

so hoch ist wie in keinem anderen Bundesland, an dieser Stelle – und ich bin davon überzeugt,

(Torsten Renz, CDU: Gibt es bei Ihnen überhaupt Handwerker in der Familie, Frau Berger?)

dass Sie diese Zahlen auch kennen, Herr Renz –, an dieser Stelle erreiche ich dann den Punkt, wo ich glaube, dass Sie es vielleicht doch ein bisschen ernst gemeint haben mit Ihrem Antrag, wenn er auch inhaltlich sehr schwach ist.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wobei wir uns jetzt noch mal anschauen müssen, in welchen Bereichen werden denn die Berufsausbildungen vorzeitig abgebrochen. Da liegen wir im öffentlichen Dienst bei einer Abbrecherquote von weniger als 10 Prozent, aber gerade in den Bereichen Industrie und Handel bei manch-

mal mehr, manchmal weniger als 50 Prozent. Und das, finde ich, ist ein Bereich, wo Sie sich tatsächlich ernsthafte Gedanken machen sollten, wie wir das lösen können.

(Vincent Kokert, CDU: Sie brauchen das nicht?!)

Wenn wir uns dann den Zustand der beruflichen Schulen hier im Land anschauen, die im Übrigen auch bundesweit am schlechtesten finanziert sind, das sagt nicht die GRÜNEN-Fraktion,

(Vincent Kokert, CDU: Nein.)

sondern das sagt der Bildungs...,

(Vincent Kokert, CDU: Die sagt ja gar nichts dazu. Die hat ja keine Meinung.)

das sagt der Bildungsfinanzbericht des Bundes, der stellt nämlich fest, dass Mecklenburg-Vorpommern lediglich 3.100 Euro für einen Auszubildenden ausgibt, wohingegen es im Bundesdurchschnitt 4.000 Euro sind, und – jetzt hören Sie gut zu, meine Abgeordneten von den Fraktionen SPD und CDU! – die ostdeutschen Flächenländer,

(Vincent Kokert, CDU: Ich höre zu.)

die ostdeutschen Flächenländer zahlen 4.200 Euro pro Auszubildendem. Mecklenburg-Vorpommern – hier also die Laterne. Das erklärt vielleicht auch Ihren Antrag und die Ernsthaftigkeit, die ich dem Antrag noch so ein bisschen unterstellen möchte.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wenn Sie jetzt also von dem Landeskonzept den Übergang von der Schule in den Beruf in den Fokus nehmen, da möchte ich auch noch mal als einen Baustein den Berufswahlpass herausgreifen,

(allgemeine Unruhe)

Kosten,

(Vincent Kokert, CDU: Frau Berger, das ist ein Sammelsurium von Kuriositäten, was Sie hier vortragen!)

Kosten 20.000 Euro für Schülerinnen und Schüler, ...

Das liegt an Ihrem Antrag, Herr Kokert.

... für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse für den nicht gymnasialen Bildungsweg.

(Andreas Butzki, SPD: Das hat der Minister gerade erklärt! Das hat der Minister gerade erklärt!)

Der Minister hat gerade gesagt, dass es ja ganz toll ist, die Schulen haben die Freiheit, mit den Siebtklässlern diesen Berufswahlpass selbst zu basteln.

(Andreas Butzki, SPD: Na klar! – Vincent Kokert, CDU: Das ist doch ein grüner Vorschlag gewesen.)

Anerkennung für die Ernsthaftigkeit der Berufswahl zu schaffen,

(Egbert Liskow, CDU:
Ihr seid doch so fürs Basteln.)

liegt für mich nicht darin: Wir basteln jetzt mal diesen Berufswahlpass selbst.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Der Berufswahlpass ist ein 56-seitiges Instrument, das Informationen für die Berufsorientierung gibt, das Entscheidungshilfen für die Berufswahl geben soll, wo zusätzlich die Nachweise ergänzt werden sollen, die die Schülerinnen und Schüler über Praktika in ihrer Schulzeit sammeln. Sie kosten das Land 6 Euro pro Stück. Das Land schafft es nicht,

(Torsten Renz, CDU: Ja, das sind doch alles Feststellungen.)

das Land schafft es nicht,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

10.000 Euro aufzubringen,

(Andreas Butzki, SPD: Das hat er doch gerade gesagt.)

um den Schulen diesen Berufswahlpass zur Verfügung zu stellen. Stattdessen wälzt das Land die Kosten auf die Schulen ab, die haben nämlich die Kopierkosten, beziehungsweise auf die Eltern, weil die den Ordner besorgen müssen.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist vielleicht ein Quatsch, was Sie hier erzählen! – Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Wie gesagt, ich unterstelle Ihnen ja so einen Hauch von Ernsthaftigkeit mit Ihrem Antrag, und den können Sie,

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

diesen Hauch von Ernsthaftigkeit können Sie unter Beweis stellen, weswegen wir einen Änderungsantrag zu Ihrem Antrag gemacht haben.

(Torsten Renz, CDU: Ich habe noch nicht gefrühstückt, Frau Berger. Das ist schwere Kost auf leeren Magen.)

Sie sind ja nur an zwei Stellen konkret geworden. Eine Stelle war, dass Sie sich nachhaltige und zielgerichtete Beratungsangebote an den Hochschulen wünschen, um Studienabbrechern den Einstieg in die Aus- und Weiterbildung zu erleichtern. Wir möchten, dass Sie an dieser Stelle Nägel mit Köpfen machen und sagen, das Land ist dann auch dafür zuständig, diese Kosten zu übernehmen, und damit meine ich nicht nur die Personalkosten, sondern auch die Sachkosten.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr toller Vorschlag!)

Die Ernsthaftigkeit Ihres Antrags können Sie mit unserem Änderungsantrag unter Beweis stellen.

Ich habe ja schon am Anfang meiner Rede – und damit schließt sich auch der Kreis – ausgeführt, dass die Hochschulen angesichts ihrer Finanzierung wohl kaum in der Lage sein werden, dieses zusätzliche Beratungsangebot,

(Burkhard Lenz, CDU: Wie lange Redezeit haben Sie eigentlich?)

auch wenn ich es für eine gute Idee halte, auf den Weg zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Berger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

(Torsten Renz, CDU: Gibt es endlich wieder eine Rede zum Antrag?)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zwei Vorbemerkungen, gestatten Sie mir die an dieser Stelle.

Frau Kollegin Oldenburg hatte mich vorhin darum gebeten, ich bräuchte doch einfach bloß zu erklären, ich hätte ihren Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen. Frau Kollegin Oldenburg, nehmen Sie es mir nicht übel, dass ich das jetzt an dieser Stelle nicht machen werde. – Das war die eine Vorbemerkung.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber hätte klappen können. –
Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Hätte klappen können, aber dann hätte die Rede auch ein ganz kleines bisschen anders sein müssen, Frau Kollegin Oldenburg.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die andere Vorbemerkung ist: Was ich heute hier erlebt habe, ...

(Andreas Butzki, SPD:
Und das am frühen Morgen!)

Das am frühen Morgen, das ist immer besonders schwer.

... ist etwas, was ich eigentlich immer wieder erlebe, wenn Bildungspolitik und

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Wirtschaftspolitik.)

Wirtschaftspolitik aufeinandertreffen. Das meine ich jetzt weder wertend noch abwertend, sondern es ist offensichtlich einfach so, dass unterschiedliche Begrifflichkeiten bestehen. Das ist mir sowohl bei den Ausführungen der Frau Kollegin Berger als auch bei Ihren Ausführungen, Frau Kollegin Oldenburg, deutlich geworden. Ich will mir jetzt nicht anmaßen, die bildungspolitischen Komponenten Ihrer Reden zu beurteilen, das kann der Kollege Butzki besser, und Herr Minister Brodkorb hat ja dazu auch schon inhaltlich Stellung genommen. Eins ist aber deutlich geworden: Wenn der Kollege Waldmüller oder Herr Minister Glawe, Kollege Glawe oder ich hier über

Gleichwertigkeit reden oder auch, wenn ich mit dem Kammerpräsidenten beispielsweise der IHK Schwerin oder mit seinem Kollegen aus Rostock, Herrn Madsen, oder mit dem Präsidenten der Handwerkskammern hier im Lande rede, dann wird, wenn über Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung gesprochen wird, nicht darüber gesprochen, ob es bestimmte Bewertungsstufen gibt.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Herr Minister Brodkorb, nehmen Sie es mir nicht übel, ich bin da nicht so drin in der Vergleichbarkeit der entsprechenden Abstufungen, aber darüber wird auch gar nicht geredet, sondern es wird darüber geredet, dass man den jungen Menschen, aber auch ihren Eltern hier in diesem Land deutlich machen muss – und das ist letztendlich der Sinn und Zweck dieses Antrages –, dass das, was offensichtlich immer noch bei vielen Menschen im Bewusstsein ist, fälschlicherweise im Bewusstsein ist, dass eine akademische Ausbildung per se etwas Höherwertiges ist, per se bessere berufliche und Karrierechancen mit sich bringt, grundsätzlich dazu führt, dass man am Ende seines Lebens einen höheren materiellen Wohlstand hat und – das halte ich für genauso wichtig – eine höhere persönliche Zufriedenheit, dass das eben nicht so ist.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister Brodkorb, Sie merken ja auch, das, was ich mir als Redetext aufgeschrieben habe, kann ich hier zur Seite legen,

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

weil es mir jetzt nicht darum geht,

(Andreas Butzki, SPD: Das ist ja
das Problem bei den GRÜNEN.)

die berufliche oder die akademische Ausbildung in diesem Land als Erfolgsmodell zu loben. Das kann man an anderer Stelle tun, aber das ist, glaube ich, gar nicht mal das Entscheidende bei diesem Debattenverlauf.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was mir immer wieder durch den Kopf geht, ist, Herr Minister Brodkorb hat in einem Punkt – und da würde ich ihm ein ganz kleines bisschen widersprechen wollen –, hat in einem Punkt sehr darauf abgestellt, dass man allgemein darauf hinweisen sollte, dass es bestimmte berufliche Qualifikationen gibt – und damit meine ich jetzt sowohl akademische als auch andere – und dass man die nicht miteinander vergleichen kann, weil sie auch eine objektivierbare Unterschiedlichkeit haben. Aber was ich für genauso wichtig halte, und das ist etwas, was deutlich gemacht werden sollte und was, glaube ich, den Menschen in diesem Land deutlich gemacht werden muss: Es gibt auch eine immer auf die individuelle Persönlichkeit bezogene Unterschiedlichkeit.

Jemand – ich bleibe bei Ihrem Beispiel –, der ohne Probleme durch sein Abitur kommt, ist vielleicht trotzdem ein miserabler Akademiker, und jemand, der zweimal oder dreimal sein Abitur nicht schafft, kann tatsächlich hinterher ein hoch qualifizierter Meister oder was auch immer werden. Die Frage ist im Endeffekt nämlich hinterher, was macht er gerne. Ich habe das an dieser Stelle ja schon öfters gesagt: Es gibt miserable Akademiker, einfach deswegen, weil sie eigentlich keine Lust haben,

ihren Job zu machen, und es gibt hoch qualifizierte Meister oder Fachkräfte in allen möglichen Berufen, die sehr gut sind, weil sie ihre Arbeit lieben.

(Vincent Kokert, CDU: Und umgedreht!)

Natürlich gibts das auch umgedreht. Ich liebe meine Arbeit auch, obwohl ich Akademiker bin.

(Torsten Renz, CDU: Welche jetzt?)

Beide,

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

beide Tätigkeiten.

Das ist auch das Entscheidende bei diesem Antrag. Man muss frühzeitig – frühzeitig! – mit den jungen Menschen, aber auch mit denen, die um sie herum für sie Verantwortung tragen, egal, ob es das Elternhaus ist oder die Schule, versuchen, das herauszufinden, was für sie wichtig sein kann, um eine entsprechende und für sie passende berufliche Entwicklung zu finden. Dabei ist es egal, ob das jetzt im Rahmen einer dualen Ausbildung oder ob es im Rahmen einer späteren akademischen Ausbildung ist. Das ist das eigentliche Problem, dem wir uns stellen müssen!

Frau Kollegin Oldenburg, natürlich haben Sie recht. Sie haben in einem Punkt recht: Dieser Antrag wird genauso wenig wie jeder der heute hier gehaltenen Redebeiträge den demografischen Wandel in diesem Lande beheben, und er wird auch nicht dazu führen, dass wir mehr jugendliche Menschen haben, die in eine duale Ausbildung gehen oder in eine akademische Ausbildung. Aber was eine öffentliche Debatte bewirken kann, ist, dass wir den jungen Menschen, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt entscheiden müssen, gehe ich in eine duale Ausbildung, gehe ich in eine akademische Ausbildung, dass wir diesen jungen Menschen, die sich dann vielleicht entscheiden wollen – ja, eigentlich möchte ich zum Beispiel lieber Handwerker werden –, in der öffentlichen Debatte so weit den Rücken stärken – und auch den Rücken stärken für ihre Eltern –, dass sie sagen, ja, das ist eine berufliche Perspektive, die tatsächlich für mich passend ist, und ich muss mich nicht hinterher dafür rechtfertigen, dass ich nicht studiert habe. Dafür gibt es nämlich keinen Rechtfertigungsgrund oder Rechtfertigungszwang. Die Frage ist am Ende des Tages immer nur: Was macht jeder gerne und was macht er gut?

Und wenn wir auf der einen Seite zugegebenermaßen sehen müssen, dass wir zwar hier in Mecklenburg-Vorpommern, wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe, bundesweit immer noch eine der niedrigsten Studienanfängerquoten haben, auf der anderen Seite aber tatsächlich feststellen müssen, dass wir auch im Bereich der dualen Ausbildung einen erhöhten Mangel an jungen Leuten haben, die diesen Schritt gehen wollen, dann ist diese Frage am Ende des Tages wichtig. Deswegen halte ich die Debatte wirklich für wichtig. Nicht nur, wenn wir sie im Plenum führen, sondern auch, wenn wir sie im Land führen, ist die Debatte am Ende des Tages wirklich wichtig, damit wir für jeden dieser jungen Menschen so früh wie möglich – immer unter der Berücksichtigung, dass sich natürlich jeder mal irren kann, sich weiterentwickeln kann oder anders entscheiden kann –, so früh wie

möglich tatsächlich einen Weg finden, den er, für ihn möglichst passend, geht. Das können wir, Frau Kollegin Oldenburg, gar nicht häufig genug sagen, und deswegen halte ich diese Debatte, ob sie nun heute zu diesem Antrag geführt wird oder an anderer Stelle in diesem Land, für immens wichtig.

Wir sollten uns das auch nicht nehmen lassen oder es dadurch kaputtreden, dass man jetzt sagt, der Berufswahlpass ist vom Layout her nicht so ausgestaltet worden, wie ich mir das möglicherweise wünschen würde, sondern hat vielleicht, weil der Jugendliche da etwas kreativer war, an der einen oder anderen Stelle noch einen Klecks. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Petereit.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Feststellung in Ihrem Antrag, dass es in den letzten Jahren zu einem deutlichen Anstieg derer gekommen ist, die ein Studium aufgenommen haben, teilen wir. Auch dass es immer weniger Handwerksnachwuchs gibt, ist keine Neuheit. Ihre Schlüsse jedoch, die teilen wir ganz und gar nicht.

Als Erstes muss nun mal nicht jeder zum Abitur getragen werden. Abiturquoten von 50 Prozent und mehr sind nicht normal

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
In Ihren Kreisen nicht.)

und schon gar nicht gesund im Gesamtgefüge. Wohin so ein Akademisierungswahn führt, kann man schon heute in China sehen. Da gibt es ein zunehmendes Akademikerheer ohne Perspektive. Ganz nebenbei wird mit diesem Trend auch noch das berufliche Bildungssystem in Deutschland zerschlagen, denn genau das wird die unmittelbare Folge sein.

Sie schneiden in Ihrem Antrag den sogenannten demografischen Wandel an. Uns reicht es jedoch nicht, dass die Folgen des anhaltenden Volkstods verwaltet werden,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Och ja!)

wir möchten das Problem an der Wurzel bekämpfen. Wir wollen familienpolitische Veränderungen, die im Ergebnis dazu führen, dass die Bevölkerungspyramide des deutschen Volkes wieder auf ihrem Boden steht. Das Geld wäre ja da. Die Hilfspakete für Griechenland hatten den Umfang der Rentenzahlungen eines Jahres, und inzwischen sieht sich die Bundesregierung offensichtlich ja in der Lage, Vollpension für eine Million Flüchtlinge, sogenannte Flüchtlinge, bereitzustellen, also sollte das doch auch locker für eine Million neugeborene deutsche Kinder möglich sein. Nur, dafür muss man sich eben auch für sein eigenes Volk einsetzen und darf dieses nicht verteuflern.

Wie Ihre Lösung aussieht, erkennt man im Antrag ja auch an der Forderung, dass Ausbildungschancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund bereitzustellen seien. Da schließt sich dann auch der Kreis. Ohne jegliches Verantwortungsgefühl wurde jahrzehntelang nichts getan, um

die Vergreisung unseres Volkes aufzuhalten. Im Gegenteil, dass damit einhergehend auch das Solidarsystem nicht ewig halten können, war von Anfang an klar, und ebenso, dass die Arbeitskräfte irgendwann knapp werden müssen.

In der Bundestagsdrucksache, auf die Sie verweisen, wird für eine strategische Kooperation mit Auslandshandelskammern geworben, denen soll das deutsche Ausbildungssystem nähergebracht werden, oder über diese dem Ausland. Verstehen Sie das unter „die Ursachen von Flucht bekämpfen“, was wir gestern so oft gehört haben?

Die Exportweltmeister in unserem Land sind zwar nicht vom Absatz hier abhängig, allerdings brauchen sie die Erwerbsbevölkerung, und die muss irgendwie gehalten werden, wenn die Profite weiter erwirtschaftet werden sollen. Deswegen stehen auch die Grenzen der BRD für die ganzen angeblichen Fachkräfte offen. Deswegen werden Lockangebote für alle Menschen des Planeten geschaffen. Spätestens mit der nächsten Generation Fremder hier im Land – so hoffen Sie – wird auch der Arbeiter mit Deutschkenntnissen erzeugt sein, der dann gewinnbringend eingesetzt werden kann, weil es eben billiger ist, Völker zu zerstören, als die Infrastruktur der hiesigen Wirtschaft zu verlagern. Mit Menschlichkeit hat das nichts zu tun, wenn hier Millionen Ausländer angesiedelt werden.

Wir lehnen Ihren Antrag aber nicht nur wegen des tödlichen Ansatzes ab, sondern auch deswegen, weil er zu großen Teilen einfach nur abgeschrieben wurde, und zwar aus dem Antrag, der so auf Bundesebene schon beschlossen ist. Insofern ist er auch von der Systematik her überflüssig.

Zuletzt möchte ich Sie noch auf einen Fehler hinweisen. So muss es im Antrag unter II.1, letzter Satz, richtig heißen, dass Ausbildungsmöglichkeiten „für“ Menschen mit Behinderung bereitzustellen sind und nicht „von“ Menschen mit Behinderung, sonst dürfte das nämlich wirklich überschaubar bleiben. Aber bei der Erstellung des Antrags musste es offensichtlich etwas schneller gehen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ja doch noch eine muntere Debatte geworden, ne? Sie ging ein bisschen träge los,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Mit dem
ersten Redebeitrag, oder was?)

aber es ist ja doch noch munter geworden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, die Einbringung
war nicht so toll, aber dann wurde es
besser durch Frau Oldenburg und so.)

Das ist auch gut so und vor allen Dingen freue ich mich darüber, dass wir hier sehr ernsthaft reden. Der Bildungsminister und auch Herr Schulte haben ja die Definition oder die Intention des Antrages Frau Oldenburg noch mal erklärt, da Frau Oldenburg scheinbar die Intention des Antrags völlig verkannt hat. Sie haben ja ein

bildungspolitisches Beispiel genannt. Ich würde auch hier sagen: Setzen, Sechs!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Mensch,
da lacht gar keiner, Herr Waldmüller!)

Zur Kritik zu unserem Antrag.

Frau Oldenburg, da sagen Sie doch glatt: Mein Gott, jetzt haben Sie den Antrag, haben da Teile abgeschrieben oder wie auch immer.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Jawohl, wörtlich.
Wenn man sich eines Inhaltes bedient, ist es
was anderes, als wenn man abschreibt.)

Also erst einmal muss man sagen: Wer im Glashaus sitzt, der soll nicht mit Steinen werfen. Wenn Sie Anträge im Bund haben, verteilen Sie die in der ganzen Republik –

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das können Sie vergessen!)

das ist mal gleich –, aber unabhängig von der Qualität. Aber wenn es hochwertige Anträge im Bund gibt, dann darf man die ruhig begleiten. Das ist doch nichts Absonderliches.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sie müssten
es auf Mecklenburg-Vorpommern anpassen.
Das haben Sie nicht getan. Sie fordern
nicht einmal das, was es gibt.)

Sagen wir mal so, Ihre Kritik war ein wenig erbsenzählerisch und kleinkariert, Frau Oldenburg.

(Egbert Liskow, CDU: Richtig.)

Und wenn Sie mal in unseren Antrag reinsehen, dann werden Sie in dem Punkt I ganz deutlich sehen, dass wir ausdrücklich auf die Bundestagsdrucksache hinweisen. Wir machen doch gar kein Geheimnis daraus.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Der Inhalt ist
gar kein Problem, Herr Waldmüller. Aber Sie
haben sich nicht mal die Mühe gegeben,
einen eigenen Antrag zu entwerfen.)

Also ich weiß nicht, wo Sie Ihre Kritik hernehmen!

Zum anderen haben Sie ja selbst im Bund einen fraktionsübergreifenden Antrag mit auf den Weg gebracht.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber nicht mit dem Schwachsinn!)

Da haben Sie das Problem noch erkannt, jetzt wollen Sie davon nichts mehr wissen. Dann haben Sie kritisiert, dass wir im Punkt II.2, beziehungsweise insgesamt haben Sie kritisiert, dass wir hier nur schöne Worte finden, kein Regierungshandeln. Haben Sie den Antrag gelesen? Gehen Sie mal in Punkt II.2

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Meinen
Sie jetzt den Bundestagsantrag oder Ihren?)

und gucken da rein, dass wir ganz klar die Anpassung der Richtlinie fordern! Steht das da drin oder nicht? Lesen Sie bitte!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das ist Pillepalle! Das ist doch längst
bearbeitet. Das ist Schaufenster!)

Also reden Sie hier nicht so einen Unsinn, wenn Sie den Antrag scheinbar nicht richtig gelesen haben!

Zu den GRÜNEN noch ein Wort. Mensch, Frau Berger, Sie müssen ganz schön frustriert sein. Ich gehe einfach mal davon aus, dass das daran liegt, dass gestern Abend um 21.00 Uhr die abschließende Beratung dieses überfraktionellen Antrages im Bund war und die beiden Anträge der LINKEN und der GRÜNEN abgelehnt worden sind.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Och! –
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Welche denn?)

Und ich sage mal ...

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Beinahe hätte es mich eine schlaflose
Nacht gekostet!)

Ja, das glaube ich. Ja, das glaube ich auch.

Letztendlich ist das dann auf den Weg gebracht worden beziehungsweise wurden beide Anträge – von der Fraktion DIE LINKE und den GRÜNEN – im Bund abgelehnt. Ihr Antrag im Bund, der ja forderte, eine Ausbildungsgarantie einzuführen – was völliger Quatsch ist bei dem Verhältnis, dass wir einen Lehrling und zwei Ausbildungsplätze haben –, der an der Realität völlig vorbeigeht, da verstehe ich die Frustration, die Sie hier an den Tag legen. Also in diesem Sinne wollte ich einmal auf Ihre Kritik reagieren, die keine Kritik ist.

Lesen Sie die Intention des Antrages, die will ich Ihnen gern noch mal näherbringen. Es geht darum, die Richtlinie für den Übergang von der Schule in den Beruf im Hinblick auf die akademische und berufliche Bildung etwas zeitgemäßer zu gewichten.

(Zurufe von Simone Oldenburg, DIE LINKE,
und Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um Gleichwertigkeit – das wiederhole ich jetzt zum ..., ich glaube, jeder Redner hat das wiederholt –, es geht um Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Den Kammern, ich sagte es in der Einbringung, ist diese Gleichwertigkeit in der Berufsausbildung sehr, sehr wichtig. Das ist ja auch klar, denn für die Fachkräftesicherung ist das von Bedeutung. Vor welchen Herausforderungen wir da stehen, das habe ich auch in der Einbringung gesagt. Es geht aber nicht nur um diese eine Richtlinie. Wir fordern kohärente Konzepte für die Verbesserung der Berufs- und Studienorientierung und den Übergang von der Schule in den Beruf und wir wollen, dass Studienabbrüchen von vornherein vorgebeugt wird. Wenn es doch zu Studienabbrüchen kommt, müssen Studienabbrechern neue Chancen eröffnet werden.

Nun haben wir hier schon mehrere Hinweise auf die Bundestagsdrucksache gegeben. Gestern Abend – ich habe das vorhin gesagt – beriet auch der Bundestag abschließend zu der im Antrag zitierten Drucksache. Vorausgegangen war – und das wiederhole ich hier noch mal – ein Bundestagsantrag, der fraktionsübergreifend in den federführenden Ausschuss für Bildung, Forschung

und Technologiefolgenabschätzung überwiesen wurde. Hier gab es Anfang September eine Beschlussfassung mit dieser besagten Bundestagsdrucksache und, wie gesagt, gestern war die abschließende Beratung im Plenum. Da wurde beschlossen, dass die Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit beruflicher und akademischer Ausbildung zu stärken ist.

Sie werden in den zitierten Bundestagsdrucksachen erkennen, dass es im Deutschen Bundestag um gemeinsame Maßnahmen mit den Ländern geht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und das ist
schon beschlossen worden? –
Zuruf aus dem Plenum:
Das wurde ja nicht übernommen.)

Also, Frau Oldenburg, warum sollen wir als Land, wenn es darum geht,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Warum
übernehmen Sie einen Antrag der
Bundestagsfraktion denn überhaupt?)

warum sollen wir als Land einen Bundesantrag, der mit den Ländern gemacht wird, nicht begleiten? Meine Herren!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Meine Herren!)

Wir haben einige Aspekte in unserem Antrag aufgegriffen, zum Beispiel hinsichtlich gemeinsamer Maßnahmen beim Übergang von der Schule in den Beruf, zum Beispiel auch hinsichtlich eines klaren Bekenntnisses zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung in Richtung der Sozialpartner, das wir heute analog zum entsprechenden Bundestagsantrag hier einfordern, zum Beispiel aber auch hinsichtlich der Beratung des Übergangs vom Studium zu beruflicher Ausbildung. Der Antrag heute kommt eigentlich genau auf den Punkt und ist noch weiter gehend als der gestrige Beschluss des Bundestages. Also besser kann man es eigentlich nicht treffen.

Meine Damen und Herren, im Bund gibt es zum Beispiel auch das aus Bundes- und ESF-Mitteln finanzierte Programm JOBSTARTER plus. Mithilfe dieses Programms werden Studienabbrecher in kleine und mittelständische Betriebe vermittelt. In Wismar läuft ein solches Projekt und von solchen Projekten profitieren kleinere und mittlere Unternehmen im Land. Solche Unternehmen sind hier in Mecklenburg-Vorpommern in der deutlichen Überzahl und weil das so ist, sollte Mecklenburg-Vorpommern weitere Initiativen des Bundes im Sinne der Fachkräftesicherung unterstützen. Wenn solche Modellprojekte weiterentwickelt und verstetigt werden, kann das nur im Sinne Mecklenburg-Vorpommerns sein.

Wir nehmen also mit diesem Landtagsantrag das Gesprächsangebot aus dem Bund auf, fokussieren dabei auch auf für unser Land besonders wichtige Aspekte,

(Torsten Renz, CDU: Das versteht
Frau Oldenburg nicht? Das wundert mich.)

Aspekte, die unseren KMUs in besonderer Weise nutzen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie also um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Torsten Renz, CDU: Jawoll.)

Ich hoffe auf eine breite Unterstützung.

Zu dem Änderungsantrag der GRÜNEN kann man sagen, dass wir den ablehnen werden. Frau Berger, es ist wieder mal ein typischer Antrag. Sie fordern hier die Kostenübernahme,

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ohne dass vorher überhaupt Kosten dastehen. Ich sage nicht, dass das nicht möglich ist. Das sollte man in den Haushaltsberatungen bereden, aber mit diesem Antrag ist das nicht möglich. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Unruhe bei Torsten Renz, CDU, und
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher: Möchten Herr Renz oder Frau Berger noch das Wort ergreifen? Wenn das nicht der Fall ist, dann möchte ich gern die Aussprache schließen. Ich sehe also keine Wortmeldungen mehr, von daher schließe ich die Aussprache jetzt.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4526 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4526 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und NPD, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4475 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. –

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Enthaltung!)

Stimmenthaltungen?

Ich rufe die schon auf. Ich bitte, da nicht unbedingt vorzugreifen.

Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4475 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE und NPD und Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Die Gesetzliche Krankenversicherung sozial gerecht finanzieren, Drucksache 6/4453.

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Die Gesetzliche Krankenversicherung
sozial gerecht finanzieren
– Drucksache 6/4453 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die absehbaren Beitragssatzerhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung veranlassen die Linksfraktion, dieses Thema aufzugreifen, es in einen größeren Kontext zu stellen und Ihnen in Form dieses Antrages „Die Gesetzliche Krankenversicherung sozial gerecht finanzieren“ vorzulegen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Bürgerversicherung.)

Genau, Frau Gajek, darüber werden wir noch zu reden haben.

Wenn die Beitragssätze steigen sollten, würden nicht nur die Versicherten finanziell stärker belastet, die Beitragssatzsteigerung würde auch die soziale Ungerechtigkeit im Land vertiefen, denn die Beitragssatzerhöhung würde alleinig – so ist es jetzt Rechtsgrundlage – die Versicherten treffen. Die soziale Schieflage bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung würde sich verstärken.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Bereits heute zahlen die Versicherten deutlich mehr als die Hälfte der Krankheitskosten.

Lassen Sie mich das kurz illustrieren: Seit 2015 sind die Beitragssätze auf der Unternehmensseite für die gesetzliche Krankenversicherung auf 7,3 Prozent der beitragspflichtigen Erwerbseinkommen begrenzt, während die Beitragssätze der Versicherten keine Obergrenze kennen. Sie betragen heute im Durchschnitt – das ist nachlesbar auf der Seite des Bundesgesundheitsministeriums, der Bundesgesundheitsminister hat am 4. September dazu aktuell eine Pressemitteilung herausgegeben – 8,3 Prozent. Zusammengezählt sind das 15,6 Prozent. Vor einigen Jahren noch lag dieser Beitragssatz bei 13,5 Prozent, hat also innerhalb eines guten Jahrzehnts einen rapiden Anstieg genommen.

Allein die Versicherten müssen Zuzahlungen leisten, so für verschreibungspflichtige Arznei-, Heil- und Hilfsmittel und für die häusliche Krankenpflege sowie für Aufenthalte im Krankenhaus, in stationären Versorgungs- und Rehabilitationseinrichtungen. Hinzu kommen die Kosten für Medikamente, die die Krankenkassen nicht übernehmen, denn wie das Bundesverfassungsgericht erst im Dezember 2012 wieder festgestellt hat, müssen die gesetzlichen Krankenkassen nicht alles bezahlen, was an Mitteln zur Erhaltung oder der Wiederherstellung der Gesundheit verfügbar ist. Die Versicherten zahlen also für Arzneimittel, die nicht mehr verschreibungspflichtig sind, wie Präparate gegen Erkältung, und sie zahlen für rezeptpflichtige Medikamente, die auf sogenannten Privatrezepten verordnet werden. Das zur ungerechten Verteilung der Krankheitskosten.

Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, fordern wir, dass bei der Krankenversicherung das Prinzip der paritätischen Finanzierung wieder eingeführt wird. Dadurch würde die Unternehmensseite nach heutigem Beitragssatz um 0,45 Prozent stärker belastet werden und die Versichertenseite um 0,45 Prozentpunkte entlastet werden. Für eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung sprechen sich auch Gesundheitspolitikerinnen und Ge-

sundheitspolitiker anderer Parteien und Verbände aus. Als Beispiel möchte ich die Wortmeldung des SPD-Gesundheitsexperten

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Lauterbach.)

Professor Lauterbach vom 25. und 26. August dieses Jahres benennen oder in dem Zusammenhang auch die Wortmeldung des Vorsitzenden des Verbands der Ersatzkassen Christian Zahn.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

In unserem Antrag fordern wir auch, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene neben der Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung für die Heranziehung aller Einkommen zur Beitragsberechnung sowie für eine perspektivische Abschaffung der Beitragsbemessungen einsetzt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Durch beide Maßnahmen würde das Beitragsaufkommen in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöht.

(Torsten Renz, CDU: Bringen
Sie mal ein paar neue Aspekte!)

Die Zuzahlungen der Patientinnen und Patienten könnten im Gegenzug gar abgeschafft und der Beitragssatz gesenkt werden. Damit wären alle Beitragszahlerinnen und Beitragszahler Gewinner einer sozial gerechten Umgestaltung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Dafür werben wir mit unserem Antrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat in Vertretung der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodtkorb.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auch heute Morgen habe ich die Ehre, in völliger Ausschlafenheit meine Kollegin Hesse zu vertreten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Scherzen
aufgelegt. – Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja.

Die gesetzliche Krankenversicherung beruht auf dem Solidarprinzip. Wie viel man einzahlt, hängt vom Einkommen ab, aber welche Leistungen man bekommt, bestimmt sich nach der medizinischen Notwendigkeit. So zahlen die Gesunden für die Kranken, die Jungen für die Alten, die Singles für die Familien, die Gutverdienenden für die Einkommensschwachen.

Nun ist es aber mitunter so, dass solidarisch nicht immer automatisch gerecht ist, schon gar nicht, wenn nicht alle mitmachen in der Gemeinschaft der Solidarischen. Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, die somit auch mehr für alle zur Verfügung hätte, dieses Modell hat sich in Deutschland noch nicht durchgesetzt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber daran arbeiten wir.)

Die anderen, um im Duktus des Antrages zu bleiben, Ungerechtigkeiten zählen Sie auf: die Beitragsbemessungsgrenze, der eingefrorene Arbeitgeberanteil, die Zuzahlung für bestimmte medizinische Angebote und Leistungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, die Forderungen, die Sie in Ihrem Antrag aufstellen, insbesondere die Rückkehr zu einer paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, finden in weiten Teilen meine sozialdemokratischen Sympathien und auch die der Sozialministerin. Aber damit bin ich auch gleich bei der Begründung, warum dieser Antrag zumindest bis zu den nächsten Bundestagswahlen hinfällig ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Wenn man den
Leistungsgedanken völlig außer Acht lässt
und alles gleichmachen will in diesem Lande. –
Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Jetzt kommen die alten Kampfreden
wieder raus. – Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, der Bildungsminister wartet darauf, dass Sie dann wieder zulassen, dass er hier zu Wort kommt.

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Renz, ich hoffe inständig, dass Sie sich dem grundsätzlichen sozialdemokratischen Gedanken der Solidarität nicht verschließen und weiterhin gesetzlich versichert sind, obwohl Sie Abgeordneter des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern sind.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der ist bestimmt privat versichert.)

Dann ist es ja gut.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch keine Schande.)

Die SPD hat sich bei den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene für eine gerechtere Ausgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung eingesetzt, konnte sich damit aber beim Koalitionspartner CDU/CSU und insbesondere beim Abgeordneten Renz nicht durchsetzen.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Geschäftsgrundlage der Bundesregierung ist die geltende Koalitionsvereinbarung. Daran ändert auch dieser Antrag nichts.

(Minister Harry Glawe:
Sehr richtig, Herr Brodtkorb.)

Sie sehen dieses „Nein“ der Sozialministerin bitte als „Nein, aber“,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

denn es ist völlig klar, dass die zukunftsfähige Ausgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung nach der kommenden Wahl auf Bundesebene ein zentrales Thema bei der Ausrichtung der Gesundheitspolitik sein wird und sein muss. Dass sich die SPD dann weiterhin für mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit, mehr Qualität und mehr Effizienz in der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger einsetzen wird

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

sowie für alle anderen guten Sachen dieser Welt, versteht sich dabei von selbst. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Minister Harry Glawe: Gut gemacht!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Schubert.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und nicht Herr Renz.)

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich sollte sich meine Rede auf die Fraktion DIE LINKE beziehen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber Sie
können auch ein bisschen auf die
Sozis eindreschen, Herr Schubert.)

aber ich muss da noch mit einigen Worten auf die SPD eingehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, genau.
Das können Sie auch mal genau
sagen, da haben wir nämlich gewisse
Meinungsunterschiede, Herr Schubert.)

Ganz, ganz ruhig! Wir haben doch noch andere Probleme. Deswegen sollten Sie erst mal zuhören, was ich jetzt sage.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das kann
ich mir schon ausrechnen, Herr Schubert.)

Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, ich kann Sie zunächst erst einmal beruhigen: Wir haben einen kompetenten Bundesgesundheitsminister, der seine Arbeit sehr gut macht. Das unterstreicht auch ein Artikel.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben aber
auch eine wunderbare Kanzlerin, nicht die
Bundeskanzlerin vergessen, Herr Schubert!)

Wenn ich zitieren darf mit Genehmigung der Präsidentin, Hermann Gröhe aus einem Artikel der ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Schubert!

Bernd Schubert, CDU: Ich weiß gar nicht, warum man ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Schubert. Jetzt bin ich erst mal dran.

Bernd Schubert, CDU: Bitte schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses allgemeine Gemurmel stört doch sehr.

(Burkhard Lenz, CDU: Leider.)

Es ist schon schwierig, von hier vorne dem Redner zu folgen. Es sind aber auch hinten noch Besucher, die vielleicht etwas von der Rede hören wollen. Deswegen sind sie ja hierhergekommen. Ich bitte also auch am letzten Tag dieser Plenarsitzungswoche um entsprechende Disziplin.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Schubert.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Bernd Schubert, CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Da steht in der „Süddeutschen Zeitung“: „Hermann Gröhe hatte bislang zwei schöne Jahre. Der CDU-Politiker wird voraussichtlich der erste Gesundheitsminister seit langer Zeit sein, der ohne ein einziges Sparpaket durch die Legislaturperiode kommt“, obwohl „die Koalition viele Projekte verabschiedet (hat).“

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, das ist ein gutes Zeugnis, was die „Süddeutsche Zeitung“ ablegt, und deswegen brauchen wir auch die Bundeskanzlerin in diesem Falle nicht, wir haben ja den Gesundheitsminister.

(Heiterkeit bei Minister Harry Glawe –
Heiterkeit bei Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

Unser Gesundheitssystem befindet sich auf einem hohen Niveau, unsere Gesundheitsversorgung ist sehr gut und mit hohen medizinischen Standards ausgelegt. Der medizinische Fortschritt wird weiter voranschreiten. Gleichzeitig wird die demografische Entwicklung eine Herausforderung für alle werden und dabei wird auch die Finanzierung der Krankenversicherung sicherlich eine große Rolle spielen.

Die Fraktion DIE LINKE hat mal wieder tolle Ideen, aber denken Sie auch nur einmal darüber nach, ob diese realistisch und umsetzbar sind!

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Wir hatten doch mal eine
paritätische Finanzierung.)

Mit dem Gesundheitsreformgesetz wurde die komplette paritätische Finanzierung der Beiträge abgelöst und das finden wir als CDU auch sehr gut.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja?)

Unser Bundesgesundheitsminister wird voraussichtlich im Oktober festlegen, wie hoch der durchschnittliche Zusatzbeitrag sein wird. Man spricht unter den Experten von circa 0,9 Prozent. Aber ich kann Ihnen nur abraten zu spekulieren, ob es Beitragssteigerungen geben wird oder nicht,

(Stefan Köster, NPD: Das steht schon fest, Herr Schubert.)

und möchte mit Genehmigung der Präsidentin aus der „Süddeutschen Zeitung“ zitieren, die sagt: „Die Krankenkassen schlagen Alarm, weil die Kosten im Gesundheitswesen angeblich explodieren. Doch ihre Warnungen sind vor allem taktisches Geklapper“

(Michael Silkeit, CDU: Wat?!)

und taktisch motivierte Warnungen der Krankenkassen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und darunter heißt es weiter: „Es spricht tatsächlich vieles dafür, dass Größe sich keine allzu großen Sorgen machen muss. So schlimm, wie die Kassen sie darstellen, ist die Situation noch lange nicht. Ihre finanzielle Ausstattung ist trotz der Ausgabenpläne der Regierung unverändert gut, jedenfalls für die meisten von ihnen.“

(Jörg Heydorn, SPD: Was stellen Sie denn für komische Anträge?! – Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Henning Foerster, DIE LINKE)

„Die Wirtschaft wächst trotz der Sorgen in China, der Arbeitsmarkt brummt, und die Lohnzuwächse sind weiterhin hoch. Vieles spricht dafür, dass die Warnungen von dem Beitragsanstieg eher taktisch motiviert sind“ durch die Krankenkassen.

Und ich zitiere weiter mit Genehmigung der Präsidentin: „Die Kassen haben dies aus geschäftlichem Kalkül getan.“ Und ich gehe noch mal zurück: „Nein, die Kassen haben das Defizit im Wesentlichen selbst erzeugt.“

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

„Viele von ihnen sind nämlich unter dem vom Schätzerkreis errechneten Zusatzbeitrag von 0,9 Prozent geblieben und haben damit ihre Einnahmen freiwillig gedrückt.“ Und noch mal: „Die Kassen haben dies aus geschäftlichem Kalkül getan. Denn mit niedrigen Beiträgen kann man schließlich neue Mitglieder locken. Andere haben sich für einen niedrigen Beitragssatz entschieden, um den Umfang ihrer Finanzreserven nicht ins Uferlose wachsen zu lassen. Das hat zwei Gründe: Zum einen ist es den Kassen nicht erlaubt, unbegrenzt hohe Beitragsgelder anzusammeln. 1,5 Monatsausgaben hält das Bundesversicherungsamt maximal für zulässig. Zum anderen kriegen die Kassen wie auch alle anderen Sparer kaum noch Zinsen auf sichere Anlagen. Das Horten der Beitragsgelder lohnt sich also nicht einmal.“

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach nee!)

Das aus der „Süddeutschen Zeitung“, wie gestern Abend auch vom 09.09. ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gestern war der 09.09.?)

Gestern habe ich zitiert aus einem Artikel mit der Bundeskanzlerin vom 09.09. und das Gleiche finden Sie in einer Zeitung auch vom 09.09.

(Stefan Köster, NPD: Lesen Sie mal den „Focus“ vom 23.09.!)

Außerdem ist der Zusatzbeitrag einkommensabhängig, das heißt, Besserverdienende zahlen künftig einen höheren absoluten Zusatzbeitrag in Euro als Geringverdiener.

Weitere Vorteile, die durch die Festschreibung des Arbeitgeberanteils entstehen, sind die, dass zukünftige Arbeitsplätze gesichert werden, da die zusätzliche Belastung durch höhere Lohnnebenkosten vermieden wird.

(Minister Harry Glawe: Sehr richtig, Herr Schubert.)

Durch die Zusatzbeiträge, die die Krankenkassen erheben können, wird zudem der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen intensiviert und damit eine weitere Stärkung des Qualitätswettbewerbs der Krankenkassen erreicht.

Weiter fordern die LINKEN eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen. Überlegen Sie doch einmal, wo eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze hinführen würde! Hat jemand ein sehr hohes Einkommen, welches weit über der Beitragsbemessungsgrenze liegt, würde die Versicherung eine enorme Summe erhalten. Diese Summe würde zwar reichen, um viele Beitragszahler abdecken zu können, aber sie steht in keinem Verhältnis zur Leistung und zur Gegenleistung für den Einzelnen, der seinen hohen Beitrag einzahlt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Die Krankenversicherung ist doch keine Autoversicherung.)

Die Relation zwischen Leistung und Gegenleistung geht schlichtweg verloren und somit wäre dies auch nicht mehr mit dem Grundgesetz vereinbar. Die Forderung, dass alle Einkommensarten zur Beitragsbemessung und -berechnung bei der gesetzlichen Krankenversicherung herangezogen werden, ist meines Erachtens echt bizarr, und das ist der Punkt 3. Die praktische Umsetzung ist wohl kaum möglich, denn es müsste erst einmal in Erfahrung gebracht werden, welche Nebeneinkünfte ein Beitragszahler hat. Das könnte funktionieren mithilfe des Finanzamtes. Aber was passiert, wenn beispielsweise ein Hauseigentümer eine enorme Summe für die Instandsetzung und Renovierung des Hauses einsetzt?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch eigentlich eine Zusatzversicherung.)

Ist es dann auch möglich, die Beiträge rückwirkend zu mindern? Das wäre ja die Schlussfolgerung daraus. Und zweitens: Wollen Sie wirklich die ehrenamtlichen Bürgermeister und Ehrenamtler in die Beitragszahlungen mit einbeziehen?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vermögenseinkommen, Gewinne, man kann auch das Haar in der Suppe suchen! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich glaube, das wäre nicht so gut für das Ehrenamt, denn die müssten dann ja auch Krankenkassenbeiträge bezahlen. Und insofern werden wir Ihre Forderungen und Ihren Antrag ablehnen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist jetzt das Haar in der Suppe, ne?)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS ...

(allgemeine Unruhe)

Wer möchte denn jetzt das Wort haben? Also eigentlich sollte jetzt das Wort Frau Gajek bekommen, aber bei der Debatte, die hier zwischen den Bänken läuft, ist das wohl kaum noch möglich. Wenn Sie sich zu Wort melden wollen, wir haben hier eine Rednerliste. Ich würde gern jeden aufnehmen, der hier noch erheblichen Redebedarf hat.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich rufe also auf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, danke, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja hier schon viel berichtet worden und ich glaube, eins wird deutlich: SPD, LINKE und GRÜNE wollen eine Veränderung,

(Heinz Müller, SPD: Da ist
was dran, Frau Gajek. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

nämlich die Bürgerversicherung und Bürgerinnenversicherung, und das ist das, was mich ein Stück weit wundert, Herr Koplin, dass in Ihrem Antrag da so eine Leerstelle ist. Also ich weiß nicht, warum Sie das getan haben, das werden Sie uns sicher nachher noch erklären.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Ein Zweites, was mich wundert, ist, dass Sie beispielsweise gar nicht die Pharmedien angesprochen haben.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie sind zwar hier auf die Zuzahlung der Versicherten eingegangen, dass das abgeschafft werden soll, aber gerade beim Bereich der Pharmedien und der Diktierung der Gesetze habe ich eigentlich erwartet, dass Sie dazu etwas sagen.

Bevor ich aber auf einzelne Punkte zu sprechen komme, möchte ich doch noch mal etwas zur Bürgerversicherung sagen. Ich weiß nicht, ob es Herr Renz vorhin war, der das angesprochen hatte.

(Torsten Renz, CDU: Warum haben Sie
denn die nicht eingeführt unter Rot-Grün?
Sie haben doch jahrelang rumgewurschtelt,
haben doch Zeit gehabt ohne Ende.)

Das war, glaube ich, vor fünf bis sechs Jahren.

(Torsten Renz, CDU: Hören Sie
doch auf, sich hier aufzuregen!)

Dazu können meine Kollegen sicher etwas sagen,

(Torsten Renz, CDU: Nee, nur immer die
anderen! – Zuruf von Minister Harry Glawe)

aber zu dieser Zeit gehörte ich leider nicht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an und ich denke, wir sind lernfähig. Aber ich möchte auf ein paar Sachen zu sprechen kommen.

(Torsten Renz, CDU: Ich verweise
nach Baden-Württemberg.)

Ach, wissen Sie, Herr Renz, ich lebe in Mecklenburg-Vorpommern, ich lebe gern hier und ich muss nicht alles gut finden, was der Kollege in Baden-Württemberg macht

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

oder ein Bürgermeister namens Boris Palmer. Ich stehe hier als Silke Gajek,

(Torsten Renz, CDU: Ach, Sie
sprechen gar nicht für die Fraktion?!)

ich werbe für die Bürgerversicherung und dazu spreche ich. Ich spreche nämlich zum Antrag, im Gegensatz zu Ihnen, der hier immerzu dazwischenredet.

(Minister Harry Glawe:
Sie sprechen für Frau Fischer, ne?)

Also um noch mal auf die Bürgerversicherung zurückzukommen,

(Egbert Liskow, CDU: Es geht um den Antrag!)

die Bürgerversicherung soll die Strukturdefizite und die Gerechtigkeitslücken, die ja Herr Koplin in Teilen angesprochen hat, beheben. Es gibt große Diskussionen in dem Zusammenhang, ob wir eine Privatversicherung behalten. Da gibt es auch bei uns unterschiedliche Ansätze. Ich denke eher, wenn wir eine Bürgerversicherung wollen,

(Egbert Liskow, CDU: Zur Sache!)

dann sollten wir sie ganz und gar durchziehen ohne Privatversicherung. Die Bündnisgrünen-Bundespartei sieht das in Teilen anders, aber so ist das in der Demokratie.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Ich werbe nach wie vor dafür, diese umzusetzen.

Aber – und das ist der Unterschied – hier sollen alle Bürgerinnen und Bürger, auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige einzahlen, und von daher, Herr Renz, ist dieses ein sehr demokratisches und soziales Anliegen. Und, Herr Schubert, im Gegensatz zu Ihnen denke ich, bei den Einkunftsarten jetzt nach dem Ehrenamt zu suchen, ist ein kleines bisschen pinnenschieterig.

(Heiterkeit bei Minister Harry Glawe –
Egbert Liskow, CDU: Was?!)

Es geht im Grunde genommen darum, Vermögenseinkommen reinzunehmen, Gewinne und Mieteinkünfte. Ich

denke, da sind wir uns einig von SPD, LINKE und C..., nein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Minister Harry Glawe: CDU, genau. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber jetzt möchte ich auf ein paar Punkte des Antrages zu sprechen kommen, nämlich die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung. Klar, das müsste ein Zwischenschritt sein, weil wir, wie gesagt, ja die Bürgerversicherung als Ziel sehen. Bei der perspektivischen Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze haben die GRÜNEN per Bundesdelegiertenkonferenzbeschluss eine andere Position. Wir sprechen uns dafür aus, die Erhöhung der Bemessungsgrenze eben auf das Niveau der Rentenversicherung auszurichten.

Das Dritte ist, bei Ihnen steht drin, dass wir alle Einkommensarten zur Beitragsbemessung mit dazunehmen. Das tragen wir mit, aber uns ist das nicht konsequent genug.

(Torsten Renz, CDU: Machen Sie
doch einen Änderungsantrag!)

Wir vermissen in Ihrem Antrag die Bürgerversicherung. Dazu steht kein Wort, das bedauern wir.

(Harry Glawe, CDU: Ja, von Ihnen ist
das nicht konsequent genug. Es gibt ja
auch unterschiedliche Strömungen
bei den GRÜNEN, oder nicht?)

Und deshalb werden wir uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten bei diesem Antrag. Nichtsdestotrotz werden wir uns, ob auf Landesebene oder auf Bundesebene, weiterhin ganz konsequent für die Bürgerversicherung einsetzen,

(Harry Glawe, CDU: Ja, dann
müssen Sie erst mal die
Mehrheit auf Bundesebene
selbst finden bei den GRÜNEN.)

und ich hoffe, dass die CDU mit ihrem Minister Gröhe, der ja zwei schöne Jahre hatte – ich denke, die nächsten zwei Jahre werden möglicherweise nicht mehr so schön, denn er hat etwas vor, er will nämlich das Krankenhausversorgungstärkungsgesetz hier auf den Weg bringen,

(Julian Barlen, SPD: Ach!)

und dann werde ich die CDU mal beim Wort nehmen, wie sie dazu steht, wenn hier nämlich kleine Krankenhäuser geschlossen werden sollen – ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nun ist es doch gut, Herr Glawe. Mein Gott, Sie können aber schnell reden, es versteht nur niemand.

(Harry Glawe, CDU: Ich glaube,
ich spreche klarer als Sie.)

Aber da, meine liebe CDU, werde ich Sie beim Wort nehmen, wie das dann ist, ob Herr Gröhe eine gute Gesundheitspolitik macht.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Bernd Schubert, CDU)

Wenn ich an die Hebammensituation denke, sieht es anders aus, und ich hoffe, da ist die Kanzlerin ..., na gut, über die sprechen wir jetzt in diesem Zusammenhang nicht.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Wa, wa, wa,
wa, wa! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden für die Bürgerversicherung stehen

(Harry Glawe, CDU: Das steht doch in
dem Antrag gar nicht drin. Das steht
doch in dem Antrag gar nicht drin.)

und ich hoffe, die CDU gewinnt auch mal an Erkenntnis und nicht an Lautheit und hört mir zu. Ich hoffe, dass wir Sie mit guten Argumenten überzeugen können.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Blubber, blubber, blubber! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wiederhole den Hinweis, den ich vorhin schon gegeben habe. Ich bitte doch, auch heute am dritten Tag dieser Woche so viel Disziplin aufzubringen, dass wir einigermaßen störungsfrei dem Redner zuhören können.

Der nächste Redner wird sein für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

(Michael Andrejewski, NPD: Jetzt noch
mehr Blubber, Blubber, Blubber! – Zuruf von
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Fraktion DIE LINKE! Es gibt in Deutschland auf der Bundesebene Unterschiede zwischen SPD, CDU, GRÜNEN und LINKEN bei der Frage der Ausgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung. Ja, guten Morgen! Das ist ja wirklich eine ganz neue Erkenntnis und vor allen Dingen auch eine Sache, die wir hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern heute an diesem wunderschönen sonnigen Freitagmorgen aber wirklich sehr ausführlich diskutieren müssen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Dürfen, dürfen!)

Ich glaube einfach, Sie haben sich im Parlament geirrt. Wir befinden uns hier, also anders als die Debatte vermuten lässt, nicht im Deutschen Bundestag,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Siehe Tagesordnungspunkt 1.)

da, wo dieser Antrag in meinen Augen eigentlich hingehört, wo der Antrag seit vielen Jahren der Sache nach

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Diskutiert wird.)

diskutiert wird, wo die Fraktionen ringen, wo Änderungen letzten Endes beschlossen werden müssen. Wir sind hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, und, meine Damen und Herren, jeder kann sich wirklich mal selbst die Frage stellen, was eigentlich der Sinn dieses Antrages von der LINKEN hier ist.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Ich kann vielleicht mal aus meiner Sicht drei kleine Einschätzungen zum Sinn dieses Antrages der Fraktion DIE LINKE zur Bundesregelung zur gesetzlichen Krankenversicherung abgeben,

(Egbert Liskow, CDU:
Selbstbeweihräucherung.)

und da ist der Grund wie so oft beim Thema gesetzliche Krankenversicherung: Beim Thema Bürgerversicherung kann man natürlich ganz besonders leicht einen Keil zwischen die SPD und die Union treiben.

(Heinz Müller, SPD: Geht klar. –
Torsten Renz, CDU: So nicht.)

So, Herr Renz kocht also das Ganze gerade herunter, das nehme ich sehr gern zur Kenntnis, aber da kann man gut einen Keil zwischen uns treiben, eben gab es schon so ein bisschen Schnappatmung.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und diesen Keil nutzt DIE LINKE natürlich jederzeit gern. Da ist es völlig egal, ob das hier quasi das richtige Gremium ist oder nicht, Hauptsache, man hat mal ein bisschen Spaß,

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

wenn man SPD und Union gegeneinander aufhetzen kann. Das ist wahrscheinlich der erste Grund.

Der zweite Grund ist offensichtlich ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ein ernstes Thema, Herr Barlen.)

Das ist ein ernstes Thema.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wollen Sie nun die Beitragserhöhung, oder wollen Sie die nicht?)

Ja, hören Sie doch erst mal zu! Also Sie geben mir ja quasi richtig das Stichwort zu der zweiten Begründung.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Eben,
kommen Sie mal zum Kern des Antrages! –
Zurufe von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Henning Foerster, DIE LINKE)

Warum ich glaube, dass DIE LINKE das hier zur Aufführung bringt: Man muss ja sagen, der parteiinterne Vorwahlkampf um die Nominierung zum, sagen wir mal, schärfsten Oppositionsabgeordneten oder -politiker ist bei den LINKEN offensichtlich noch nicht in Gänze abgeschlossen.

Herr Koplin, ich bin mir aber nicht sicher, ob man an Ihrer Basis, sagen wir mal,

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Henning Foerster, DIE LINKE)

anstelle dieses Scheingefechtes zu einem Bundesthema nicht lieber ein wirkliches Landesthema gesehen hätte, was ein linker Oppositionsabgeordneter hier mal beherzt anpackt. Da bin ich mir nicht sicher. Ich drücke nichtsdestotrotz die Daumen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was wissen
Sie über unsere Basis, Herr Barlen?
Was wissen Sie über unsere Basis?
Das ist doch nur dummes Gerede!)

Der dritte Grund ist, auch das kommt mir stellenweise stark bekannt vor, DIE LINKE ist mit ihrem Forderungskatalog zur gesetzlichen Krankenversicherung natürlich mal wieder diejenige, die am allermeisten fordert

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ja, zu Recht auch, stimmt.)

und die es auch besser weiß als SPD, als GRÜNE, als der Sachverständigenrat, als alle anderen zusammen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir wissen es
auch besser. Wir wissen es auch besser. –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Haben
Sie schon was zum Antrag gesagt?)

Wenn man schon mal die moralische Poleposition hat bei einem Thema, so wie die Fraktion DIE LINKE beim Thema gesetzliche Krankenversicherung, dann muss man das hier ordentlich zur Schau tragen,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Schau ist Ihre Rede.)

und dann ist es eigentlich auch egal, ob das hier hingehört oder nicht, Hauptsache, wir haben das mal angesprochen. So viel zum Thema Einordnung dieses Antrages.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Die Menschen in unserem Land ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist
eine einzige Schaufensterrede.)

Herr Holter, beruhigen Sie sich!

... haben auch mal den Anspruch, Dinge politisch eingeordnet zu bekommen. Und wenn wir unsere, sagen wir mal, Debattenzeit im Landtag Mecklenburg-Vorpommern dafür benutzen, dass Themen hier ventiliert werden, die auf Bundesebene völlig klar sind ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja,
das haben Sie ja jetzt fünf
Minuten lang gemacht.)

Ja, ich habe lange Redezeit, Herr Holter, da kann ich das also umfänglich bewerten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, Sie
haben fünf Minuten geredet, aber
ohne Sinn und Verstand, ohne Inhalt.)

Meine Damen und Herren, so viel mal ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Barlen!

Also jetzt möchte ich doch mal was sagen. Es sind so viele Zwischenrufe aus der Fraktion DIE LINKE gekommen, die „zur Sache“ gerufen haben. Ich erinnere an unsere Debatte aus der letzten Sitzung, wo es darum ging, dass man sich auch mal politisch äußern sollte. Ich bitte doch, jetzt endlich mal eine Entscheidung zu treffen, ob man hier auch politische Debatten zulassen will oder eben nicht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Darf er, darf er. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das war jetzt aber
eine politische Wertung der Präsidentin.
Da können Sie mir gern einen Ordnungsruf
für geben. Das ist so nicht hinnehmbar. –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Ich wollte hier eigentlich nicht dazu beitragen, die Debatte noch weiter anzukurbeln. Ich werde auch von einem Ordnungsruf absehen. Ich wollte nur darauf hinweisen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass man sich bitte mal darüber einig wird, was man möchte – will man politische Debatten, will man keine politischen Debatten.

(Michael Andrejewski, NPD: Politik passt nicht
hierher. – Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht immer auf die Ordnungsebene zu ziehen, auf die Sachrufebene, also das möchte ich jetzt irgendwann auch mal geklärt haben. Von daher bitte ich, wir können das im Ältestenrat klären, erst mal die Debatte so zuzulassen. Wenn ich das Gefühl habe, dass hier nicht zur Sache gesprochen wird oder zu weit vom Thema abgeschweift wird, werde ich gegebenenfalls auch Sachrufe erteilen. Davon bin ich aber noch weit entfernt.

Jetzt können Sie bitte weitermachen, Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin!

Meine Damen und Herren, die Motivation der LINKEN zu diesem Antrag habe ich jetzt also aus unserer Sicht mal dargelegt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist auch in Ordnung so.)

Und ich möchte fachlich der Vollständigkeit halber, wenn das Thema hier schon aufgerufen wird, anmerken, dass wir natürlich als Sozialdemokratie nach wie vor sehr klare Vorstellungen zur Zukunft der Krankenversicherungen haben. Die sind Ihnen auch bekannt. Uns geht es nach wie vor auf Bundesebene um die wirksame Verhinderung einer Zweiklassenversorgung durch die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung. Die Aufteilung in gute und schlechte Gesundheitsrisiken, in diesem Fall in eine gesetzliche Krankenversicherung und statistisch gesehen in eine Privatversicherung, ist in unseren Augen nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen, sondern letzten Endes auch versicherungsmathematisch abzulehnen. Es geht bei einer Versicherung und gerade bei einer Bürgerversicherung doch darum, einen möglichst ausgeglichenen Risikopool zu schaffen.

Darüber hinaus geht es uns ebenfalls um eine echte Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, es geht uns um mehr Nachhaltigkeit und die rechtssichere Einbeziehung weiterer Einkunftsarten durch einen steigenden Anteil an Steuermitteln. Wir streben die Wiedereinführung der kompletten Beitragsautonomie für die Krankenkassen an und wollen eine einheitliche Honorarordnung für gesetzliche und private Krankenkassen.

Und diese Randbemerkung sei mir hier aus aktuellem Anlass an dieser Stelle auch gestattet, wenn wir über das Thema Krankenversicherungen und Krankenkassen sprechen: Wir setzen uns als SPD auch im Lichte des gestrigen Gipfels zum Umgang mit den Flüchtlingen in Deutschland weiterhin für die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber ein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Gestern haben die Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin vereinbart, dass die Länder aufgerufen sind, dieses Thema für sich zu klären und eine solche Lösung zu finden. Und, meine Damen und Herren, es gab eine sehr umfassende Anhörung zu diesem Thema bei uns im Gesundheitsausschuss. Der öffentliche Gesundheitsdienst, die Verwaltungsebene, die behandelnden Ärzte haben sich für die Einführung einer solchen Chipkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber ausgesprochen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die Mär einer Leistungsausweitung durch die Einführung einer solchen Karte ist faktisch widerlegt. Es gibt einen sehr lesenswerten Beitrag des AOK-Bundesverbandes

(Stefan Köster, NPD: Die erhoffen sich
doch zahlreiche Einnahmen dadurch. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

im Lichte des Gesetzentwurfes des Innenministeriums, wo, Zitat, von einem „Rückfall in die Steinzeit“ bei einer Bearbeitung von noch mehr Gesundheitsleistungen durch Krankenkassen ohne die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte gesprochen wird.

Also, meine Damen und Herren, wir fordern alle demokratischen Kräfte dazu auf, dass wir bei dem Thema „elektronische Gesundheitskarte“ zu einer guten Lösung auch für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern kommen.

Noch mal zurück zum Antrag, was wir erreichen und erhalten wollen – ich glaube, das ist an dieser Stelle neben der politischen Einordnung, der Motivation der LINKEN klar geworden –: eine gute solidarische Gesundheitsversorgung für alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, unabhängig von ihrer persönlichen Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus. Dazu brauchen wir nach Auffassung der SPD die Bürgerversicherung. Dass dieser Weg zu einer solchen Bürgerversicherung auf Bundesebene in der aktuellen Konstellation nicht frei ist, das ist hinlänglich bekannt, das ist nichts Neues und daran ändert sich auch nichts durch den Antrag der LINKEN und schon gar nicht durch den Antrag der LINKEN hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, wo wir über

diese Frage nicht zu entscheiden haben. Wir lehnen den Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Barlen, dass der AOK-Bundesverband sich die Gesundheitskarte für Asylanten wünscht,

(Julian Barlen, SPD: Asylbewerber.)

das ist verständlich, denn der AOK-Bundesverband verspricht sich davon Profite. Es geht um nichts anderes, die wollen Geld verdienen. Und dass die Entwicklung der Krankenkasse hier an der richtigen Stelle ist, ist auch richtig, weil Hunderttausende Beitragszahler in Mecklenburg-Vorpommern sind von den Beitragssteigerungen betroffen. Das ist wahrscheinlich an Ihnen vollkommen vorbeigegangen.

(Julian Barlen, SPD: Aber Sie als Weltökonom wissen wahrscheinlich schon, dass es am Ende eine Nettoersparnis gibt, ja? Das heißt, Sie würden damit Steuermittel einsparen. Das dürfte also in Ihrem Interesse sein.)

„Schon bald drohen höhere Beiträge“, so der „Focus“ am 23. September 2015, Herr Barlen, in Bezugnahme auf die Kostenentwicklung der gesetzlichen Krankenkassen. Verantwortlich für die vermutlich im Jahr 2016 steigenden Kassenbeiträge sollen die Kosten im Arzneimittelmarkt, insbesondere die Kostenexplosion bei patentgeschützten Arzneimitteln sein. Um durchschnittlich 0,2 zusätzliche Beitragsprozentpunkte pro Jahr werden die Beiträge nach bisherigen Berechnungen wohl ansteigen. Allein im Jahr 2014 sind nach dem Arzneiverordnungsreport die Ausgaben für Medikamente um 3,3 Milliarden auf 35,4 Milliarden Euro, also um 10,3 Prozent gestiegen. Dabei zweifeln immer mehr Fachleute daran, dass die Gesundheitspolitik in unserer Heimat an den Bedürfnissen der Beschäftigten und Patienten ausgerichtet ist. Viel mehr sorgen unzählige Lobbyisten im Einklang mit der Politik und vor allem auch im Einklang mit der SPD, mit den GRÜNEN und mit den LINKEN dafür, dass Milliardenbeiträge zweckentfremdet werden.

Die gesamten Folgen Ihrer Gesundheitspolitik, Herr Barlen, müssen die Beschäftigten und Kassenversicherten aushalten. Die gesetzlich Krankenversicherten tragen nicht nur die Kosten, sondern leiden auch an der Einschränkung beziehungsweise der Reduzierung der Gesundheitsversorgung, insbesondere im ländlichen Raum. Den Irrsinn beziehungsweise die Zweckentfremdung im Bereich der gesetzlichen Krankenkassen mache ich durch ein Beispiel deutlich.

Beim Heavy-Metal-Festival in Wacken bot die BARMER GEK in diesem Jahr Nackenmassagen an. Ziel sollte es sein, Beschwerden durch wildes Tanzen zu mildern.

(Heiterkeit bei Michael Andrejewski, NPD)

Ähnliche Beispiele für die Zweckentfremdung von Beitragsgeldern gibt es Tausende, und die Politik billigt diese Zweckentfremdung, zumindest durch Unterlassen.

Im ersten Halbjahr 2015 sollen die gesetzlichen Krankenkassen einen rechnerischen Verlust von bis zu 500 Millionen Euro erzielt haben. Allerdings – und das wird immer wieder verschwiegen – verfügen die Kassen auch über Rücklagen von etwa 16 Milliarden Euro. Doch ausbügeln müssen die fatale Politik wieder einmal nur die Versicherten, nicht zuletzt, seitdem die paritätische Finanzierung, also die gleichmäßige Finanzierung und Kostenteilung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber grundlegend geändert wurde. Seitdem tragen die Arbeitnehmer allein die Kostensteigerung.

Wir brauchen auch im Gesundheitswesen einen grundlegenden Wandel. Zweckentfremdungen müssen unverzüglich beendet werden. Ziel der Gesundheitspolitik muss die Gesunderhaltung unseres Volkes und der Versicherungsschutz im Krankheitsfall sein. Auch der überflüssige vermeintliche Wettbewerb im Bereich der gesetzlichen Krankenkassen, die nur Beitragsgelder unnötigerweise verbrauchen, muss endlich ein Ende haben, weshalb unsere NPD-Fraktion schon seit Jahren die Schaffung einer Gesundheitskasse fordert. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Den vorherigen Redebeitrag darf man nicht so unwidersprochen lassen.

(Stefan Köster, NPD: Natürlich nicht!)

Hier beizugehen und die Krankenkassen zu diffamieren, ist an dieser Stelle entschieden zurückzuweisen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Zu behaupten, die Gesundheitskarte würde aus Profitgründen erbeten werden oder gewollt werden von der AOK,

(Stefan Köster, NPD: Nein, das ist reiner Hohn! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ist eigentlich etwas, was zurückzuweisen ist, weil die AOK, das sage ich Ihnen ganz klar, hat etwas ...

(Stefan Köster, NPD: Stellen Sie sich doch nicht so dumm, Herr Koplin! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also einen Moment, Herr Koplin, bitte!

Ich habe die NPD-Fraktion insbesondere immer wieder darauf hingewiesen, dass sich die Zwischenrufe so gestalten sollen, dass der Redner zu verstehen ist. Und jemanden hier persönlich zu beleidigen – das haben Sie getan, Herr Köster –, das ist unparlamentarisch, das weise ich zurück. Ich weise Sie darauf hin, dass Sie im Wiederholungsfalle auch mit einem Ordnungsruf zu rechnen haben.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Koplin.

(Stefan Köster, NPD: Ich habe nur gesagt, er soll sich nicht so dumm anstellen.)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Danke schön, Frau Präsidentin!

Ich setze noch mal an. Die AOK praktiziert etwas, was Ihnen völlig abgeht,

(Stefan Köster, NPD:
Eine Wohltat, eine reine Wohltat!)

und zwar humanistische Gründe.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, natürlich.
Wie naiv sind Sie eigentlich?!)

Humanismus ist der Grund dafür, dass sie sagen,

(Stefan Köster, NPD: Hören Sie
doch auf, die Leute zu belügen!)

die Flüchtlinge mögen eine Gesundheitskarte bekommen.

(Stefan Köster, NPD: Glauben Sie das wirklich,
was Sie da von der Kanzel erzählen?! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und die Bestrebungen einer Ersatzkasse, in Sachen Prävention aktiv zu werden, hier zu diffamieren, halte ich für genauso zurückweisenswert.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das sei an erster Stelle hier gesagt.

(Stefan Köster, NPD: Natürlich, IM Martin. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Gern setze ich mich mit den Argumenten der Redner,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Michael Andrejewski, NPD)

der Rednerinnen und Redner der demokratischen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also ich bitte doch jetzt noch mal um Ruhe. Auch wenn man sich hier quer über die Bänke austauscht, dann ist irgendwann der Redner nicht mehr zu verstehen. In diesem Zustand sind wir hier vorn gerade im Präsidium, und ich denke mal, auch Herr Koplin hat ein Anrecht darauf, dass das Plenum ihm aufmerksam zuhört.

Bitte schön, Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Danke schön, Frau Präsidentin!

Ich möchte mich mit den Redebeiträgen der Rednerinnen und Redner der demokratischen Fraktionen jetzt auseinandersetzen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Was haben Sie denn mit denen zu tun?)

Herr Barlen hat den Versuch einer politischen Einordnung gestartet, warum das hier wohl eine Rolle zu spielen habe, und Sie haben drei Annahmen getätigt.

(Julian Barlen, SPD: Jetzt machen
Sie es nicht noch schlimmer!)

Was heißt „schlimmer“? Also die Situation ist doch ganz klar, warum wir das hier thematisieren. Die Menschen leben in diesem Land und sie zahlen hier ihre Versicherungsbeiträge, wenn sie beitragspflichtig sind. Und wenn vorauszusehen ist, es gibt seit Ende August erste Annahmen, und am 1. November werden wir dann die Zahlen auf dem Tisch haben, ist davon auszugehen, dass es eine Erhöhung der Beiträge lediglich für die Versicherten in Höhe von 0,2 bis 0,3 Prozent gibt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

Das ist der Betrag, der benötigt wird, um das Geld da aufzufangen.

(Minister Harry Glawe: Man muss die
Gesundheitsversorgung sicherstellen,
Herr Koplin. Oder haben Sie was dagegen?)

0,2 bis 0,3 Prozent sind mindestens 50 Euro pro Monat bei einem durchschnittlichen Bruttoverdienst, wie er ausgewiesen ist im Statistischen Landesamt in den Einkommensteuertabellen.

Wo Sie ins Persönliche gegangen sind, das übergehe ich mal, aber Sie sagten, wir würden hier die Unterschiede der Koalitionäre herausarbeiten wollen. Natürlich wollen wir das! Die Bürgerinnen und Bürger haben doch ein Anrecht darauf zu erfahren, wie wir darüber denken, und nicht nur kurz vor der Wahl, wo es dann heißt, wir werden das wieder versprechen, beim letzten Mal haben wir uns nicht durchsetzen können. Es hat etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun,

(Egbert Liskow, CDU: Was
glauben Sie denn?)

Glaubwürdigkeit von Politik, denn die politischen Aussagen, in diesem Fall der SPD, gelten doch bundesweit.

Ich zitiere mal kurz aus „DAS WIR ENTSCHIEDET“: „Arbeitgeber sollen wieder den gleichen Beitrag leisten wie Beschäftigte, die tatsächliche Parität muss wieder hergestellt werden.“

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Das steht bei Ihnen in der Programmatik, das ist völlig in Ordnung. Die Frage ist nur, gilt das auch hier oder verschänzt man sich dahinter und sagt, nein, da haben wir uns bei Herrn Renz nicht durchsetzen können.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU:
Der Herr Renz ist ein ganz harter Hund.)

Herr Schubert hat sich ja geäußert zu den Positionen der CDU. Dass wir da weit auseinander sind, das ist bekannt. Ich bin nur erschrocken, nicht nur jetzt an dieser Stelle hat das eine Rolle gespielt, auch gestern, in welchem hohen Maße Personenkult bei Ihnen immer wieder um sich greift.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Also die Kanzlerin würde doch Gewähr dafür sein, heute die zwei glücklichen Jahre des Bundesministers Gröhe und so weiter. Also das ist befremdlich, muss ich mal sagen.

(allgemeine Unruhe)

Ja, tut mir leid, das erinnert mich an längst vergangene Zeiten.

Bezug nehmen möchte ich gern auf die Ausführungen des Bildungsministers, der für die Sozialministerin vorgelesen und deutlich gemacht hat, dass die GKV auf dem Solidarprinzip beruht. Das ist eben das Problematische, dass das Solidarprinzip schleichend, aber kontinuierlich ausgehöhlt und unterlaufen wird. Und zu sagen, diese Frage wäre jetzt bis zur nächsten Bundestagswahl hinfällig, da frage ich: Was ist denn der Maßstab? Ist der Maßstab die Lebenswirklichkeit oder ist der Maßstab, Herr Liskow, ein Papier, ein Kompromisspapier, das vor circa zwei Jahren abgefasst wurde? Denn die Zahlen sprechen für sich, das kann man doch nicht ignorieren.

Also die AOK hat mitgeteilt im ersten Halbjahr ein Minus von 112 Millionen Euro, die Ersatzkassen gar von 191 Millionen Euro, die Betriebskrankenkassen von 127 Millionen Euro, die Innungskrankenkassen von 118 Millionen Euro. Lediglich die Knappschaftskassen und die Gesundheitsversicherung der Seeleute haben positive Ergebnisse erzielt. Darüber kann man doch nicht hinwegsehen und sagen, wir werden dann sehen, wie der politische Kalender aussieht.

Die nächste Bundestagswahl ist voraussichtlich im Herbst 2017, und dann noch, Herr Schubert, beizugehen,

(Egbert Liskow, CDU: Bürgerentscheide.)

und den Kassen die Schuld in die Schuhe zu schieben und zu sagen, wenn es da die Probleme ...

(Bernd Schubert, CDU: Ich habe zitiert aus dem Zeitungsartikel. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Indem Sie es zitieren, und zwar kritiklos zitieren, machen Sie sich das Zitat zu eigen. Das ist doch der Grund, warum wir zitieren. Sie trauen der Zeitung immer. Das ist ...

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein, er verwechselt „zitieren“ mit „abschreiben“.)

Ja, Sie machen sich das zu eigen, das ist der Punkt, und schieben faktisch das Handeln der Krankenkassen vor. Sie waren aber diejenigen, die die Krankenkassen in diesen Wettbewerb getrieben haben. Sie haben dieses ganze Prozedere, diese ganze Systematik in Gang gesetzt. Und dann zu sagen, ja, da wären aber die anderen schuld, ist eine Herausnahme aus der Verantwortung, aus der politischen Verantwortung, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Frau Gajek hat darauf verwiesen, dass das Schlüsselwort „solidarische Bürgerversicherung“ fehlt. Es fehlt als Vokabel, aber wer den Antrag in Punkt II Absatz ...

(Torsten Renz, CDU: Haben Sie vergessen oder was, oder bewusst nicht geschrieben?)

Ach, der ist doch implizit, ist doch implizit. Jemand, der das gelesen hat, sieht ganz deutlich ...

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Neue Strategie von Ihnen, ja. – Zurufe von Wolfgang Waldmüller, CDU, und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Na, wir setzen doch wohl voraus, dass es ein Mindestmaß an intellektuellen Fähigkeiten gibt, um etwas zu erkennen. Deswegen müssen wir nicht immer mit den Vokabeln hantieren. Aber wahrscheinlich gibt es so ein reflexartiges Verhalten:

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Wenn gewisse Vokabeln nicht auftauchen, dann wird das schon allein als Grund herbeigezogen, um einen Antrag abzulehnen.

(Torsten Renz, CDU: Geben Sie doch mal zu, dass es ein Fehler war, die Bürgerversicherung nicht reinzuschreiben!)

Also Fazit ist, wir dürfen im Interesse der Menschen in diesem Land, der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nicht länger warten und sollten ein Signal senden und auf Bundesebene ein Handeln der Landesregierung in Auftrag geben. Wir sind gefragt, nicht Dritte, nicht andere. Das will ich an dieser Stelle sagen und würde gern die Frage von Minister Glawe ...

Vizepräsidentin Regine Lück: Das überlassen Sie bitte mir, Herr Abgeordneter Koplin.

Lassen Sie eine Anfrage des Abgeordneten zu?

Torsten Koplin, DIE LINKE: Ja.

Vizepräsidentin Regine Lück: Bitte, Herr Minister.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Koplin, würden Sie mir zustimmen, dass der Gesundheitsfonds sich über Jahre jetzt eigentlich bewährt hat?

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Herr Glawe, ich darf Ihnen zustimmen, dass er als ein Kompromiss zwischen den Positionen der Sozialdemokratie und der CDU zu funktionieren scheint über eine gewisse Zeit, aber er ist ...

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Hat er sich bewährt?)

Scheint zu funktionieren.

... nicht die Lösung auf Dauer, weil sich ja an dieser Stelle zeigt – deswegen haben wir es problematisiert –, dass wir vor einer Situation stehen, dass strukturell die Beitragssätze steigen werden. Und da gibt es vier Möglichkeiten, darauf zu reagieren: Einmal an der Leistungsschraube zu drehen, das wollen wir nicht. Das Zweite, was möglich ist, eine ungebremste Beitragssatzerhöhung, das wollen wir nicht aus Gerechtigkeitsgründen

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und weil, wenn die Versicherten einseitig belastet werden, es einen Rückgang der Kaufkraft gibt. Das Dritte wäre, Steuermittel einzusetzen. Das ist ein Teil des Konstrukts des Gesundheitsfonds. Das geht aber nur bedingt.

Insofern gebe ich Ihnen recht, wenn Sie sagen, es hat sich eine gewisse Zeit bewährt, aber auf Dauer, um die Frage final zu beantworten, ist es keine Lösung. Aus unserer Sicht ist auf Dauer die solidarische Bürgerversicherung die Lösung. Dafür haben wir geworben und

werden das auch weiterhin tun. – Danke für die Frage und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4453. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4453 mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36:** Beratung des Antrages der Landesregierung – Zustimmung des Landtages gemäß §§ 63 Absatz 1 und 64 Absatz 1 Landeshaushaltsordnung und § 12 Absatz 2 des Haushaltsgesetzes 2014/2015 zum Flächentausch des Landes mit Herrn Bernhard Reemtsma.

**Antrag der Landesregierung
Zustimmung des Landtages gemäß
§§ 63 Absatz 1 und 64 Absatz 1 Landes-
haushaltsordnung und § 12 Absatz 2
des Haushaltsgesetzes 2014/2015
zum Flächentausch des Landes
mit Herrn Bernhard Reemtsma
– Drucksache 6/4405 –**

Das Wort zur Begründung hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Till Backhaus. Bitte schön.

(Julian Barlen, SPD: Jetzt wirds kurz. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute einen Antrag vor, und ich will Ihnen Folgendes als Vorbemerkung an die Hand geben: Das Land Mecklenburg-Vorpommern bewirtschaftet insgesamt 1,3 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. In den letzten Jahren ist es zu einer massiven Privatisierung von ehemals volkseigenen Flächen gekommen, im Übrigen aus meiner tiefen Überzeugung der Kardinalfehler der deutschen Einheit: der Zwang zur Privatisierung, anstatt diese Flächen lieber langfristig zu verpachten.

Vor welche Probleme wir damit in den letzten Jahren gestellt wurden, ist auf der einen Seite, dass der Bund die Flächen aus rein fiskalischen Gründen veräußert hat und wir im Strukturwandel zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Grund und Boden in der Hand von zunehmend weniger Eigentümern ein Riesenproblem darstellt. Das ist so. Ich habe es immer bemängelt. Wir haben in den letzten Legislaturperioden immer wieder über das Thema Boden diskutiert und debattiert. Auf der anderen Seite haben wir Verbesserungen erreicht, das will ich auch sagen, aber das Grundprinzip, dass die Privatisierung vor der langfristigen Verpachtung steht, haben wir nicht durchsetzen können. Wir haben keine Partner mehr gefunden, und auch die anderen Bundesländer haben da nicht mitgemacht. Ich bedaure das.

Auf der anderen Seite haben wir ein Instrument, das in Deutschland einmalig und auch in der Praxis hochgradig anerkannt ist, angewandt, nämlich die sogenannten Flurneuordnungsverfahren. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile – runde Zahlen – 400 Flurneuordnungsverfahren durchgeführt. Ich kann Ihnen heute sagen, dass wir rund 500.000 Hektar – wenn man so will, gut ein Drittel – der landwirtschaftlichen Nutzflächen, aber auch die Zusammenführung von Grund- und Gebäudeeigentum, die private und die öffentliche Dorferneuerung über diese Verfahren umgesetzt haben.

Das ist ein Riesenerfolg und diejenigen, die an diesen Flurneuordnungsverfahren beteiligt waren, sprechen sich unisono, bis auf Einzelfälle, sehr, sehr positiv über diese Maßnahmen aus. Deswegen bedaure ich sehr, dass es heute auch medial ein bisschen den Anschein hat, als ob wir irgendjemanden bevorzugen wollen. Das ist in keinsten Weise der Fall. Auch das ist mir wichtig, dass wir jährlich – jährlich! – in diesem Flurneuordnungsverfahren bis zu 5.000 Hektar in diesem Lande tauschen und sich letzten Endes damit die Bewirtschaftbarkeit für kleinere und größere Betriebe deutlich verbessert.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Man darf bei all dem, was vielleicht auch in Richtung – ich will das mal vorsichtig formulieren – Sozialneid, Großgrundbesitz oder anderer Aussagen geht, die in der Öffentlichkeit getroffen werden, nicht vergessen, das Land Mecklenburg-Vorpommern hat unter meiner Verantwortung für diesen Bereich immer dafür gesorgt, dass wir keine landwirtschaftlichen Nutzflächen verkaufen. Wir kaufen eher. Wir haben im Übrigen, was Waldflächen anbetrifft, auch keinerlei Flächen verkauft, sondern wir kaufen eher. Und wir haben als Land Mecklenburg-Vorpommern auch das Eigentum an Seen und ganz massiv an Naturschutzflächen deutlich erhöht – ein großer Erfolg und im Übrigen auch an die Finanzministerin hier noch mal meinen ausdrücklichen Dank für die Hilfe und Unterstützung. Wir werden innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zum Teil darum beneidet.

Insofern muss man das alles in einen Kontext stellen. Und heute geht es um einen Betrieb. Anfang der 90er-Jahre, Herr Waldmüller, sind unter Theo Waigel die ganzen volkseigenen Güter der ehemaligen DDR verkauft worden. In Mecklenburg-Vorpommern waren es 157 – bis auf eins. Da habe ich mich damals aus der Opposition heraus durchgesetzt, dass wir wenigstens eins behalten, und das ist Dummerstorf. Das ist heute einer der anerkanntesten Betriebe, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben. Alle anderen Güter sind in einer Nacht-und-Nebel-Aktion verschertelt worden. Ich habe das damals ganz massiv kritisiert, weil die agrarstrukturellen Belange des Landes Mecklenburg-Vorpommern seinerzeit nicht berücksichtigt worden sind und der Grundsatz strategischer Art, breitgestreutes Eigentum sichert auch einen fairen Umgang mit Grund und Boden, nicht berücksichtigt worden ist. Das ist so.

Der Prozess ist ja über die Jahre hinweg weitergegangen. Wenn dann einzelne Landwirte, die sich wie die Familie – ausdrücklich: die Familie – Reemtsma hier ehrenamtlich engagieren und sich in weiten Teilen auch in der Region massiv eingebracht haben, an den Pranger gestellt werden, so nach dem Motto: „Die sorgen nur für sich persönlich“, dann will ich an dieser Stelle sagen, dass ich eine solche Debatte nicht als zielführend erachte. Sozialneid oder Neid führt nicht unbedingt immer zum kooperativen

Miteinander. Es ist so, Herr Bernhard Reemtsma ist im Jahr 2011 an die Landesgesellschaft herangetreten, um seine Eigentumsflächen in einer Größe von 137 Hektar gegen Landesflächen einzutauschen, die wir, wenn man so will, im Klützer Winkel haben.

Ja, nach unserem Kenntnisstand ist es so, dass Herr Reemtsma einen Marktfruchtbetrieb führt und rund 3.000 Hektar bewirtschaftet. Darunter sind eben auch diese Tauschflächen, um die es geht. Ich will betonen, dass wir in der Region 115 Hektar zur Verfügung haben. Das bedeutet, dass wir 115 gegen 137 Hektar tauschen. Wer das einmal kurz zusammenrechnet, der weiß, dass wir damit einen Vorteil von 22 Hektar für das Land Mecklenburg-Vorpommern haben. Wenn wir heute einen Durchschnittsbetrieb der Bundesrepublik Deutschland mit 45 Hektar haben – mit 45 Hektar –, dann tauschen wir zum Wohle des Landes Mecklenburg-Vorpommern fast die Hälfte eines bäuerlichen Familienbetriebes der Bundesrepublik Deutschland – zum Vorteil des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

Das darf man dabei nicht ganz aus den Augen verlieren.

Was mir ganz besonders wichtig ist, ist, dass wir uns hier in einem Flurneuordnungsverfahren befinden und sich durch dieses Verfahren die Besitzstände sowohl für das Land Mecklenburg-Vorpommern als auch für den Tauschpartner deutlich verbessern. Das ist so. Ich glaube, man darf feststellen – auch das ist mir wichtig, Frau Karlowski, ich habe ja jetzt Ihre Presseerklärung gelesen, dass Sie es ablehnen, aber ich will Ihnen das folgendermaßen erklären –:

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Enthaltung.)

Die Feldblöcke, die wir tauschen, sind zwischen 17 Hektar und 38 Hektar groß und für bis zu fünf aufstockungsbedürftige Familienbetriebe mit arbeitsintensiven Bereichen können die Bedingungen damit verbessert werden. Das heißt, diese Betriebe, die gerade in der Region sind – Familienbetriebe und Milchviehbetriebe, aber auch ein Biobetrieb ist dabei –, werden durch den Tausch profitieren, weil diese Flächen – die 137 Hektar bewirtschaftet er heute selber – bekommen wir in das Eigentum des Landes und können sie dann kleineren Betrieben bereitstellen.

Damit können diese Betriebe Arbeitsplätze sichern, gegebenenfalls neue Investitionen auslösen sowie die Schaffung weiterer Arbeitsplätze ermöglichen. Mit den Landesflächen in Thorstorf, wo sie heute sind, kann ein solcher Effekt nicht erreicht werden. Neben den Flächen, die Herr Reemtsma zum Teil dort in der Region bewirtschaftet, ist im Übrigen nur ein unterstützungsbedürftiger Milchviehhalter. Auch hier kann gemäß Paragraph 103 Absatz 1 des Flurbereinigungsgesetzes dieser freiwillige Flächentausch dazu führen, dass diesem Betrieb weitergeholfen wird.

Der Ihnen zur Zustimmung vorgelegte Landtausch entspricht aus meiner Sicht genau dem, was Sie auch in Ihrer Presseerklärung heute mitteilen, nämlich der Verbesserung der Agrarstruktur und insbesondere dem Wunsch, kleineren Betrieben zu helfen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Insofern wäre es sicherlich gut gewesen, wenn Sie sich – wenn ich den Wunsch äußern darf – ein bisschen mehr mit dem Tauschverfahren auseinandergesetzt hätten.

Ich vermute, Sie wollen mich jetzt etwas fragen.

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Minister, lassen Sie die Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Karlowski zu?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich bin heute sehr bereit dafür, ...

Vizepräsidentin Regine Lück: Bitte schön, Frau Dr. Karlowski.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin.

Minister Dr. Till Backhaus: ... wenn sie mich nicht gleich wieder ärgert.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Minister, woraus entnehmen Sie die Kenntnis, dass wir diese Vorlage heute ablehnen werden?

Minister Dr. Till Backhaus: Oh, das habe ich aus Ihrer Presseerklärung entnommen.

(Egbert Liskow, CDU: Sie wollen sich doch enthalten.)

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.

Vizepräsidentin Regine Lück: Haben Sie eine weitere Anfrage, Frau Dr. Karlowski? (keine Zustimmung)

Minister Dr. Till Backhaus: Ach so, dann muss ich mich ja ausdrücklich bei Ihnen entschuldigen. Dann habe ich das wohl – die Presseerklärung ist in den letzten zwei Minuten gekommen –, ich habe das nur schnell überflogen. Insofern bin ich gespannt, was Sie nachher noch sagen werden.

(allgemeine Unruhe)

Das würde mich sehr freuen, wenn Sie erkennen, dass wir bei der Bewirtschaftungssicherheit, aber auch für investierende Betriebe eine Lösung finden.

(allgemeine Unruhe)

Darf ich das noch kurz zu Ende führen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gerne.)

Vor diesem Hintergrund ist es aus meiner Sicht wirklich vernünftig, dass wir zum Wohle des Eigentums des Landes Mecklenburg-Vorpommern hier Lösungen schaffen. Ich glaube, dass es auch richtig ist, dass wir im Übrigen noch mal darauf hinweisen, dass es bei dem Betrieb, der gegebenenfalls Flächen verliert, Verhandlungen gegeben hat, diesen Betrieb mit einem weiteren Pachtvertrag von sechs Jahren auszustatten.

Insofern ist das aus meiner Sicht wirklich ein Verfahren, dass dem Land Mecklenburg-Vorpommern zugutekom-

men wird. Auf der anderen Seite ist das natürlich mehrfach geprüft worden, auch durch das Finanzministerium, auch durch unser Haus, und hier hat es keine Einwendungen gegeben. Die anteiligen Kosten für die Gutachten werden wir uns teilen und die haben wir uns geteilt. Der Landtausch ist insofern strukturell und wirtschaftlich zum Vorteil des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Dann darf ich Ihnen eins mit an die Hand geben: Ja, das Land erlangt circa 22 Hektar mehr an Landeseigentum. Der Wertvorteil des Landes liegt immerhin bei 460.000 Hektar, nein, Euro. Das ist ein Durchschnittspreis von 22.000 Euro. Sie wissen, dass heute im Klützer Winkel die Preise bis auf 50.000 Euro hochgegangen sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Die haben aber auch gute Bodenwerte.)

Wenn ich das dann, ...

Na, das ist ja sehr guter Boden dort.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, eben.)

... und wenn ich das heute berechnen würde zu aktuellen Ausschreibungspreisen, dann kann ich davon ausgehen, dass wir dem Land einen Zuwachs von bis zu 1 Million an zusätzlichem Kapital zur Verfügung stellen werden. Ja, selbstverständlich ist es so, dass die Pachteinahmen für das Land aufgrund der höheren Hektarzahl insgesamt steigen werden. Weil wir 22 Hektar mehr an Land bekommen, werden wir zusätzlich 9.000 Euro jährlich erzielen.

In der SVZ ist ja heute – aus meiner Sicht nicht ganz richtig – dargestellt worden, jawohl, auf den Flächen, die wir übernehmen, ist eine Windkraftanlage. Ich glaube, das ist ein gutes Signal an die Energiewende, Herr Jaeger. Ich denke, Sie werden das unterstützen. Wir werden im Übrigen eine Einmalzahlung von 150.000 Euro zusätzlich bekommen, und auch die Pachteinahmen fließen dem Land Mecklenburg-Vorpommern zu. Auch das ist, glaube ich, ein Prozess, den wir hier angeschoben haben.

Ich will das ausdrücklich sagen: Wenn da Begriffe geprägt werden wie „dealen“ und solche Geschichten, dann weise ich das ausdrücklich – auch öffentlich – zurück. Ich bin kein Dealer, sondern wir haben für das Wohl des Landes zu sorgen.

(Martina Tegtmeier, SPD:
„Dealer“ heißt doch nur „Händler“.)

Ich glaube, dass wir damit auch einen vernünftigen Beitrag zur weiteren agrarstrukturellen Entwicklung des Landes leisten. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr gute Rede.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 6/4405. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der

Landesregierung auf Drucksache 6/4405 mit den Stimmen der SPD, der CDU und der LINKEN angenommen, bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der Fraktion der NPd.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages – Verwendung von Rationalisierungsmitteln in Mecklenburg-Vorpommern.

(Egbert Liskow, CDU: Was für Mittel? –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Regionalisierungsmittel!)

Regionalisierungsmittel.

Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 der GO LT Verwendung von Regionalisierungsmitteln in Mecklenburg-Vorpommern

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 150 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn der Bund Aufgaben an die Länder gibt, dann gibt er in der Regel das Geld mit. Die Regel ist, es ist zu wenig Geld und der Bund stößt Aufgaben ab, die er bisher übernommen hat –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist immer so.)

immer, fast immer zulasten der Länder.

Das ist auch passiert am 1. Januar 1996. Es gab eine Bahnreform und es wurde festgelegt, dass der Regionalverkehr der Bahn in Zukunft in Länderhoheit zu betreiben ist. Dazu hat der Bund den Ländern Mittel zugesagt, auch dem Land Mecklenburg-Vorpommern. Diese Mittel wurden entsprechend dynamisiert, und zwar mit 1,5 Prozent. Nun wissen wir alle, dass lange Zeit und eigentlich sogar jetzt noch die Inflation höher ist als 1,5 Prozent, sodass absehbar war, dass diese Mittel nicht ausreichen und zunehmend Landesmittel hinzugeschossen werden müssen, um das gleiche Angebot im Land aufrechtzuerhalten.

Das war unter anderem auch die Aussage der beiden Verkehrsminister, die ich im Verkehrsausschuss und Energieausschuss erlebt habe, nämlich von Volker Schlömann und von Ihnen, Herr Pegel, dass also die Mittel nicht ausreichen, sondern aus Landesmitteln nachzuschießen ist, weil jeder – das kann man sofort sehen – weiß, dass die Angebote der Bahnbetreiber – das hängt mit Tarifsteigerungen zusammen, mit Trassenpreisen, mit Bahnhofsgebühren und so weiter –, dass diese Preise deutlich schneller steigen als 1,5 Prozent.

Dann kam die Diskussion zur Südbahn und die ist eng verknüpft mit dem Thema Regionalisierungsmittel, weil es darum ging zu sagen, erstens, die Südbahn hat ein zusätzliches Investitionsvolumen von etwa 40 Millionen nötig, um auf der Strecke einen vernünftigen Schienenverkehr zu betreiben. Klammer auf: Das wird von denen, die für die

Südbahn kämpfen, bestritten. Die sagen, wenn, dann wäre dort in vielen Jahresscheiben zu investieren, da ist keine Investition von 40 Millionen nötig. Und die zweite Aussage ist, wenn wir auf den Busverkehr umstellen, können wir etwa 4 Millionen im Jahr sparen. Die Zahlen der Nutzer der Südbahn würden dicke für einen Bus reichen, aber eine Bahn nicht rechtfertigen. Tatsächlich ist diese Strecke seit Jahren massiv vernachlässigt worden. Wer auf der Strecke mal mit den Zügen unterwegs ist oder sieht, wie die Bahnhöfe aussehen, kann das bestätigen.

Aber wir haben das heiß diskutiert. Fünf Anträge von den LINKEN, aber auch von uns, waren in diesem Landtag zu hören zum Thema Südbahn. Wir haben immer wieder dafür gekämpft und es gab, wie gesagt, scheinbar schlagende Argumente. Ich nenne jetzt mal drei. Erstens gibt es zu wenig Nutzer. Das zweite Argument ist, dass uns, um die Strecke attraktiv zu machen, das Geld fehlt. Vielleicht gibt es ja das Potenzial, aber das Geld haben wir nicht, um sie so attraktiv zu machen. Das müssten wir woanders abziehen. Das dritte Argument: Im Moment sind es viel zu wenig Nutzer, das rechtfertigt nicht. Dass auch die Kreise aus meiner Sicht eine gewisse Mitschuld tragen – Thema „Schülerverkehr – Umstellung auf Busverkehr“ –, das haben wir hier ausführlich diskutiert, aber darum soll es heute nicht gehen.

Die Regionalisierungsmittel für 2015 betragen also jetzt etwa 245 Millionen und wir wissen durch die Kleine Anfrage, aber wir hätten es auch wissen können, wenn wir in den Haushalt reingeguckt hätten –

(Jochen Schulte, SPD: Eben.)

ja, das will ich deutlich selbstkritisch bemerken –, dass immer ein Restposten dahinterstand bei diesen Regionalisierungsmitteln. Im letzten Haushalt waren es über 7 Millionen und im jetzigen stehen diese 41 Millionen als Restmittel dahinter. Die Behauptung, wir hätten in Größenordnungen in den letzten Jahren Mittel des Landes in dieses Thema gesteckt,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Falsch.)

ist schlicht falsch.

Und jetzt das Zitat, Herr Minister, vom 24. April 2015. Das kann ich Ihnen nicht ersparen. Es ging um einen Antrag der LINKEN zum Thema Südbahn und um die Frage, wie man das eigentlich finanzieren kann, das sind doch alles Blütenträume. Da haben Sie gesagt, und mit Genehmigung der Präsidentin will ich gerne den kurzen Abschnitt vorlesen: „Entweder es gibt mehr vom Land,“ – das bezieht sich auf das Geld – „dann sollte redlicherweise gesagt werden, was dafür an anderer Stelle wegfällt, oder es bleibt aufseiten der Kreise eine zusätzliche Finanzierungsaufgabe, denn wenn das Land lediglich das Geld für den Busersatzverkehr überweist, muss der Mehrbedarf durch die Landkreise am Ende aus ihren Haushalten getragen werden.“

Das war das schlagende Argument, um zu sagen, liebe Opposition, eure Anträge könnt ihr in die Tonne hauen, ihr habt nicht das Geld für die Südbahn, ich habe es auch nicht, deshalb lasst uns das Projekt gemeinsam beenden und durch einen billigeren Busverkehr ersetzen.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Wir sehen heute, dass diese Argumentation definitiv falsch war, sie war definitiv falsch. Die andere Argumentation, die wir jetzt hören, will ich ja gar nicht in Bausch und Bogen wegwischen. Die jetzige Argumentationslinie heißt, wir konnten nicht damit rechnen, was uns der Bund überweist. Wir mussten als vorsichtige Kaufleute davon ausgehen, dass wir nicht genügend Mittel zur Verfügung haben. Deswegen war es sinnvoll – das sieht man auch auf der auf- und absteigenden Kurve der Regionalisierungsmittel oder der Rücklagen des Landes, die Regionalisierungsmittel sind natürlich immer aufgewachsen, aber wir haben mehr oder weniger davon gebraucht –, es war kaufmännisch völlig korrekt, Rücklagen für schlechte Zeiten zu bilden. Die hätten wir gebraucht. Für einen Kaufmann mag das richtig sein, in der Politik gelten tatsächlich andere Regeln. Und die Regel heißt: Wenn dir ein Thema wirklich wichtig ist, dann bist du bereit, bis an die Grenzen des Machbaren im Haushalt zu gehen,

(Dietmar Eifler, CDU: Das spielt keine Rolle.)

weil es nur so eine politisch sinnvolle Forderung ist, auf Bundesebene zu sagen, wir brauchen eigentlich mehr Mittel.

Wenn man von vornherein zeigt, dieser Bereich ist uns eigentlich nicht wirklich wichtig, da gehen wir keine Haushaltsrisiken ein, dann brauche ich im Bund nicht aufzutreten mit 40 Millionen, die ich nicht ausgegeben habe, um zu sagen, ich bräuchte für das Thema eigentlich deutlich mehr. Das ist ein Dauerbrennerthema zwischen Bund und Ländern, dass uns der Bund sagt, wir überweisen euch für bestimmte Themen Geld und wir stellen fest, ihr verwendet es für andere, aus eurer Sicht sicherlich wichtigere Projekte, aber nicht dafür, wofür ihr das Geld bekommen habt. Dies ist so ein Fall und der macht es extrem schwer, für mehr Geld zu sorgen.

Jetzt gibt es ein weiteres Problem. Andere Bundesländer, bevölkerungsreichere Bundesländer, auch die oft zitierten Länder Baden-Württemberg oder NRW, wo auch die GRÜNEN mit in der Regierung sitzen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Ach?!)

sagen, wir brauchen deutlich mehr Geld, weil bei uns mit weniger Geld viel mehr im Bereich Klimaschutz zu machen ist, weil bei uns einfach mehr Menschen mit diesen Zügen fahren werden. Das hat dazu geführt, dass unter der Führung, ich glaube, von Schleswig-Holstein – deswegen heißt es der Kieler Schlüssel –, ein neuer Schlüssel zur Verteilung der Mittel beraten wurde.

Dort ist herausgekommen, dass das bevölkerungsschwache Land Mecklenburg-Vorpommern abschmelzende Mittel bekommt. Damit wir nicht traurig sind, hat man gesagt – jetzt gehen wir mal davon aus, 7,3 Milliarden gibt es aktuell –, wir gehen hoch auf 8,5 Milliarden. Bei den 8,5 Milliarden kriegt ihr sogar mehr Geld, da müsst ihr euch gar keine Sorgen machen. Das Problem war bloß die Frage, ob der Bundesminister diese 8,5 preisgeben würde oder ob der nicht einfach sagt, ich bleibe bei den 7,3.

Nun gibt es das grundsätzliche Problem zwischen Bund und Ländern, dass der Bundesfinanzminister sagt, das ist doch totaler Mumpitz, ständig Einzelsummen an die Länder zu überweisen, das ist ein riesiger Verwaltungsaufwand. Wir wollen das in Zukunft so handhaben, dass wir eine Summe an die Länder überweisen und dann

sind wir in unserer Weisheit schon in der Lage, das Richtige damit zu tun. Es gibt unterschiedliche Meinungen zu dem Thema, vorsichtig gesagt. Und weil das so ist, kam es gestern Nacht zu einem Durchbruch, offensichtlich auch beim Thema Regionalisierungsmittel.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Das ist sozusagen in einem Zuge mitbehandelt worden.

Nun ist das Ergebnis nicht dramatisch schlecht. Wir kriegen statt 7,3 nämlich 8 Milliarden für das Thema, aber eben nicht die 8,5. Wir haben das mal mit einer Verhältnisgleichung ausgerechnet. Im Hintergrund steht jetzt immer dieser Kieler Schlüssel, der ist ausdrücklich erwähnt, das ist der neue Verteilungsschlüssel. Das bedeutet, wir hätten für das Jahr 2015 nach dem Kieler Schlüssel 273 Millionen bekommen sollen. 273 Millionen! Da muss man fairerweise sagen, diese Mittel sollten bis 2023 immer mehr abschmelzen.

(Jochen Schulte, SPD: Bis 30.)

Bitte?

(Jochen Schulte, SPD: Bis 30.)

Nee, bis 23.

Danach würden die Mittel absolut steigen, absolut steigen. Das hängt mit der Steigerung dieser geplanten 8,5 Milliarden zusammen, aber in absoluten Zahlen wären sie ab 2015 bis zum Jahr 2023 gesunken. Dann wären sie angestiegen, weil ja diese 2,8 Prozent Steigerungsrate geplant war, die übrigens höher ist als die 1,5, aber eben nur die 1,8. Also das kommt jetzt nicht alles rein.

Aber jetzt die Verhältnisgleichung: Wir würden, wenn der Kieler Schlüssel zugrunde gelegt wird, statt 245 Millionen in diesem Jahr – es gilt natürlich wahrscheinlich nicht für dieses Jahr – 255 bekommen. Aber Pustekuchen mit der Aussage, das könnte uns bis zu 90 Millionen – solche Summen wurden da zum Teil aufgerufen – in einem Jahr kosten.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Wenn ihr das jetzt über alle Jahre gemeint habt,

(Jochen Schulte, SPD: Nee.)

dann wäre es auch nicht fair gewesen.

(Jochen Schulte, SPD: Nee, da müssen Sie schon mal richtig zuhören.)

Aber wenn man einfach eine Verhältnisgleichung macht mit dem, was wir momentan hatten, und sagt, wir bleiben bei 7,3 Milliarden, es kommt nicht zu dem Mittelaufwuchs, dann wären wir von jetzt 245 auf 234 gesunken. Das ist ein harter Schlag, aber es sind nicht die mehrfach angekündigten zweistelligen Millionenbeträge. Es sind über 10 Millionen, ja, aber eben nicht das andere.

Der Grund für mich, das hier zur Aussprache zu bringen, ist das Thema, wie gehen wir mit Regionalisierungsmitteln um. Wenn wir – und das sollte unser gemeinsames Anliegen sein – die Themen Klimaschutz, Energiewende und Verkehrswende wirklich ernst nehmen, dann muss

uns an der Südbahn etwas gelegen sein. Wir sind uns einig, die Südbahn so stümperhaft weiterzubetreiben wie in den letzten Jahren, also mit maroden Bahnhöfen und Streckenabschnitten, wo ich nur unter 60 km/h fahren darf, das macht den Nutzern keinen Spaß, da kriege ich keine Nutzergruppen. Wir brauchen ein starkes Signal, dass wir sagen, wir haben jetzt noch 40 Millionen in der Kasse und können einschätzen, was wir für die Zukunft brauchen, denn es gibt eine Einigung, die besser ist, als wir vermuten mussten. Deswegen ist jetzt der Zeitpunkt zu sagen, lasst uns dieses Projekt als ein Vorzeigeprojekt wieder aufnehmen.

Es gibt viele Beispiele in der Bundesrepublik Deutschland, wo schwierige Strecken – und das ist eine schwierige Strecke, das will ich gar nicht bestreiten – als Zukunftsinvestition ertüchtigt wurden und wo uns die Zahlen am Ende auch recht geben würden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Pegel. Bitte schön.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Verwendung von Regionalisierungsmitteln in Mecklenburg-Vorpommern“ – so nüchtern und zaghaft der unschuldige Titel der heutigen Aussprache. Gemeint sein dürfte wohl etwas anderes, das haben Sie auch gesagt: das Thema Südbahn. Dann hätte ich es auch hilfreich gefunden, es ganz offen so anzusprechen.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich nehme Sie, ...

Den habe ich ja auch beinahe vorher errahnt.

... ich nehme Sie gerne erst mal beim Wort und sage etwas zu Regionalisierungsmitteln, zu deren Verwendung im Land.

Wir finanzieren daraus in kleinstem Maße die Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern, die uns für den Schienenpersonennahverkehr beiseitesteht und ihn organisiert. Wir finanzieren daraus in geringem Umfang Investitionen in Infrastruktur. Wir bezahlen in kleinem Umfang Gelder an die Kreise für Busverkehre, die ehemalige Bahnverkehre substituieren, im Übrigen nicht nur auf der Südbahnstrecke. Und wir bezahlen mit dem absoluten Gros der Mittel die vielen Regionalbahnlinien, die wir im Land haben, denn – das scheint bei manchen hier im Lande noch nicht angekommen zu sein – jede dieser Regionalbahnlinien ist defizitär und bekommt Geld vom Land. Diese Subventionen brauchen sie über die gesamte Vertragslaufzeit. Im Übrigen bräuchte es auch die Südbahn.

Das sind üblicherweise Verträge, die für 12 bis 15 Jahre geschlossen werden. 12 bis 15 Jahre! Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer Verträge schließt – alter juristischer Grundsatz aus dem lateinischen Recht –, muss sich daran halten. Wenn wir im vierten oder fünften Jahr merken, oh, das Geld reicht ja doch nicht aus, müssen wir trotzdem bis zum 15. Jahr weiterbezahlen.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig.)

Um diese Vertragslaufzeit mal etwas nassforsch umzurechnen – dafür bin ich vielleicht nicht Politiker genug –: Das sind genau drei Legislaturperioden eines Landtages, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich bin mir sehr darüber im Klaren, dass für Wiederwahlen ein 15-Jahres-Blick nicht zwingend hilfreich ist. Aber Infrastrukturpolitik ist langfristig, genau wie die Bestellungen von Schienenpersonennahverkehrsleistungen langfristige Projekte sind. Deshalb – das sehen Sie mir jetzt nach – habe ich die künstliche Aufregung um einen vorausschauenden Umgang mit unseren Regionalisierungsgeldern nicht nur nicht verstanden, ich halte es sogar für brandgefährlich, was seit vielen Monaten in diesem Parlament geschieht, weil dabei für einen kurzen vermeintlichen Punktsieg den Menschen in unserem Land unverantwortlich Sand in die Augen gestreut wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich weiß, das stößt jetzt selbstverständlich nicht auf Ihre Zustimmung,

(Egbert Liskow, CDU: Herr Minister,
die Gutmenschen brauchen das
ab und zu für ihren Erfolg.)

Ich weiß auch, dass nur das Beste gewollt ist, um gar nicht in einen Streit zu kommen. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht nur das Beste für jetzt und für sofort wollen. Was schert uns die Sorge des nächsten Landtages oder des übernächsten, das ist mir klar, und trotzdem sind das genau die Perspektiven bei 10 und 15 Jahren, die wir im Blick haben müssen.

Ich will gerne noch mal auf Ihre Medienarbeit eingehen, weil Sie sagen, Mensch, wir wollten das nur objektiv beleuchten. Da ließ die GRÜNEN-Landtagsfraktion verlauten, das Land habe „über Jahre“ die Regionalisierungsmittel „nicht in voller Höhe ausgegeben“ – klares Signal, eine permanente lineare Linie.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das lässt mich dann staunen angesichts der Tabelle, die wir Ihnen mit der Beantwortung Ihrer Kleinen Anfrage an die Hand gegeben haben. Selbst bei schnellem Lesen muss klar gewesen sein, 2006 hatten wir eine Rücklage von 1,6 Millionen Euro. Nur binnen drei Jahren, bis 2008, war diese auf fast 13 Millionen Euro angeschwollen. Danach, wiederum nur binnen drei Jahren, haben wir aus diesen 13 Millionen quasi null gemacht. Seit 2012 haben wir in der Tat wieder einen Puffer aufgebaut.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau in der Zeit, wo Sie
zur Südbahn erzählt haben, haben
wir 40 Millionen reingekommen.)

Ich bin ja noch gar nicht fertig. Warten Sie ab! Ich versuche, Sie wieder auf die 10 bis 15 Jahre zu lenken und nicht auf die nächsten anderthalb bis zur Landtagswahl.

Schon bei flüchtigem Lesen unserer Antwort war also klar, eine vom schnellen Auf und Ab geprägte Wellenbewegung – dankenswerterweise von Ihnen eben angesprochen – kennzeichnet die letzten Jahre. Von „über Jahre nicht in voller Höhe ausgegeben“ keine Spur, meine sehr geehrten Damen und Herren, keine Spur.

Und noch etwas wird dabei deutlich. In den Jahren von 2009 bis 2011 haben wir zum Teil deutlich mehr für unseren Regionalverkehr ausgegeben, als der Bund uns an Mitteln zur Verfügung gestellt hat. Denn nur so erklärt sich ja, dass die 13 Millionen binnen zweieinhalb Jahren auf beinahe null abgeschmolzen sind. Und ja, die Tabelle in der Antwort auf die Kleine Anfrage der GRÜNEN zeigt auch, dass wir seitdem bis Ende 2014 wieder einen Puffer für schlechte Zeiten – im Übrigen von 41,8 Millionen Euro – zurückgelegt haben.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
In der Zeit, wo wir diskutiert haben.)

Wir haben also Jahre, in denen wir weniger Mittel ausgegeben, als der Bund uns überweist.

Diese Finanzpuffer bleiben aber – das ist mir wichtig, das klingt so, wir konsolidieren da irgendwas – im System, und genau deshalb werden sie im System des Haushaltes auch entsprechend ausgewiesen und werden als Rücklage für schlechte Jahre in diese Folgejahre übernommen. Noch mal: Die Gründe für diese Wellenbewegungen sind vor allem die schon genannten Vertragslaufzeiten von 12 bis 15 Jahren – ein ziemlich langer Zeitraum. Die Verträge – das muss man immer im Hinterkopf behalten – mit den Bahnunternehmen enthalten wegen dieser langen Vertragslaufzeit sogenannte Preisanpassungsklauseln.

Wenn die Tarifverträge und damit im Übrigen die Gehälter sich deutlich verändern, wenn die Trassen- und Stationsentgelte – übersetzt die Zugmaut für die Bahnhofs- und Schienenbenutzung – deutlich ansteigen, haben die Nahverkehrsbahnen einen Anspruch gegen das Land, höhere Preise für ihre gefahrenen Zugkilometer zu bekommen. Diese über einen langen Zeitraum laufenden Verträge führen also zu einem Bremsweg für uns in der Steuerungsmöglichkeit, für Vertragsanpassungen von 10 bis 15 Jahren. Das ist unser vertragsmäßiger Bremsweg, während die Einnahmeseite sich deutlich schneller verändern kann – wenn wir Pech haben, innerhalb eines Jahres.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bisher lagen die Kostensteigerungen deutlich über den Beträgen, die der Bund pro Jahr mehr gibt. Der Bund überwies nach dem bisherigen System jährlich 1,5 Prozent mehr, das war die sogenannte Dynamisierung. Allein die Stationspreise stiegen zwischen 2009 und 2014 um 14 Prozent und die Trassenpreise, die Schienenmaut sozusagen, jährlich – jährlich! – um 2,4 Prozent. Wir haben also bisher jedes Jahr schon real weniger Geld für Zugbestellungen zur Verfügung gehabt, weil die Kostensteigerungen höher ausfielen als die Dynamisierung.

Wir haben aber zudem zwei große neue Ausschreibungen in den kommenden Jahren vor uns. Beim Usedom-Netz, gerade aktuell, zeichnet sich ein deutlicher Preisanstieg verglichen mit der Istsituation ab. Das lässt sich auch gut erklären über Tarifverträge, die zwischenzeitlich geschlossen worden sind. Oder in den nächsten Jahren das ge-

samte Netz entlang der Ostseeküste Hamburg–Schwerin–Rostock–Stralsund – auch da ziehen jetzt schon erkennbar dunkle Kostensteigerungswolken am Horizont auf.

Diese Situation ist aber noch einmal deutlich unkalkulierbarer geworden als bisher. Die Bundeszuweisung und vor allem der Verteilungsschlüssel auf die Länder, Sie haben es eben angesprochen, liefen nach knapp 20-jähriger Bindung Ende 2014 aus. Eine Anschlussregelung ist bisher noch nicht im Gesetz- und Verordnungsblatt, sie zeichnet sich aber ab.

Aber ziemlich sicher zeichnete es sich in der gesamten Zeit schon ab – seit mindestens anderthalb Jahren –, die etwas über drei Prozent, die wir bisher vom großen Regionalisierungsmittelkuchen abbekommen haben – das ist in etwa die Quote –, werden wir künftig nicht mehr haben. Das war 1994 für alle ostdeutschen Bundesländer auch ein Schluck obendrauf zur Hilfe. Da sind zu große Begehrlichkeiten, vor allem der großen Länder – Sie haben auch welche angesprochen, ich habe als Verkehrsminister Ihre Kollegen von den GRÜNEN sehr schätzen gelernt in der Fairness, aber auch in der Hartnäckigkeit – und einiger Stadtstaaten.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir haben das klar
thematisiert bei uns.)

Der Königsteiner Schlüssel, nach dem alle anderen laut gerufen haben – um auch das ehrlich zu sagen, die haben gesagt, wenn ihr bei den Flüchtlingen nur Königstein nehmt, bei anderen Geldern immer Königstein wollt, hier auch –, wurde zumindest unter den Verkehrsministern als neuer Schlüssel abgewehrt. Auf 2,02 Prozent sinken wir also nicht ab. Aber schon vor der heutigen Nacht war klar, wir werden wohl allenfalls irgendwo zwischen 2,2 und 2,3 Prozent landen, von über 3 Prozent kommend. Wir verlieren beinahe einen Prozentpunkt.

Damit zeichnen sich schon seit Längerem mindestens 30 Prozent weniger Regionalisierungsmittel als heute ab. Genau auf diese Situation stellt sich das Land mit seiner Rücklage von knapp 42 Millionen Euro schon seit geraumer Zeit, auch neben den anderen Risiken, ein.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Aber nicht absolut.)

Uns war klar, ...

Doch.

... sofern in den nächsten ein bis zwei Jahren die Bundesmittel, ...

(Unruhe bei Jochen Schulte, SPD,
und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich bis zum Ende kommen! Ich kläre das auf.

... sofern in den nächsten ein bis zwei Jahren die Bundesmittel für M-V deutlich weniger werden sollten, der Bremsweg für die Bahnverträge aber 10 bis 15 Jahre beträgt, dann brauchen wir ein Rücklage, um nicht sofort Verträge hochkant zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Auseinanderklaffen von Dynamisierung und Kostensteigerungen, vor allem aber die Ungewissheit der künftigen Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln und das erhebliche Risiko massiver Mindereinnahmen in der Zukunft machen natürlich einen möglichst großen Puffer unbedingt erforderlich.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Genau auf den haben wir uns zubewegt. Und wenn Sie das Zitat nehmen, da war die Frage, trägt das Land Geld dazu bei, wenn die Kreise übernehmen. Da habe ich immer gesagt, nein. Das Zitat ist an der Stelle nach meiner Überzeugung weiterhin richtig. Wir lesen das gerne noch mal gemeinsam.

Ich halte das, was wir da gemacht haben, im Übrigen nicht, wie die „Ostsee-Zeitung“ sagt, für „schwäbisch“, ich halte das schlicht für hanseatisch, für kaufmännisch vorausschauend. Ich weiß, dass es total verlockend klingt – das ist mir doch auch klar, das wäre mir auch lieber, da hinzugehen und zu sagen, ich packe die Geschenkbox aus –, das Geld schnell in Geschenke umzuwandeln und Leuten eine Freude zu machen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Geld, das wir jetzt leichtfertig ausgeben, wird uns spätestens Anfang der 20er-Jahre bitterlich fehlen. Wir werden das bitterlich vermissen. Dann werden die noch länger laufenden Verträge nicht zu ändern sein, wegen der 12- bis 15-jährigen Bremszeit.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dann würden wir, wenn wir reagieren müssen, nichts anderes tun können, als den nächstbesten Vertrag, dessen Laufzeit rein zufällig in dem Moment ausläuft,

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein,
Landesmittel in die Hand nehmen.)

einzukürzen, wenn wir keine Vorsorge getroffen haben. Dann würden wir total unsystematisch und vor allem ohne Alternativmöglichkeiten arbeiten.

Landesmittel sind eine Alternative. Dann sind Sie bei meiner Frage aus der letzten Sitzung. Sagt, woher! Dann ist wenigstens die Alternative klar. Das ist doch auch eine faire politische Debatte zu sagen, ich bin bereit, folgende Schule, folgendes Modellprojekt oder folgenden Investtopf dafür aufzugeben.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Deshalb, sehr geehrter Abgeordneter, stellen wir beispielsweise immer dann, wenn ein Vertrag ausläuft, wenn man ihn nach 15 Jahren wieder prüfen kann, jeden Vertrag auf den Prüfstand, so auch die Südbahn, wenn er denn jeweils ausläuft. Deshalb schließen wir dann auch keinen neuen Vertrag, wenn wir wissen, dass wir uns das nicht mehr leisten können, und warten nicht, bis das Geld alle ist. Und wenn ich weiß, dass mich der Vertrag viele Millionen pro Jahr kostet, rechne ich nicht, ich habe noch vier Jahre Geld, holla, die Waldfee, sondern ich rechne, kann ich den 15 Jahre lang bezahlen, und zwar neben den anderen acht oder zehn Verträgen, aufsummiert – kaufmännisch vorausschauendes Blicken.

Noch einmal: Wenn das Geld alle wäre – es sei denn, man nimmt es aus dem Landeshaushalt, aber wenn man beim Bundesgeld bleibt, ist es eine Bundesaufgabe, die wir 1994 aufgenackt bekommen haben, mit dem Versprechen, ihr macht das mit unserem Geld –, wenn das Geld alle ist, dann müssen wir sofort reagieren und würden den nächstbesten Vertrag anfangen, der zufällig zu diesem Zeitpunkt ausläuft, das kann nicht richtig sein.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wenn Schienenverkehr keine
Priorität hat, dann machen Sie das genauso.)

Deswegen gehen wir vorausschauend auf die Verträge zu. Sie würden Riesenschäden anrichten mit dieser Forderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe zu lange unternehmerische Verantwortung getragen und gemeinsam mit fünf Mitgesellschaftern – das ist hier ja kritisiert worden in den Sommerferien – für über 80 Arbeitnehmergehälter jeden Monat eingestanden, als dass ich mir das vorausschauende Steuern jetzt abgewöhnen könnte. Und genau mit diesen Erfahrungen steuere ich auch bei den Regionalisierungsmitteln weiter, im Übrigen in treuer Folge dessen, was auch vor mir schon geschehen ist, nicht nach dem Motto – ein bisschen boshaft zugestanden –, Schampus und Kaviar, wenn das Geld da ist, und kurze Zeit später zum Insolvenzverwalter, nicht Management by Kontostand, weil da gerade Geld irgendwo draufsteht, sondern planend, vorausschauend und den sehr langen Bremsweg, den ich bei Vertragsanpassungen habe, möglichst vorher erahnend. Mir ist klar, für Politiker ist das total unsexy, aber ich halte das für seriös, ich halte das für solide und ich halte das für verantwortungsbewusst.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle muss ich Sie sicherlich ein weiteres Mal deutlich enttäuschen. Ich bin nicht nur lange genug selbstständig gewesen, ich kann, auch in der Finanzpolitik, nicht aus meiner vielleicht ein bisschen konservativen Haut eines Familienvaters raus: langfristig, vorausschauend, planend und Verantwortung tragen für die Mädels, bis sie 18 sind,

(Egbert Liskow, CDU: Einfach konservativ. –
Unruhe und Heiterkeit vonseiten
der Fraktion der SPD)

nicht auf den kurzfristigen finanzpolitischen Vollrausch aus, um dann verkaternd vor Problemen nicht aus den Augen gucken zu können.

Wenn hier der Ruf lautet – und das ist ja Ihr Wunsch –, 42 Millionen Rücklage, da können wir doch einen Teil ausgeben, dann antworte ich Ihnen norddeutsch, sachlich kühl: Bei Istausgaben Ende 2014 für den Regionalverkehrsbereich in unserem Land von knapp 222 Millionen Euro sind allein 5 oder 6 Prozent Kostensteigerung statt der vom Bund gegebenen 1,5 Prozent Dynamisierung schnell mal eben solide zweistellige Millionenbeträge an Mehrkosten pro Jahr, wie wir es im Übrigen schon erlebt haben in den vergangenen Jahren, wo Haushaltsmittel eingestellt waren und zum Teil tatsächlich nicht gebraucht worden sind. Das – zwei oder drei Jahre nacheinander als Worst-Case-Szenario – frisst binnen kürzester Zeit eine komplette Rücklage. Das will ich nicht hoffen, wir brauchen die nämlich noch für andere Dinge.

Wenn Sie das reale Risiko der nicht unerheblichen Verluste bei der Neuverteilung der Regionalisierungsmittel für die Zukunft hinzurechnen – und dazu sage ich gleich gern etwas, wie es konkret geworden ist –, brauchen wir eigentlich noch eine deutlich höhere Rücklage, meine Damen und Herren, nicht um des Sparens willen, um da mal aus der schwäbischen Ecke rauszukommen, nein, um diesen 10- bis 15-jährigen Bremsweg abzumildern. Ich muss leider, da wiederhole ich mich gern, in Zeiträumen von zwei bis drei Legislaturperioden dieses Hohen Hauses denken.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Völlig klar.)

Und da ist er dann auch wieder, der nüchterne hanseatische Kaufmann – sorry –, der aus seiner vielleicht etwas spießig wirkenden Familienvaterhaut nicht raus will und für den vor allem langfristige Verantwortung zählt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für finanzpolitische One-Night-Stands à la „hoch die Tassen“ bin ich nicht zu haben.

(Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Um das deutlich zu formulieren, der Kompromiss des Bundes mit den Ländern aus der heutigen Nacht gibt mir leider recht, entgegen Ihren Berechnungen. Künftig sollen in der Tat die Regionalisierungsmittel des Bundes zwar 8 Milliarden statt 7,3 betragen, die Dynamisierung steigt von 1,5 auf 1,8.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich vorhin gesagt.)

Und noch viel wichtiger: Die in den letzten Jahren ungebremste und vollkommen unkalkulierbare Kostenexplosion – die muss wirklich wehgetan haben – bei den Trassen- und Stationsentgelten, also bei der Bahnhofs- und Schienenmaut, soll durch Gesetze nach oben begrenzt werden. Den Erfolg gucken wir uns dann in den nächsten Jahren an.

Wir bekommen den sogenannten Kieler Schlüssel, der ist besser als der Königsteiner Schlüssel. Wir rutschen aber deutlich unter das bisher auf Mecklenburg-Vorpommern entfallene Tortenstück an den Regiomitteln.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Tortenstück?!)

Da wird man bei 8 Milliarden und 1,8 Prozent Dynamisierung jetzt erst recht rechnen müssen, zumal später noch Detailfragen mit finanziellen Auswirkungen – auf 15 oder 16 beginnend – bestimmt werden. Aber nach ersten überschlägigen Rechnungen müssen wir, und da sind wir deutlich auseinander – aufsummiert auf 15 Jahre und verglichen mit einer linearen Weiterrechnung vom jetzigen Status quo –, von mehreren 100 Millionen Euro weniger innerhalb von 15 Jahren ausgehen und nicht von mehr. Sie rechnen fälschlicherweise ab 15 oder 16.

Der Kieler Schlüssel hat Folgendes gemacht: Er hat uns quasi auf dem alten Schlüssel gelassen und dann langsam auf Mitte der 20er abgesenkt. Und der kommt richtig schmerzhaft in den 20ern an.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir steigen doch nach
Kieler Schlüssel mit 15 deutlich mehr
ein. Ich kann Ihnen das zeigen.)

Ja, und dann sind Sie schon ab 17 raus, wenn Sie seriös weiterrechnen. Anders als noch bei den 8,5 Milliarden, wo wir bis Mitte der 20er durchgehalten hätten, sind wir jetzt bereits zum Jahrzehntwechsel aus den nominell höheren Beträgen raus.

Nach vorläufiger Einschätzung dürften wir schon ab 2019 – schon ab 2019! –, die gleiche Zahl wie heute, nominell weniger Regionalisierungsmittel bekommen als 2015. Dann ist keine Inflation drin, keine Kostensteigerungen, die schmälern den nominellen Wert noch mal entsprechend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, dass ich nicht bekannt bin für emotionale Reden,

(Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach, das
mit dem One-Night-Stand war gut.)

und ich bin auch nicht der Typ, der immer auf die Sahne haut, aber Champus, Kaviar und One-Night-Stand waren gestern Abend. Willkommen in der harten Realität!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Das
wundert mich nicht, dass dieser Kompromiss
herausgekommen ist. Das wundert mich nicht.)

Schon mit unserer langfristigen Vorsorge wird es jetzt schwer genug werden, Herr Ritter, es wird schon schwer genug werden.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Das ist doch Ihr permanentes Reden: Raus mit der Kohle – Champus, Kaviar!

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das Geld zusammenzuhalten, ist jetzt das Gebot der Stunde,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

weil Sie genau das in den 20er-Jahren brauchen werden, um überhaupt die 12 bis 15 Jahre mit dem Auslaufen der Verträge hinzubekommen. Und schon dann wird es noch schwer genug werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie nicht weiter Hoffnungen bei den Menschen in unserem Land wecken, die, objektiv gesehen, in der Perspektive vollkommen unrealistisch sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Zeit für ein Katerfrühstück der Opposition und dann für seriöses gemeinsames planendes Handeln, damit Regionalbahnen weiterhin und langfristig in unserem Land in einem sinnvollen Netz, das wir uns leisten können – und das wird deutlich weniger sein als bisher – fahren können. Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und wünsche viel Erfolg bei der Diskussion. Sie werden fast 500 Millionen verlieren. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD,
Dietmar Eifler, CDU, und
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Anliegen dieser Aussprache – Herr Kollege Jaeger hat es schon gesagt – war nicht allein die Tatsache, dass es einen ziemlich großen Rest an Mitteln gibt, der noch nicht ausgegeben ist für den SPNV, vielmehr ist für mich diese Debatte Anlass, Sie, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, und den Minister zu fragen, wann Sie denn beginnen wollen, mit der Energiewende im Verkehrsbereich Ernst zu machen und den Landtagsbeschluss vom vergangenen Jahr umzusetzen.

Sie reden davon, Infrastrukturpolitik ist Langfristpolitik.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, das ist auch so.)

Das kann ich nachvollziehen, selbstverständlich, das geht nicht über eine Legislatur. Aber nach dem, was Sie hier gesagt haben, verstehe ich Ihre Langfristpolitik immer weniger. Das bedeutet, wir warten auf die besten Zeitpunkte, wo wir noch mehr abschneiden können.

(Rainer Albrecht, SPD: Das ist
Quatsch! Das ist doch Quatsch! –
Andreas Butzki, SPD: Quatsch!)

Das verstehe ich nicht unter einer Strategie. Das ist auch für mich keine Planung. Allerhöchstens heißt das, Vorsorge zu treffen für den schlimmsten Fall. Das muss man machen, sicherlich, aber eine Planung ist nicht zu erkennen. Dann sagen Sie doch lieber: Zug in M-V ist out!

(Andreas Butzki, SPD: Das ist doch
Quatsch! Das ist doch Quatsch!)

Aber was dann? Anders kann ich die Rede hier nicht verstehen.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Die einzige Strategie, die ich hier erkennen kann, ist, wenn es nötig wird, bestellen wir ab. Von Planung kann keine Rede sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Andreas Butzki, SPD: Aber von
Freibier für alle auch nicht.)

Nein, darum geht es überhaupt nicht. Freibier für alle – also, darüber haben wir noch nie geredet, Herr Butzki, dass hier Freibier für alle ...

(Andreas Butzki, SPD: Doch, jeder in
seinem Bereich, na klar. Immer „Geld
spielt keine Rolle“, genau wie hier jetzt.)

Auch das hat niemand gesagt. Natürlich müssen wir reden, aber wir brauchen endlich mal ein Konzept,

(Andreas Butzki, SPD:
Generell ein Haushaltskonzept.)

wie das hier weitergehen soll mit dem öffentlichen Verkehr und ob der Zug zukünftig noch dazugehört in unserem Land. Wenn nicht, dann sollte man das jetzt auch ehrlich sagen, und nicht immer nur warten, bis sozusagen

gen ein Zeitpunkt gekommen ist, wo man sagt, oh, tut uns leid, den Vertrag können wir nicht verlängern.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wann wollen Sie denn eigentlich damit anfangen, die Verkehrswende umzusetzen? Dann, wenn der Südbahn weitere Linien und Strecken gefolgt sind in der Abbestellung? Denn wie sich jetzt gezeigt hat – und da kann ich nur das wiederholen, was der Kollege Jaeger schon gesagt hat –, ist diese Teilstrecke eingestampft worden, obwohl die nötigen Mittel vorhanden waren.

Sehr aufschlussreich fand ich in der Beantwortung auf die Kleine Anfrage des Kollegen Johann-Georg Jaeger folgende Aussage, ich zitiere: „Aus diesem Grunde wird zu den jeweils möglichen Zeitpunkten – den Beendigungszeitpunkten von Verkehrsverträgen, in denen dann für mindestens ein Folgejahrzehnt die Weichen neu gestellt werden – sodann für die Folgejahre kluge Vorsorge getroffen, die den erforderlichen finanziellen Puffer für die danach folgenden Jahre und die fortlaufenden, langjährigen Verträge beinhaltet.“ Zitatende. Nichts anderes hat der Minister hier gesagt.

„Kluge Vorsorge“ – das klingt gut. Für mich ist das nur eine Hintertür. Ich sehe den Eindruck bestätigt, den ich schon in meiner Einbringungsrede zum Antrag meiner Fraktion „Südbahn-Weiterbetrieb sichern – Modellvorhaben auf den Weg bringen“ dargelegt habe. Es wird geschaut, wann welcher Vertrag ausläuft, und dann wird nicht wieder ausgeschrieben oder die Ausschreibung wird gestoppt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Seit Längerem lässt Minister Pegel keinen Zweifel aufkommen, dass auch der Streckenteil der Südbahn zwischen Malchow und Waren nach Vertragsende nicht mehr weiter durch das Land bedient werden soll.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Bisher war völlig unklar, wie hoch die Regionalisierungsmittel sein würden, die das Land bekommt. Auch wenn noch einige Unwägbarkeiten nicht völlig durchgerechnet sind, heute Nacht haben die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin mal so nebenbei am Rande des Flüchtlingsgipfels entschieden, dass der Bund jährlich 800, Entschuldigung, 8 Milliarden – 800 wären schön –, 8 Milliarden plus 1,8 Prozent Regionalisierungsmittel an die Länder ausreicht.

Auf jeden Fall, denke ich, ist jetzt die Klarheit zumindest ein bisschen größer. Das rechtfertigt nicht mehr, schon im vorausseilenden Gehorsam Ausschreibungen zu verzögern, einzukürzen oder gar nicht mehr vorzunehmen. Alles wird den Finanzen untergeordnet.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jaja.)

Bis gestern kannten Sie noch nicht mal die Höhe.

Dass es ausgerechnet die Teilstrecke der Südbahn getroffen hat, ist lediglich Pech. Es hätte genauso gut eine andere Strecke im Land treffen können, nämlich die, deren Vertrag ausläuft.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Keine Planung.)

Das, Herr Minister Pegel, ist für mich keine Planung und auch nicht vorausschauend. Erklären Sie das bitte mal den Menschen vor Ort, die mit ihrem heroischen Einsatz bis zuletzt um ihre Südbahn kämpfen und immer noch hoffen, dass sie wieder in Gang kommt!

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Eine ganze Region will das Zerschlagen der Südbahn nicht hinnehmen. Heute, Herr Minister, würden Sie ab 17 Uhr Gelegenheit haben, dort Klartext zu reden und den Leuten Rede und Antwort zu stehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da gibt es keinen Sekt.)

Ja, da gibt es keinen Sekt, nee.

Die Bürgerinitiative „ProSchiene Hagenow-Neustrelitz“ demonstriert mit der Aktion „Rote Laterne“ jeden letzten Freitag im Monat auf dem Lübzer Bahnhof, auch heute. Die Schlagzeile in der „Müritz-Zeitung“ vom „Nordkurier“ vor wenigen Tagen lautete: „Südbahn: Pro Schiene fühlt sich belogen“. Die Emotionen spiegeln das sehr deutlich wider. Ja, das Geld vom Bund ist immer zu wenig. Das beklagen wir eigentlich an vielen Stellen. 1,8 Prozent Aufwuchs wird auch zu wenig sein, wenn man die Kostensteigerungen mit einbezieht.

Sie, Herr Minister, haben uns in den vergangenen Sitzungen des Energieausschusses und auch heute wieder mit voller Inbrunst dargelegt, dass Ihr Haus ganz pragmatisch und vorausschauend plant und Vorsorge trifft für die Zukunft. Wie gesagt, Planung kann ich überhaupt nicht erkennen. Ich sage, die Landesregierung hat ganz pragmatisch aufgegeben. Sie hat schon verloren, weil sie auch nicht ausreichend gekämpft hat. Jedenfalls können wir das nicht erkennen. Wir halten es für notwendig und für möglich, dass das Land mit Landesmitteln auch komplementieren kann, wenn dies tatsächlich ein Schwerpunkt in der Landesentwicklung ist. Den Finanzrahmen des Bundes kennen Sie jetzt noch nicht vollständig, aber es besteht die Chance, mit dem Inhalt des Antrages mit der Umsetzung zur Verkehrswende tatsächlich zu beginnen.

Der Haushaltsentwurf, den wir vorliegen haben, sagt aus: Nicht ein einziger Cent des Landes fließt in den SPNV. Nur die Gelder des Bundes werden durchgereicht. Das war schon mal anders. Da sprang das Land mit eigenen Mitteln ein, um Verträge zu erfüllen. Ich denke, das sollte es auch zukünftig zumindest planen. Bei der Sicherung von Mobilität als Teil der Daseinsvorsorge in allen Landesteilen, so, wie es auch die Enquetekommission vorgegeben hat, ist – aus meiner Sicht zumindest – nicht erkennbar, dass daran gearbeitet wird. Daher frage ich: Wofür ist die Landesregierung verantwortlich? Wie gewichtig sind die Belange des Landes und der Landesentwicklung in all ihren Teilen gegenüber der schwarzen Null im Landeshaushalt?

Im Lokalteil der SVZ vom 1. September dieses Jahres las ich, wie Michael Wufka von der Tourist Information Plau am See die Lage in Bezug auf das Touristenaufkommen in der Gegend nach der Schließung des Bahnteilstücks zwischen Parchim und Malchow einschätzt. Demnach ist die Verbindung Plau am See–Malchow mit dem Bus 77 auch wegen des Fahrradanhängers für Radtouristen recht attraktiv. Klarer Verlierer ist aber die Verbindung Plau am See–Parchim.

Zudem ist seit der Schließung des Südbahn-Teilabschnitts auch in Plau insbesondere im Tagestourismus aus dem Hamburger Raum ein deutlicher Rückgang spürbar. Das betrifft auch spontane Zimmeranfragen aus der Hansestadt und dem Elberaum. Auch werden durch die fehlende Bahnanbindung die Pläne des Tourismusverbandes Mecklenburgische Seenplatte zum Beitritt in die „AG Barrierefreie Reiseziele in Deutschland“ konterkariert. Neben anderen Orten der Region soll Plau am See hierbei eine führende Rolle spielen. Aber dazu müssten die Gäste auch anreisen können.

Ich will damit verdeutlichen, dass der wirtschaftliche Schaden enorm ist, wenn eine Strecke stillgelegt wird. Es ist ein Armutszeugnis, dass eine volkswirtschaftliche Betrachtung – eine volkswirtschaftliche Betrachtung – der Auswirkungen und Aspekte wirtschaftlicher Entwicklung ausgerechnet beim für Landesentwicklung zuständigen Minister, aber wohl auch im ganzen Kabinett kaum eine Rolle spielt.

Herr Minister, auf meine Nachfrage bejahten Sie, dass für alle im Planungszeitraum neu abzuschließenden Verträge Vorsorge im Haushaltsentwurf getroffen wurde. Gilt das auch für den Abschnitt Waren–Malchow? Ich würde gerne eine Antwort darauf haben. Zum Zeitpunkt der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage „Entscheidungen über Ausschreibungen von SPNV-Linien“ im Juli dieses Jahres war die Entscheidung noch offen. Wie sieht es nun ein paar Monate später aus, und bis wann kann die Entscheidung noch hinausgezögert werden?

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt außer der Südbahn noch weitere Baustellen, bei denen das Land die Weichen pro Region stellen müsste. Derzeit läuft das Vergabeverfahren für das Teilnetz „Usedom“, Sie sind schon darauf eingegangen. Die Strecke Barth–Stralsund ist nicht Bestandteil des Verfahrens. Damit wird den Planungen für die Verlängerung der Darßbahn – zunächst bis Zingst, später bis Prerow – der Boden entzogen. Dabei ist das Planfeststellungsverfahren recht weit fortgeschritten. Davon konnten sich mein Fraktionsvorsitzender und ich bei einem Ortstermin mit der UBB überzeugen. Gäste und Einheimische könnten bequem mit der Bahn direkt vom Strand in die Welterbestadt und umgekehrt reisen.

Wenn dieses Projekt ad acta gelegt wird, wäre das ein weiterer Beweis dafür, wie kurzsichtig und unausgegoren die Landesregierung handelt. Dabei könnten wir den allsommerlichen Verkehrskollaps auf den Straßen mindern und noch dazu eine neue Attraktivität hinzufügen – bei Strandwetter ab zum Strand, bei Regen rein ins kulturelle Erbe. Aber das soll ausfallen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Landestourismusverband involviert war in diese Entscheidung.

Aber damit nicht genug. Das Einstampfen der UBB-Verbindung Barth–Stralsund ist auch hier nur der Anfang. Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2019 sollen nur noch Züssow–Swinemünde sowie Zinnowitz–Peenemünde bedient werden. Der seit 2002 bediente Abschnitt Züssow–Greifswald–Stralsund wird Opfer eines reduzierten Linienkonzepts, das die Landesregierung plant. Das ist genau das Gegenteil von dem, was die Tourismusbranche fordert: die Erreichbarkeit der Urlaubshochburgen zu verbessern. Auch die ideale Möglichkeit, Städtetrip und Badeurlaub zu verbinden, wird geopfert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, noch immer liegt uns kein integrierter Landesverkehrsplan vor. Ist der möglicherweise ganz auf Eis gelegt? Während der Haushaltsdebatte werden wir nicht nur fiskalisch, sondern auch politisch herangehen. Denn, wie gesagt, die ehemalige Fraktionsvorsitzende Angelika Gramkow hat es immer so bezeichnet: „Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik.“

(Jochen Schulte, SPD: Deswegen ist sie auch in die Kommunalpolitik geflüchtet.)

Das politische Ziel Ihrer Verkehrspolitik, Herr Minister, kann ich bisher jedenfalls nicht erkennen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Kollege Jaeger, lassen Sie mich an erster Stelle vielleicht mal mit einem Irrtum oder Missverständnis aufräumen, dem Sie offensichtlich immer noch – zumindest bis zum heutigen Tage – aufgesessen sind. Sie haben zu Recht angeführt – und ich habe das an dieser Stelle auch in der Vergangenheit gesagt –, dass man in den Worst-Case-Szenarien, was die Ausstattung dieses Landes mit Regionalisierungsmitteln angehen würde, mit Mindereinnahmen von rund 90 Millionen Euro im ersten Jahr – das war bezogen auf 2015, aber das hätte man für 2016 genauso nehmen können – rechnen müsste.

Das ist auch tatsächlich der Fall gewesen, denn das ist eine ganz einfache Rechnung gewesen. Grundlage waren die 7,3 Milliarden, die der Bund angeboten hatte ohne Dynamisierungskosten bei einer Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel. Dann wären Sie statt den 240, 245 Millionen oder 250 Millionen, die im Ist waren, auf rund 160 Millionen gekommen. Das ist eine Differenz von 90 Millionen. Daraus hat sich dieser Betrag ergeben.

Dann komme ich zum zweiten Punkt – deswegen habe ich das eben auch angesprochen –: Wenn Sie die Zahlen, die Sie selbst aufgrund Ihrer Kleinen Anfrage aus dem Haushalt haben, erkennen können, dann werden Sie zwei Dinge sehen. Sie werden auf der einen Seite sehen, dass es durchaus – der Minister hat es angesprochen – im Verlauf der verschiedenen Haushaltsjahre seit 2006 bis einschließlich 2014 tatsächlich eine Art Wellenbewegung mit Ansteigen und Abschnellen der entsprechenden Haushaltsreste gegeben hat. Und was Sie auch sehen können, ist natürlich, dass ab den Jahren 2012/2013 ein überproportionaler Anstieg von Haushaltsresten da war. Das muss man einfach als Fakt zur Kenntnis nehmen.

Das wird hier gar nicht in Abrede gestellt, das hat der Minister auch nicht in Abrede gestellt. Aber man muss auch die Hintergründe dafür sehen. Ab diesem Zeitraum 2012/2013 sind die Diskussionen zwischen allen Bundesländern und dem Bund, was die Verstärkung der Regionalisierungs-

mittel angeht, massiv „geführt worden“, wobei man das eben nicht sagen kann, weil sie sind teilweise von der Bundesebene verschleppt worden. Es hätte ja an sich schon für 2015 eine Fortschreibung der entsprechenden Regionalisierungsmittel für die Folgejahre geben müssen. Das Einzige, was es in 2015 „endlich“ gab – endlich in Anführungszeichen –, war ein Beschluss des Haushaltsgesetzgebers im Bund, dass er gesagt hat, wir nehmen für 2015 noch mal den gleichen Betrag, den wir vorher hatten, ohne Dynamisierung übrigens.

Wir sind also in einer Situation gewesen, Herr Kollege Jaeger, wo wir genau wussten, wir müssen uns möglicherweise auf dieses Worst-Case-Szenario einstellen als tatsächlich schlimmstem Fall, deswegen ist es ja auch ein Worst Case. Wir wissen nicht, wie sich das überhaupt entwickelt, aber wir wissen ganz genau, dass die Verbindlichkeiten, die wir in diesem Land aufgrund der bestehenden Verträge haben, sich eben nicht daran stören, ob der Bund sagt, wir geben ein paar Millionen Euro mehr ins Land hinein oder in die Bundesebene hinein oder nicht.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Hat er sich auf
den Worst Case eingestellt?)

Das heißt ...

Diese 90 Millionen oder die Aussage dazu hat sich auf das Worst-Case-Szenario bezogen. Das Ansparen der Haushaltsreste – und das hat der Minister eben versucht, deutlich zu machen, und ich versuche es jetzt auch noch mal, deutlich zu machen – ist die Vorsorge dafür gewesen, dass wir im Endeffekt ja gar nicht wissen konnten, mit welchen Mitteln wir in der Zukunft ausgestattet werden.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Hat sich diese Situation geklärt?)

Dazu komme ich jetzt.

Herr Kollege Jaeger, seit gestern Abend oder heute früh – je nachdem, wann die Information zur Verfügung stand – hat sich ein Punkt geändert: Wir wissen – ich habe es heute Morgen, gestatten Sie mir das, noch nicht für die Folgejahre durchgerechnet –, aber wir wissen, dass wir jetzt, und mit „wir“ meine ich die Länder in Gänze, mit 8 Milliarden Euro an Regionalisierungsmitteln rechnen können – „rechnen können“ deswegen, weil es die entsprechenden Haushaltsbeschlüsse dafür noch nicht gibt auf Bundesebene – und dass wir anstatt der von allen Bundesländern und dem Bundesverkehrsminister in Kiel auf der Verkehrsministerkonferenz für erforderlich gehaltenen zweiprozentigen Dynamisierung und – das muss man nämlich auch wissen – der vollen Kostentragung der Trassen- und Stationspreise durch den Bund tatsächlich nur mit 1,8 Prozent rechnen können.

Wir sind also in der Situation, dass wir besser dran sind, als bei dem, was das Bundesfinanzministerium und das Bundesverkehrsministerium in der Vergangenheit angeboten haben, aber wir sind deutlich hinter dem, was alle Bundesländer – und das bitte ich zu berücksichtigen: alle Bundesländer, egal, welcher parteipolitischen Couleur ihre Führung war und welcher Partei ihr Verkehrsminister angehört hat – für zwingend erforderlich gehalten haben.

Der Minister hat es ja auch noch mal deutlich gemacht: Wir wären, wenn wir einfach nur die Verträge, die in

Gänze in den letzten Jahren bestanden hätten, fort-schreiben würden, mit Kostensteigerungen, mit dem Wunsch nach Effizienzsteigerung und auch mit dem Wunsch nach Barrierefreiheit wahrscheinlich nicht mal mit dem Geld zurechtgekommen, das die Verkehrsministerkonferenz gefordert hat. Wir müssen vor dem Hintergrund ganz genau sagen: Wir werden mit diesen Regionalisierungsmitteln auch weiterhin gucken müssen, wo wir tatsächlich ein nachhaltiges Verkehrsangebot in diesem Land aufrechterhalten können.

Und ich glaube nicht mal, dass das ein Dissens zwischen Ihnen und mir ist. Ich glaube auch, dass Sie und Ihre Fraktion – und das ist der Unterschied zu der Rede von Frau Kollegin Schwenke –, dass Sie und Ihre Fraktion nicht auf dem Standpunkt stehen, wir hauen das Geld jetzt einfach mal raus, egal, ob es sinnvoll ist oder nicht. Aber wir werden ganz genau schauen müssen, welches Verkehrsangebot von welchem Aufgabenträger wie weiter finanziert werden kann.

Sehr geehrte Frau Kollegin Schwenke, ich kann das ja verstehen, dass man, wenn man hier vorne steht und über dieses Thema redet, sehr schnell dahinkommt, sich in Allgemeinplätzen zu verlieren oder tatsächlich allen alles versprechen zu wollen, aber, Frau Kollegin Schwenke, sich hier hinzustellen und zu sagen „Zug in M-V ist out“, das ist ja wohl wirklich nur noch kurz über der Grasnarbe.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist eine Zuspitzung.)

Wir wissen ...

Das ist nicht mal mehr eine Zuspitzung – ich hätte beinahe gesagt, eine Zugspitzung –, das ist nicht mal mehr eine Zuspitzung, das ist nur noch blanker Populismus, weil das Einzige, was Sie damit deutlich machen, ist, den Leuten in den unterschiedlichen Regionen dieses Landes die Angst einimpfen zu wollen, dass es bei ihnen vor Ort keinen öffentlichen Nahverkehr geben wird, auch nicht als SPNV. Und das ist weiß Gott in diesem Land nicht der Fall. Herr Kollege Butzki hat auch schon darauf hingewiesen.

Wenn Sie dann auf der anderen Seite sagen, na gut, wenn die Bundesmittel nicht reichen – und Frau Kollegin Schwenke, fairerweise muss ich das zugeben, Sie haben ja erklärt, dass auch nach Ihren eigenen Ausführungen die vorgesehene Dynamisierungsrate, also jetzt vorgesehene Dynamisierungsrate, nicht ausreichen wird, um die tatsächlichen Kostensteigerungen aufzufangen –,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

wenn Sie als Halbsatz formulieren, dass selbst Sie davon ausgehen, dass das, was das Land in den Jahren dann in der Folge mehr bekommen wird, nicht die hier stattfindenden Kostensteigerungen auffängt, dann gibt es tatsächlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder man macht ernsthafte nachhaltige Politik und sagt, so, wie der Minister das dargelegt hat, wir gucken, wie wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld umgehen können, oder aber – und dann komme ich zu Ihnen – Sie sagen, wir hauen da Landesmittel rein.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Das ist erst mal eine durchaus legitime Aussage. Nur, Frau Kollegin Schwenke, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, ich will da Landesmittel reintun,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Hatten wir ja schon mal.)

weil das aus Ihrer Sicht ein Schwerpunkt der Landespolitik ist, dann müssen Sie auch genau sagen, an welcher Stelle Sie diese Landesmittel streichen wollen. Das ist das, was ich von Ihnen erwarte. Machen Sie im Rahmen der Haushaltsdebatte einen Antrag auf Erhöhung oder auf einen Zuschuss der Landesmittel zu den Regionalisierungsmitteln, die der Bund zur Verfügung stellt, meinetwegen 20 Millionen, das ist ein runder Betrag, damit kann man was anfangen!

(Regine Lück, DIE LINKE: Das hätten Sie
auch als Koalitionsfraktion machen können.)

Aber sagen Sie bitte, wo das Geld herkommt!

Dann haben Sie nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie streichen es irgendwo – Sie werden es sicherlich nicht bei den Personalausgaben auf einmal streichen können, also müssen Sie es irgendwo bei den Leistungen, die dieses Land erbringt, tatsächlich streichen –, oder aber Sie sagen, das ist mir eigentlich ganz egal, ich gehe in die Neuverschuldung rein oder ich tilge nicht die bestehenden Schulden. Aber wenn Sie das machen, belasten Sie mit dieser Aussage und mit dieser Politik die Zukunft dieses Landes und die Menschen in diesem Land, weil sie diese Rechnung irgendwann bezahlen müssen. Das muss man den Menschen dann auch offen sagen. Alles andere, Frau Kollegin, ist unredlich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wir haben ja noch eine Anhörung.
Da werden Sie unsere Anträge bekommen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will es mal deutlich sagen: Der Kollege Schulte ist derjenige, den ich, wenn ich mal mit der Bahn fahre, dort regelmäßig sehe. Das finde ich wirklich toll. Das ist also jemand, der das real wahrnimmt und der deswegen auch für den Bahnverkehr steht.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Da müsste ich mehr tun, das kann ich auch hier bekennen, das will ich ganz deutlich sagen. Ich habe aber andere Termine, das ist ein anderes Problem.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Von Unternehmer zu Unternehmer sage ich es jetzt mal so: Wenn man sich für eine Sache einsetzt, die einem als Unternehmer wichtig ist, dann geht man ins Risiko. Wenn man sagt, es ist eigentlich zweite Wahl, das ist ein Projekt, sorry, das brauche ich nicht, dann rechne ich das mal richtig schön konservativ und sage, es gibt gute Gründe, die Finger davon zu lassen. So machen das Unternehmer, und deswegen funktioniert Wirtschaft, weil man Prioritäten setzt. Das ist das Problem.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Wenn ich den Ausführungen folge und sehe, wohin sich die Mittel entwickeln, dann ist das tatsächlich so, dass wir die Verträge ordentlich abarbeiten und das Projekt ordentlich beenden. Wir haben dann irgendwann die großen Bahnlinien von Rostock nach Berlin und dann einmal rüber von Schwerin nach Greifswald in Richtung Usedom, noch auf der Usedomer Bäderbahn, aber beim Rest müssen wir gucken. So sieht es aus mit den Mitteln.

Sie würden als Minister jedem Kommunalpolitiker sagen, wenn ihr von mir Geld für eine Aufgabe kriegt und ihr habt das Geld nicht ausgegeben, kommt aber dann bei mir an und sagt, ihr braucht für die Zukunft mehr, kriegt ihr die glasklare Antwort, sorry, das könnt ihr vergessen, wenn euch das Thema nicht wichtig ist, weil ihr alle möglichen Risiken seht, und ihr habt das Geld nicht ausgegeben, das ich euch gegeben habe, dann kriegt ihr vor allen Dingen zukünftig von mir kein Geld, das ist doch logisch, ihr braucht ja offensichtlich nicht so viel.

Wer die Bahn will, und da müssten wir uns einig sein, wegen der Verkehrswende brauchen wir die Bahn. Wir haben tolle Ideen gehört zur Südbahn, was Elektrifizierung angeht, wie man über diese Elektrifizierung auch anderen Strom über die Netze der Bahn transportieren könnte. Ich war gerade in Hagenow, das will ich noch mal als Beispiel anbringen, aber ich habe leider nicht viel Zeit. Im Bahnhof Hagenow kümmert sich gerade ein Ehepaar aus Berlin darum, diesen Riesenbahnhof wieder in Ordnung zu bringen. Übrigens glaube ich, dass sie keine Fördermittel dafür gekriegt haben. Sie versuchen, das über einen Gaststättenbetrieb zu lösen. Ich wünsche ihnen da viel Glück.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Während wir dort gestanden haben, war der Bahnsteig draußen voll. Und ich dachte, Mensch, was ist denn hier los, so viele Leute in Hagenow Land.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Nee, das waren Flüchtlinge. Das waren Flüchtlinge, die von Hagenow in Richtung Schwerin fahren wollten. Und genau das ist ein Thema für viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zurzeit im Land, die natürlich sehen, dass das auch eine Chance ist für unser Land, dass wir nicht bei den sechs bis zwölf Leuten pro Zug der Südbahn bleiben werden, sondern dass es Menschen in unserem Land gibt, die viel dringender auf einen Zug angewiesen sein werden, weil sie eben kein Auto haben. Diese Chancen würde ich gerne nutzen und sehen.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Mein Wunsch wäre, dass wir, wenn wir uns konservativ und kaufmännisch klug auf eine ganz schwierige Situation vorbereitet haben und sehen, sie ist so nicht eingetreten, uns verständigen und sagen, wir gucken uns mit einem gemeinsamen Gutachten an, wie denn die Potenziale einer Südbahn wären, die ordentlich und attraktiv ausgebaut wird. Und wenn wir uns danach in die Augen gucken und sagen, sorry, die Potenziale sind nicht da, dann bin ich überzeugt, wir lassen die Finger davon. Aber wenn wir sehen, es gibt die Möglichkeit, ...

(Jochen Schulte, SPD:
Davon bin ich nicht überzeugt.)

Wir können uns doch auf Gutachter einigen.

... es gibt die Möglichkeit für die Strecken, es gibt das Potenzial von Kunden, die damit fahren würden, wenn das Ganze attraktiv ist, und wir kriegen die Bahnhöfe in Ordnung gebracht und so weiter, dann wäre es ein Vorzeigeprojekt, das eine Ausstrahlung in das ganze Land beim Thema Bahnverkehr hätte, und die brauchen wir dringend. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Jaeger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme noch einmal auf den Titel der heutigen Tagesordnung zurück: „Verwendung von Regionalisierungsmitteln in Mecklenburg-Vorpommern“ – die Aussprache auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Als ich diesen Tagesordnungspunkt bekam und die Anträge ausgetauscht wurden, lag meine Vermutung nahe, dass doch wieder die Debatte um die Südbahn aufgemacht wird. Denn die Verwendung der Regionalisierungsmittel ist sehr umfassend und sehr deutlich von der Landesregierung vorgetragen worden. Die Vermutung hat sich eben bestätigt, dass es – hinter dem Titel versteckt – um die Debatte zur Südbahn geht, zu der wir in dem Haus schon allumfänglich diskutiert und beraten haben. Ich will auch noch mal darauf eingehen, weil nämlich der Eindruck entsteht, dass da etwas ersatzlos gestrichen worden ist.

(Johann Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich nicht gesagt.)

Herr Jaeger, Sie haben davon gesprochen, dass eine billige Variante gefunden worden ist. Da liegt schon eine Wertung drin. Es ist eine vergleichbare Verbindung hergestellt worden, eine kostengünstigere. Billig – das ist wertlos. Ja, Sie haben von einer billigeren ...

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Recht und billig, daher kommt das.)

Ja, man kann das ... Aber da ist schon eine Wertung drin.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Angemessen.)

Da also Hoffnung zu schüren im Zusammenhang mit den Mitteln, die aus den Regionalisierungsmitteln nicht ausgegeben sind – in der Tat sind es 42 Millionen Euro. Das ist wahnsinnig viel Geld, das ist richtig, aber wenn man es in Bezug auf die Regionalisierungsmittel und auf die Kosten zur Gewährleistung und Aufrechterhaltung der Mobilität in diesem Land durch einen schienengebundenen Nahverkehr oder durch den öffentlichen, den ÖPNV,

gewährleisten muss, dann ist es eine überschaubare Summe.

Wenn man in die Zukunft schaut und sagt, wir planen ein Stück voraus, wir setzen uns mit den Gegebenheiten auseinander, denn zum 1. Januar 2015 sollten die Regionalisierungsmittel zwischen Bund und Ländern neu ausgehandelt werden – der Minister hat uns im zuständigen Ausschuss mehrfach und immer wieder intensiv über den Verlauf der Verhandlungen informiert und auf dem Laufenden gehalten, sodass die Fraktionen einen Kenntnisstand hatten, wie schwierig sich die Verhandlungen gestalten.

Aus der bisherigen Debatte habe ich einen Erkenntniszugewinn, der sehr, sehr gering ist, nämlich nur die Information, die wir alle heute Morgen bekommen haben, dass man sich auf Bund- und Länderebene geeinigt hat, zukünftig 8 Milliarden Euro für die Regionalisierungsmittel zur Verfügung zu stellen und auf den Dynamisierungsgrad von 1,8 Prozent.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Zugewinn dieser Debatte, zumal – das will ich auch noch deutlich ansprechen – wir vereinbart haben, dass am 7. Oktober, also in eineinhalb Wochen, im Energieausschuss genau zu diesem Thema eine Expertenanhörung stattfindet. Also war das von vornherein klar, man wird die Debatte hier nutzen, um das Thema Südbahn noch mal zu erläutern.

Was ich aber vermissem, ist, dass andere Zugverbindungsstrecken überhaupt nicht im Fokus sind, außer, Frau Schwenke, Sie haben von der Strecke Stralsund–Barth gesprochen. Das ist richtig. Genau da werden wir auch unser Auge draufhalten,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

weil im Koalitionsvertrag für die Landesregierung eine bedarfsgerechte Aufrechterhaltung und eine Zurverfügungstellung des ÖPNV und des SPNV reingeschrieben worden ist. Dann muss man sich sehr wohl auf das Attribut „bedarfsgerecht“ konzentrieren, weil damit auch eine Wirtschaftlichkeit verbunden ist, denn wir reden hier über viel Geld, um das auszugleichen. Die oberste Prämisse ist bei der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit, dass wir in diesem Land die Mobilität für alle Menschen gewährleisten. Gerade im ländlichen Raum ist es außerordentlich wichtig. In den Ballungsgebieten in den größeren Städten sehe ich diese Probleme nicht als solche an.

Das wird die Herausforderung sein bei der Erkenntnis, dass wir in Zukunft also nicht mit mehr Geld rechnen müssen im System, sondern dass wir mit dem, was zur Verfügung steht, auskommen müssen. Deshalb ist es wichtig, dass wir Verkehrsangebote erarbeiten und dass wir Verkehrsangebote unterbreiten können, die nachhaltig sind und die gewährleisten, dass die Mobilität unserer Menschen, aller Menschen, die in diesem Land leben, täglich zur Arbeit fahren oder auch in den Urlaub fahren wollen, gewährleistet ist.

Das ist die Herausforderung. Und dieser Herausforderung wollen wir uns – das habe ich allen Gesprächen und Reden meiner Vorredner entnommen – gemeinsam stellen. Das ist die große Aufgabe und ich freue mich, da mitwir-

ken zu können. Meine Fraktion wird den Antrag natürlich ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das geht leider nicht. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist ja nur die Aussprache.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Vielen Dank, Herr Eifler.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 38:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Zwangsverrentung bei „Hartz IV“-Empfängern abschaffen, auf Drucksache 6/4467.

**Antrag der Fraktion der NPD
Zwangsverrentung bei
„Hartz IV“-Empfängern abschaffen
– Drucksache 6/4467–**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was die NPD-Fraktion hier fordert, kann nicht an Geldmangel scheitern, denn wie Merkel und Gabriel im Willkommenstaumel verkündeten, steht in Deutschland seit Neuestem unendlich viel Geld zur Verfügung. Eine Million Zuwanderer im Jahr, kein Problem. Unterbringung, Versorgung, Ausbildung, alles ist locker finanzierbar. Also erkläre ich hiermit offiziell alle staatlichen Geldprobleme für beendet – Herr Pegel kann sich auch seine finanzpolitischen One-Night-Stands ab sofort wieder leisten – und stelle fest, dass es sich der Staat nun auch leisten kann und muss, deutschen Empfängern von Arbeitslosengeld II die Rentenansprüche nicht zu stehlen. Das tut er nämlich im Augenblick, während er für Fluchtsimulanten Willkommenspartys veranstaltet.

Paragraf 12a Nummer 1 SGB II verpflichtet Empfänger von Arbeitslosengeld II, die das 63. Lebensjahr vollendet haben, vorzeitig ihre Altersrente zu beantragen. Das ergibt sich aus dem Umkehrschluss des Paragrafentextes. Wenn sie sich weigern, werden sie quasi teilmündig. Das Amt selber stellt dann den Rentenanspruch für sie, auch gegen den Willen der Betroffenen. Davon profitiert der Willkommensstaat, weil der vorzeitige Rentenanspruch faktisch zu einer Rentenkürzung führt. 0,3 Prozent des Rentenanspruchs gehen pro Monat verloren. Schon bei der Rente mit 65 kann das ein erheblicher Betrag sein, bei der Rente mit 67 erst recht.

Es gibt zwar Ausnahmen: Wenn es unbillig ist, muss der vorzeitige Rentenanspruch nicht gestellt werden. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn der Rentenanspruch unter dem ALG-II-Niveau liegt, weil selbst dieser Staat einsieht, dass es wenig bringt, die Betroffenen von ALG II zur Sozialhilfe zu schaufeln. Es gibt auch noch ein paar andere Ausnahmen, aber die treffen leider nur auf wenige Personen zu.

Natürlich denken die Jobcenter nicht daran, die Menschen über die wenigen Ausnahmen aufzuklären, und sie wenden auch gerne den Trick an, den Leuten Eingliederungsvereinbarungen unterzujubeln, in denen diese sich verpflichten, eine solche Rente mit Abschlägen zu bean-

tragen. Wenn sie es nicht tun, mag auch eine Ausnahme auf sie zutreffen, dann kann man sie mit Sanktionen von bis zu 100 Prozent der Leistungen treffen.

Man stelle sich also folgenden Fall vor: Jemand arbeitet 45 Jahre, von seinem 15. Lebensjahr an, und zahlt in die Rentenversicherung ein. Mit 60 wird er arbeitslos, bekommt dann 2 Jahre Arbeitslosengeld I und ab 62 Arbeitslosengeld II. Für diese 3 Jahre Arbeitslosigkeit wird er, der 45 Jahre eingezahlt hat, mit Rentenkürzungen bestraft. Das könnte man nur mit der Notwendigkeit von Einsparungen begründen, aber im Zeitalter der totalen Willkommenskultur verbieten sich Einsparungen zulasten Deutscher, wenn für ausländische Zuwanderer alles da ist. Ich sehe auch keine rechtlichen Probleme, denn das Unterlassen von Rentenklau verstößt nicht gegen das Grundgesetz.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Renz für die Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Andrejewski, ich glaube, das Thema des Antrags, den Sie stellen, ist Ihnen inzwischen schon selbst egal, wenn man Sie erlebt, wie Sie hier ans Rednerpult treten: Wie ein Sprachroboter spulen Sie erst mal wieder Ihre menschenverachtende Ideologie ab,

(Michael Andrejewski, NPD: Jaja.)

auch wieder bei diesem Antrag.

(Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und wenn wir uns dann diesen Antrag noch anschauen, wie dürrig der ist, so etwas hatten wir lange nicht. Das macht auf mich den Eindruck, wir hauen hier mal so einen Zweizeiler hin, egal, was da steht. Wahrscheinlich ist die Anzahl der Anträge für diese Landtagssitzung durch Ihre Fraktion noch nicht erfüllt gewesen,

(Stefan Köster, NPD: Er ist leicht verständlich,
aber für Sie immer noch zu schwer.)

so muss ich das Ganze hier beurteilen. Wenn ich insbesondere auch zeitlich, politisch die Situation zu diesem Thema betrachte, dann, muss ich sagen – wie gesagt, zeitlich, politisch betrachtet –, ist es eher schon ein uraltes Thema, was Sie hier, warum auch immer, heute aufgreifen wollen. Warum ist es schon ewig alt? Weil die Sozialgesetzgebung in Deutschland 2003 schrittweise in vielen Bereichen umgestellt wurde. Auch in 2008 gab es auf diesem Sektor wieder Veränderungen. Das heißt, über ein Jahrzehnt ist es schon Thema, und jetzt kommen Sie daher und tun so, als wenn Sie hier wieder Retter der Nation sein wollen.

Und wenn es ganz speziell um dieses Thema geht, dann will ich nur sagen, dass eine Oppositionsfraktion im Bun-

destag im Februar 2014 im Prinzip diesen Antrag gestellt hat. In einem sehr aufwendigen Anhörungsverfahren wurde dieses Thema erarbeitet, bearbeitet, mit einer Beschlussempfehlung dann im Juli 2015. Also fast anderthalb Jahre befasst man sich nun auf der politischen Ebene mit diesem Thema. Warum auch immer Sie jetzt erst aufgewacht sind, das kann ich nicht abschließend einschätzen. Ich kann Ihnen nur sagen, Sie kommen zu spät, die politische Debatte läuft.

Man muss auch klar sagen, dass es hier ganz konträre Auffassungen in der Parteienlandschaft gibt,

(David Petereit, NPD: Wie ist denn die der CDU?)

das ist so.

(David Petereit, NPD: Wie ist denn die der CDU?)

Diese politischen Positionen werden seit 2003 intensiv in den Parlamenten unter den demokratischen Fraktionen ausgetauscht, aber für Sie will ich noch mal sagen, was zurzeit auch Mehrheitsmeinung in Deutschland ist: In der Sozialgesetzgebung gilt – durch Mehrheit beschlossen, und an den Mehrheiten scheint sich im Moment auch nichts zu ändern –, es gilt das Prinzip des Förderns und Forderns. Das bedeutet, dass die, die hilfebedürftig sind, auch Hilfe bekommen. Gleichzeitig – unter diesem Prinzip, was ich gerade benannt habe – ist es aber so, dass jeder einzelne, sofern er dazu in der Lage ist, verpflichtet ist, eigenes Einkommen zu erzielen, zum Beispiel auch durch eine Rente. Und insofern – das wird Sie als Jurist ja dann wahrscheinlich auch interessieren, ich glaube, damit sollten Sie sich auseinandersetzen – ist die Grundversicherung für Arbeitsuchende ein sogenanntes nachrangiges Fürsorgesystem, deswegen auch die entsprechende Rechtsprechung in unserem Staat.

Da die Positionen, wie gesagt, schon vielfältig ausgetauscht sind, und das seit Jahren, glaube ich auch nicht, dass dieser Landtag heute über das Stöckchen springen sollte, das Sie uns hinhalten. Dieser NPD-Antrag, den brauchen wir nicht, der ist unnütz am heutigen Tag, und insofern werden wir ihn auch ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Andrejewski für die Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Renz, lieber ein richtig programmierter Sprachroboter als eine CDU-Windmaschine, die nicht vernünftig funktioniert.

Zu Ihren sogenannten Argumenten: Sie sagen, das sei dürrtig. Der Antrag ist einfach in normaler Menschengsprache. Ich hätte das auch künstlich aufblasen können, kein Problem. Ich habe den Eicher-Kommentar zum SGB II, ich habe dort die Verweise auf die entsprechenden Grundsatzurteile. Ich hätte die zehn Minuten voll ausschöpfen können in Juristenchinesisch, aber gerade das mache ich nicht, weil ich genug Kontakt mit normalen Bürgern in meiner Hartz-IV-Sprechstunde habe, und die haben genug

vom Juristenchinesisch, das sie nicht verstehen, in den Bescheiden, sondern ich versuche, auf den Kern zu kommen und es in normaler Bürger- und Menschengsprache zu sagen. Was in diesem Antrag stand, reichte völlig aus. Es ging hier nicht um eine Doktorarbeit, es ging um eine ganz einfache Frage, und zwar um die Änderung eines Gesetzes.

Dieses Gesetz sagt, ab 63 muss ich Altersrente mit Abschlägen beantragen, und die Gesetzesänderung sagt, das soll gestrichen werden. Feierabend, mehr muss man dazu nicht sagen. Man muss es nicht künstlich verkomplizieren, sodass es keiner versteht.

Sie sagen, das sei jetzt ein altes Problem, es sei schon seit zehn Jahren in der Diskussion. Ja, das ist richtig, es ist aber auch seit zehn Jahren in der Praxis. Es ist seit zehn Jahren so, dass die Leute davon betroffen sind. Zu mir kommen ständig Leute und sagen, das kann doch nicht sein, dass ich auf einmal gezwungen werde, meine Rente zu beantragen, und dass sie das an meiner Stelle machen können, dass ich entmündigt werde. Da sage ich, ja, das ist leider so, das ist die Rechtslage.

Was nützt es den Leuten, wenn da irgendwelche Debatten laufen? Das kann ich in Zukunft natürlich machen. In Zukunft sage ich denen, die mit diesen Rentenproblemen zu mir kommen: Hey, kein Thema, da läuft die Debatte schon seit zehn Jahren, die CDU ist auch beteiligt, Ihre Probleme sind gelöst.

(Heiterkeit und Zuruf von Tino Müller, NPD)

Nee, alles, was ich machen kann, ist, zu versuchen, eine Ausnahme zu finden.

Letztens hatte ich einen Fall, da griff tatsächlich die Ausnahme, dass sie eine so geringe Rente bekommen würde, dass das im Arbeitslosengeld-II-Niveau blieb. Sie kann in der Tat einen Antrag einreichen, dass sie diesen vorzeitigen Rentenantrag nicht stellen muss, mit der Begründung, das ist unbillig, weil sie dann vom Arbeitslosengeld II in die Sozialhilfe kommt. Das bringt nichts, sie kommt damit durch. Vielen anderen muss ich leider sagen, das ist halt dieser Raubstaat, der nimmt euch das Geld ab, er stiehlt euch die Rentenansprüche, und wohin es geht, da braucht ihr euch nur mal umzugucken und die ganzen Asylantenheime in eurer Stadt zu betrachten, da fließt das Geld hin.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Das werde ich den Leuten dann sagen. Und das ganze grundsätzliche Gefasel von Nachrangigem, das können Sie in Zukunft alles vergessen.

Sie konnten bis zum Beginn,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das Problem hätte es auch ohne Flüchtlinge gegeben. Machen Sie doch nicht so einen Quatsch!)

bis zum Beginn der exzessiven Willkommenskultur und der Willkommenspartys auf dem Bahnhof, da konnten Sie noch finanziell argumentieren. Da konnten Sie sagen, der Staat muss sparen und wir können das nicht alles leisten, wir sind nicht im Lalulalaland, wo die GRÜNEN leben. Aber jetzt ist es doch offensichtlich so, dass wir uns alles Mögliche leisten können. Wir können uns doch eine Million Flüchtlinge, sogenannte, im Jahr leisten. Mit

welcher Begründung und welcher Berechtigung sagen Sie dann irgendeinem Deutschen, wir müssen bei dir sparen? Wir müssen dir 0,3 Prozent deiner Rente abnehmen, du musst dein Haus verkaufen und erst einmal das Geld verbrauchen, bevor du wieder Leistungen kriegst. Mit welcher Begründung wollen Sie noch irgendwelche Einsparungen unterlegen? Mit welcher Begründung wollen Sie den Fans der Südbahn sagen, das Geld ist nicht da? Das ist da, in Massen! Es sind alle Schleusen geöffnet worden, und entweder, Sie beenden diesen Willkommenstaumel und sagen, wir haben das Geld nicht, um die halbe Welt aufzunehmen, oder Sie finanzieren alles andere, was die Deutschen wollen, und ersparen allen Deutschen weitere Zumutungen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/4467. Wer dem NPD-Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/4467 bei Zustimmung der NPD-Abgeordneten und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und der GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 39:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Ausbildungsplatzplanung für Erzieherinnen und Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern an aktuelle Entwicklungen anpassen, auf Drucksache 6/4454.

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Ausbildungsplatzplanung für Erzieherinnen und Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern an aktuelle Entwicklungen anpassen
– Drucksache 6/4454 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt für die Fraktion DIE LINKE.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Bernhardt!)

Bernhardt, Entschuldigung, das war hier schlecht zu lesen. Entschuldigung! Frau Bernhardt, bitte.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
 Barbara Borchardt, DIE LINKE:
 Es hätte ja sein können.)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit Beginn der Legislaturperiode haben wir hier im Parlament die Ausbildungsplatzplanung für Erzieherinnen und Erzieher gefordert, weil wir das Fachkräftegebot im Kita-Bereich für richtig und für wichtig halten. Frühkindliche Bildung von allen Kindern kann nur durch entsprechend geschultes Personal vermittelt werden und deshalb müssen wir auch dafür sorgen, dass eben dieses Fachkräftepersonal vorhanden ist, damit das Fachkräftegebot perspektivisch abgesichert wird. Das ist auch der entscheidende Grund, warum für uns als LINKE die Ausbildungsplatzplanung so wichtig ist. Dass diese derzeit zukunfts-fähig abgesichert sein soll, daran haben wir unsere Zweifel.

Bei meinen Besuchen in den Kindertagesstätten wird immer häufiger berichtet, dass gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher sehr schwer zu finden seien. Sicherlich hängt das auch damit zusammen, dass staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher nicht nur in den Kindertagesstätten tätig sind. Sie können unter anderem ebenso als Jugend- und Schulsozialarbeiter arbeiten, aber auch in diesem Bereich wird mir gesagt, Frau Bernhardt, wir finden kein Fachpersonal mehr. Und genau diese Sorgen aufzugreifen, sind wir verpflichtet. Wir müssen alles daransetzen, um das Fachkräftegebot in der frühkindlichen Bildung zu halten. Dazu ist die vorliegende Ausbildungsplatzplanung nicht geeignet.

Die Ausbildungsplatzplanung der Landesregierung erreichte uns letztes Jahr im Sozialausschuss, gleichzeitig wurde sie auch an den Bildungsausschuss überwiesen. Ich war froh, dass die Mitglieder des Sozialausschusses ebenso an dem Thema interessiert waren und wir durch eine öffentliche Anhörung im Februar 2015 verschiedene Fragen und Ungereimtheiten mit Praktikern besprechen konnten. Das ist ein deutlicher Vorteil gegenüber der Ausbildungsplatzplanung aus dem Jahre 2011, die hinter verschlossenen Türen behandelt wurde. Leider kamen die Fraktionen nach dieser Anhörung zu unterschiedlichen Ergebnissen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU und von der SPD, flüchteten sich in formale Gründe, um die Landesregierung nicht zur Nachbesserung aufzufordern, obwohl die Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten auch nach der Anhörung bestehen blieben oder sich sogar verhärteten.

Wir LINKE jedoch stellten im Sozialausschuss den Antrag zur Nachbesserung. Leider wurde der Antrag abgelehnt. Wir möchten aber dennoch nichts unversucht lassen, um die Ausbildungsplatzplanung realitätsnah aufzustellen, damit die Weichen zur Sicherung des Fachkräftegebotes gestellt werden können. Deshalb fordern wir nun konsequenterweise als letztes parlamentarisches Mittel die Landesregierung hier im Landtag zur Nachbesserung der vorliegenden Ausbildungsplatzplanung auf.

Was sind unsere Kritikpunkte im ganz Konkreten? Zum einen legte die Landesregierung zur Berechnung des benötigten Personals eine Handreichung des Sozialministeriums aus dem Jahr 2004 zugrunde. Ich betone: aus dem Jahr 2004. Diese ist längst überholt. Neue Verbesserungen im Kindertagesförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern werden in dieser Handreichung nicht berücksichtigt. Das Sozialministerium führte in den Antworten zu meinen Nachfragen selber aus, dass diese Handreichung unmittelbar im Zusammenhang mit dem Kindertagesförderungsgesetz aus dem Jahr 2004 steht und dessen Umsetzung dient. In der Zwischenzeit gab es vier Änderungen des Kindertagesförderungsgesetzes. Die letzte fand 2013 hier im Parlament stand, bei der die Fachkraft-Kind-Relation nochmals heruntersetzt und die Qualität nochmals heraufgesetzt wurde.

Sie stellen die Ausbildungsplatzplanung also auf eine veraltete Grundlage. Aber was bei der ganzen Sache noch schizophrener ist,

(Andreas Butzki, SPD: Na?!)

ist, dass Sie mir selber antworten, dass Inhalt, Ausgestaltung und Umsetzung der Kindertagesförderung Aufgaben der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe seien und der kommunalen Selbstverwaltung unterliegen. Wenn dem

so ist, warum handeln Sie dann nicht auch konsequent und wenden die tatsächlichen Betreuungsschlüssel der Landkreise und kreisfreien Städte in der Ausbildungsplatzplanung an? Die finden Sie in den jeweiligen Satzungen.

Ich möchte Ihnen einmal eine ganz praktische Auswirkung deutlich machen: Die veraltete Handreichung sieht noch einen Betreuungsschlüssel im Krippenbereich von 1,1 : 6 Kindern vor. Also ein oder zwei Erzieherinnen oder Erzieher mit insgesamt 44 Stunden pro Woche betreuen sechs Kinder. Erhöht man diesen Schlüssel von 1,1 auf 1,3 Vollzeitstellen, was annähernd eine realistische Betrachtung der Ausfallzeiten infolge von Fortbildung und so weiter wäre, bedeutet das, um mal eine Vergleichszahl zu haben, ganz praktisch im Landkreis Ludwigslust-Parchim 93 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher. 93 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher in nur einem Landkreis! Schaut man sich nun an, wie viele Landkreise und kreisfreie Städte von der damaligen Empfehlung der Handreichung abweichen, wie es in vier von acht Landkreisen und kreisfreien Städten der Fall ist, ergibt sich schon rein rechnerisch ein deutlicher Mehrbedarf an Erzieherinnen und Erziehern. Diesen tatsächlichen Mehrbedarf aber berücksichtigen Sie in Ihrer Ausbildungsplatzplanung nicht.

Sie widersprechen sich selber und verfälschen zudem die Ausbildungsplatzplanung. Die Folgen sind bereits jetzt überall spürbar. Ich höre vor Ort vom Fachkräftmangel. Auch in der Anhörung hier im Februar dieses Jahres war zu vernehmen, dass trotz intensiver Bemühungen Fachkräfte im Sinne von Paragraph 11 KiföG M-V nicht in ausreichender Zahl vorhanden seien. Warum verschließen Sie die Augen vor den Tatsachen?

Aber nicht nur die Grundannahmen sind schon falsch, auch finden sich einige tatsächliche Gegebenheiten überhaupt nicht in der Ausbildungsplatzplanung wieder, so unter anderem, dass wir von einer größeren Anzahl von Kindern, die in Kindertagesstätten betreut werden, ausgehen müssen. In der Ausbildungsplatzplanung sind Kinder von Migranten und Flüchtlingen beziehungsweise unbegleitete minderjährige Flüchtlinge überhaupt nicht berücksichtigt. Die Mehrbedarfe sind nicht eingestellt. Warum? Weil es dazu keine Zahlen gab. Schon in der Anhörung im Februar 2015 kritisierte der Landkreistag diesen Mangel. Auch das Diakonische Werk führte dazu aus, dass bei den Planungen abzusehende tatsächlich entstehende Bedarfe unberücksichtigt blieben.

Weiter hieß es, die Zahl der Kinder mit Flucht- und Migrationshintergrund wird in den nächsten Monaten bereits spürbar steigen. Meine Damen und Herren, da waren die Anzuhörenden wohl weiter als die Landesregierung! Nun konnte tatsächlich keiner konkret vorhersehen, wie sich die Flüchtlingszahlen entwickeln werden. Aber dass es gar keine Zahlen gab, dass diese Gruppe von Kindern überhaupt nicht betrachtet wurde, das war einfach falsch und rächt sich jetzt. Jetzt stehen wir vor der selbst verschuldeten Frage: Was machen wir nun? Die Antwort der Landesregierung ist, konkret der Sozialministerin, dass angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation in den Kitas flexibel mit dem Fachkraft-Kind-Schlüssel umzugehen sei. Das KiföG lasse Ausnahmen zu, diese müssten reichen.

Von diesen Fachkraft-Kind-Relationen abzuweichen, das ist der falsche Weg. Für uns LINKE gilt: die frühkindliche Bildung und deren hohe Qualität ohne Wenn und Aber!

Sind die Herausforderungen noch so groß, muss die frühkindliche Bildung qualitativ auf dem bisherigen Stand aufrechterhalten und strategisch erhöht werden. Gute frühkindliche Bildung für alle Kinder in den Kindertagesstätten muss oberste Priorität haben!

Es gibt noch weitere Kritikpunkte an der Ausbildungsplatzplanung, das sind die Einmündungsquoten von Absolventinnen und Absolventen in den Bereich der Kindertagesbetreuung. Hier wird mit Blick auf Bayern eine Quote von 63 Prozent angenommen. 63 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher in Bayern ergreifen auch die Tätigkeit in einer Kindertagesstätte. Anstatt eine eigene Verbleibstudie, die für unser Bundesland ausgerichtet ist, vorzunehmen, schauen wir nach Bayern! Dort sind die Arbeitsbedingungen, was Entlohnung oder Vollzeitarbeit betrifft, günstiger und deshalb muss man spezifisch für unser Bundesland schauen, wo die Erzieherinnen und Erzieher nach dem Abschluss ihrer Berufsausbildung bleiben. Und genau das liegt eben nicht vor. Eine weitere Nachlässigkeit, wie wir meinen.

Ich könnte noch mehrere Dinge anprangern, aber das, meine Damen und Herren Mitglieder des Sozialausschusses, konnten Sie am 25. Februar 2015 selber hören. Wahrscheinlich haben Sie es überhört, denn trotz dieses Wissens lehnten Sie unseren Antrag als Ergebnis der Anhörung ab. Nicht nur die Landesregierung verschließt so die Augen vor den Realitäten, nein, auch die Koalitionsfraktionen tun es ihr gleich. Überdenken Sie Ihre Meinung, wenn Sie frühkindliche Bildung von Anfang an für alle und auf gutem qualitativem Niveau durch Fachkräfte vermittelt haben wollen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Bernhardt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Bildungsminister in Vertretung für die Sozialministerin. Bitte schön, Herr Brodtkorb.

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich vertrete mich heute selbst und Frau Hesse auch.

Frau Bernhardt, seien Sie mir nicht böse, dass ich nicht sehr intensiv auf Ihre Debatte einsteige, weil wir die jetzt schon so oft geführt haben,

(Andreas Butzki, SPD: Ja.)

und Sie wissen ja, dass wir unterschiedliche Meinungen haben. In den Ausschüssen ist das alles hoch und runter diskutiert worden und deswegen wird es hier wahrscheinlich keinen Mehrwert geben in dieser Debatte.

Ich habe mir von den Mitarbeitern noch mal die Zahlen geben lassen. Wenn wir heute die Ausbildungsplatzzahlen im Bereich der Erzieher/-innenausbildung verändern, dann haben wir im Regelfall Auswirkungen auf den Bedarf im Jahre 2020. Die Ausbildung dauert vier Jahre, der nächste Ausbildungsjahrgang geht 2016/17 an den Start, also kommen wir nach Adam Riese auf das Jahr 2020.

Der Bedarf wird im Jahr 2020 aufgrund unserer Prognose bei 430 Absolventen liegen, oder Kolleginnen und Kollegen, und wir werden im Jahr 2020 nach den derzeitigen Kapazitäten über 500 Absolventen haben. Im Jahr 2021 sinkt der Einstellungsbedarf auf 300 Erzieherinnen und Erzieher und wir werden jährlich weiterhin 500 zur Verfügung haben. Im Jahr 2022 bleibt es bei 300 und wir werden 500 zur Verfügung haben. Also für den Zeitraum, um den es geht, auf den wir noch Einfluss nehmen können, sinkt der Bedarf deutlich. Wir haben wahrscheinlich erhebliche Überkapazitäten.

Unsere Prognose basiert aber auf einer Bevölkerungsprognose, Frau Bernhardt, und leider ist diese Bevölkerungsprognose nicht zutreffend gewesen. Leider ist die Zahl der Geburten viel niedriger gewesen als prognostiziert. Also die Einstellungsbedarfe, die ich Ihnen gerade vorgestellt habe, werden wir nicht mal haben. Um ein Beispiel zu nennen – es sind gar nicht so kleine Abweichungen –: Im Jahr 2011 hatten wir eine Prognose von 13.650 Geburten, es sind aber nur 12.690, fast 1.000 Kinder weniger geboren worden als prognostiziert. Sie wissen sicherlich, dass wir auf ein neues Geburtentief zusteuern, Mitte des nächsten Jahrzehnts. Deswegen glaube ich, dass die ganzen Argumente, die Sie jetzt geltend machen, die vielleicht im Moment einen erhöhten Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern zur Folge haben, falsch sind und uns leider nicht helfen mit Blick auf das Jahr 2020. Deshalb sieht die Landesregierung selbstverständlich keinen Bedarf, diese Prognose, diese Kapazitätsplanung zu überarbeiten. Das ist ein Riesenaufwand, das macht man nur alle paar Jahre, so wie bei der Lehrerbefürdungsprognose.

Aber wir haben ja seit gestern den Schulfrieden

(Torsten Renz, CDU: Für Inklusion. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und der hat Konsequenzen, ...

Für Inklusion, Entschuldigung, Herr Abgeordneter Renz.

... den Schulfrieden für Inklusion und wir werden uns darauf verständigen oder haben uns schon darauf verständigt, in der Tat auch die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher in den Schulen zu erhöhen. Da werden wir noch mal miteinander sprechen müssen, ab wann wir das tun.

Richtig finde ich auch Ihr Argument, inwiefern die Flüchtlingszahlen Konsequenzen haben. Das Problem ist nur, wenn wir jetzt bei den Kapazitäten etwas ändern, erreichen wir das Jahr 2020 und nicht morgen, nicht übermorgen. Aber wie es im Jahr 2020 sein wird, wissen wir nicht. Das kann man gar nicht vernünftig planen, genauso wenig, wie wir die Flüchtlingszahlen planen können.

Lange Rede, kurzer Sinn, ich schlage einfach pragmatisch Folgendes vor: Lassen Sie uns doch mal das Rechenwerk zur Seite tun, weil die Dinge, mit denen Sie argumentieren, auf das Rechenwerk keinen Einfluss haben, und es ist am Ende auch ein bisschen Wahrsageerei. Die Dinge, mit denen Sie argumentieren, die Einfluss haben, werden überholt durch niedrigere Geburtenzahlen als ursprünglich angenommen. So, und da wäre mein Vorschlag, einfach im Rahmen des Schulfriedens für Inklusion – das ist ja am Ende eine schulische Frage, die Frage der Ausbildungskapazitäten – einmal darüber zu sprechen: Wie viele Erzieher sollen denn im Rahmen der Inklusion noch in die Schule hinein? Wie sieht es aus mit

der Erhebung der Flüchtlingszahlen? Kann man da, muss man da noch nachsteuern? Das kann man zum Schuljahr 2016/17 gegebenenfalls machen, aber dazu muss ich kein neues Planungswerk auflegen, weil ich da nichts planen kann. Ich kann nur irgendeine Zahl schießen und sagen, machen wir das oder machen wir das nicht. Im Sinne dieser Diskussion im Rahmen des Schulfriedens für Inklusion bin ich gerne dazu bereit. Ich glaube, das bringt uns mehr, als noch einmal ein Rechenwerk aufzusetzen, dessen Zahlen dann dieselben Unsicherheiten beinhalten würden, wie das bei jeder Prognose und jeder Planung der Fall ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schubert für die Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein Thema, das die LINKEN schon seit Wochen und Monaten auch in den Ausschüssen immer wieder anfassen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Steter Tropfen höhlt den Stein! –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Gerade Frau Bernhardt hat sich dieses Themas ja nun richtig angenommen, sie wird dieses Thema immer wieder in die Debatte bringen.

Wir haben viele, viele Erklärungen gehört. Ich gehe deswegen ganz kurz auf den Punkt 1 ein. Die Ausbildung von Erziehern ist auf einem guten Niveau. 2014 wurde die Ausbildungsplatzplanung für Erzieherinnen und Erzieher angepasst.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Um den Fachkräftebedarf in der Kinderbetreuung zu sichern, wurden die Ausbildungsplätze seit dem Schuljahr 2013/2014 um 100 Plätze erhöht. Damit hat sich die Landesregierung schon vorsorglich auf die Ausbildungsplatzkapazitäten ausgerichtet. Auch die geforderte Anpassung der Handreichung zur Ermittlung des Personalschlüssels sehe ich als vollkommen irrelevant an, denn es gibt eine Formel zur Errechnung und diese Formel gilt auch heute noch. Diese berücksichtigt zum Beispiel die Punkte „standardisierte Berechnung Vollzeitäquivalente“, dann „Personen in den Kindertageseinrichtungen“ in den verschiedenen Gruppen, unter Berücksichtigung von Urlaub, Krankheit und so weiter. Was hat sich daran verändert oder was muss da neu berücksichtigt werden? Diese Formel gilt nach wie vor!

Zum Punkt 2 kann ich nur sagen, da gibt es ganz klare Regelungen im Paragraphen 10 Absatz 4 Satz 2 des KiföGs. Die Fachkraft-Kind-Relation und dass vor Ort die Kreise eine Satzung erlassen sollen, die einrichtungsbezogen ist, das können die Kreise nur selbst vor Ort einschätzen, dazu brauchen sie keine Handreichung aus dem Land, weil diese Handreichung nicht für jede einzelne Einrichtung zutreffen wird. Das sollen die alleine entscheiden. Aber die oberste Priorität ist eben, dass das Fachkraft-

Kind-Verhältnis von 1 : 15 eingehalten wird, und das sollen die dort regeln. Insofern werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Da war früher
auch mehr Pfeffer dahinter.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schubert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete und Vizepräsidentin Gajek für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ja ...

(Heinz Müller, SPD: Ja. –
Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin!)

Habe ich das nicht gesagt?

(Vincent Kokert, CDU: Nein!)

Frau Präsidentin!

Ich komme gerade von draußen, von einem anderen Zusammenhang, und versuche mal, die Position von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur ...

(Heinz Müller, SPD: Von draußen,
vom Walde komme ich her.)

Nee, wahrlich nicht! Aus der Lobby, Herr Müller.

(Tilo Gundlack, SPD: Wehe, wir hätten das
gemacht! Wehe, wir hätten das gemacht! –
Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Das geht alles von der Redezeit ab.)

Es sind nur vier Minuten, keine Sorge! Ich weiß ja, wie wir abstimmen, nämlich wir unterstützen Frau Bernhardt darin. Ich erinnere noch an unsere Anhörung und finde es dann doch immer wieder kurios, wie man bestimmte Dinge an die Seite drängt. Und gerade die Prognose, die aus dem Jahre 2004 ist,

(Andreas Butzki, SPD: Haben Sie dem Minister
zugehört?! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

dann für das Jahr 2015 und die Zukunft anzuwenden ...

(Vincent Kokert, CDU: Gehen Sie doch
mal auf die Argumente vom Minister ein!)

Könnt ihr mir denn jetzt mal zuhören?!

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Können
Sie nicht, Sie waren ja gar nicht da! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das ist wohl wahr, aber zuhören, Herr Kokert, das können Sie, weil ich nämlich jetzt hier physisch anwesend bin.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Nö, wir haben die ganze Zeit schon
aufmerksam zugehört!)

Also, um noch mal auf die Prognose zurückzukommen, ich denke, es wäre angebracht, hier endlich nachzusteu-

ern. Wir haben heute, das haben wir ja immer wieder gehört, neue Herausforderungen und ich denke, gerade die Erzieher/-innenausbildung zu reformieren, ist mehr als überfällig. Ich weiß nicht, wie lange wir da noch warten. Wenn wir so lange warten wie bei anderen Punkten, dann haben wir irgendwann wieder die Situation, die ja überall in den Bereichen benannt wird: Wir haben Fachkräftemangel, jetzt müssen wir schnell handeln und dann möglicherweise Standards absenken. Ich denke, das kann nicht die Antwort sein.

Wir brauchen gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Frau Bernhardt kämpft da immer sehr vorbildlich und darin hat sie auch meine Unterstützung, weil ich denke, vielleicht kriegen wir die Regierung mal davon überzeugt,

(Torsten Renz, CDU: Wir sind nicht die
Regierung, da müssen Sie sich umdrehen.)

hier zu novellieren, zu reformieren und Reformen wirklich umzusetzen. Wir werden zustimmen – Ich danke für die Aufmerksamkeit. Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gajek.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Butzki für die Fraktion der SPD.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Lehrer können
alles. – Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Genau, Barbara.)

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Frau Gajek, es ist ja schon sehr spannend, wenn Sie zu dem Thema reden, obwohl Sie gar nicht bei der Einbringungsrede dabei waren und wenn der Minister redet. Er hat nämlich die Zahlen alle dargestellt,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, aber Frau Bernhardt wird das
nachher alles infrage stellen.)

ich will das jetzt gar nicht wiederholen.

Das wird sie, sie hat schon einiges gesagt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es ist die Frage der Prognose.)

Die Prognose, die Zahlen hat der Minister dargestellt, dass wir, wenn jetzt die Aus...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Na? Na?)

Nach dem jetzigen Stand der Ausbildungsplatzplanung haben wir jetzt schon eine zu hohe

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Na?!)

Durchführung des Studiums bei dieser Erzieherausbildung.

Ich will mal ganz kurz noch einiges dazu sagen. Man kann jetzt sagen, alle Jahre wieder stellt die Fraktion DIE LINKE den Antrag zur Ausbildungsplatzplanung für Erzieherinnen und Erzieher.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nö, das hatten wir ja gerade in der Anhörung! –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das
scheint ja nicht das Problem zu sein.)

Ich will da bloß mal sagen, und jedes Mal wird es auch abgelehnt, aus den verschiedensten Gründen.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war am 30. Januar 2014 hier behandelt worden. Ich könnte Ihnen auch die Ausschussdrucksache oder die Antragsnummer sagen, 6/2624, dort war eine Fortschreibung gefordert worden. Wir haben schon damals gesagt, gegenstandslos.

Am 25. Februar wurde im Ausschuss die Anhörung durchgeführt. Dann gab es eine kleine Anfrage, die ausführlich, denke ich, beantwortet worden ist. Die derzeitige Ausbildungsplatzplanung datiert aus dem Jahre 2014, das ist also gut ein Jahr her, und der Stichtag ist immer der 1. März. Am 1. März dieses Jahres wussten wir zum Beispiel nicht, in welcher Größenordnung wir auch Flüchtlingskinder in unseren Einrichtungen haben werden.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

So.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Die gabs ja vorher nicht.)

Wenn wir uns das dann noch anschauen, weiter in Ihrem Punkt, darauf will ich kurz noch mal eingehen: Eine Überarbeitung der Handreichung, wie Sie jetzt im Antrag fordern, würde auch keine Auswirkung auf die Ausbildungsplatzplanung des Bildungsministeriums haben. Die Handreichung des Sozialministeriums aus dem Jahre 2014 hat für die kommunale Ebene nur Empfehlungscharakter. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind frei, diesen oder einen höheren Personalschlüssel auch dementsprechend anzusetzen. Sobald sich die kommunale Ebene und die Liga der Spitzenverbände in einem Landesrahmenvertrag auf einen Personalschlüssel geeinigt haben, wird dieser sicherlich auch die Grundlage für die nächste Fachkräftebedarfsanalyse sein.

Was ich sehr spannend finde, im Punkt 2 Ihres Antrages fordern Sie eine Einflussnahme auf die kommunale Ebene sowie die Erarbeitung einer Handreichung für die kommunale Ebene. Ich hoffe, sehr geehrte Frau Bernhardt, dass Sie schon etwas von der kommunalen Selbstverwaltung gehört haben. Den Landkreisen und den kreisfreien Städten wurde das durch die nähere Ausgestaltung des Paragraphen 10 KiföG alles übertragen. Ich denke, das ist auch eine gute Sache. Die kommunale Ebene kennt die Situation und die Verhältnisse vor Ort wesentlich besser als wir hier aus Schwerin.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Daher wäre eine Einflussnahme, wie es der Fraktion der LINKEN hier vorschwebt,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das ist widersprüchlich.)

ein sehr starker Eingriff, denke ich doch, in die kommunale Selbstverwaltung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das wirklich ernsthaft wollen.

Ich will jetzt nicht alles wiederholen, was der Minister gesagt hat. Aus den genannten Gründen wird unsere Fraktion den Antrag ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Butzki.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Bernhardt von der Fraktion DIE LINKE.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Mir wurde ja vorgehalten, es klang schon fast wie ein Vorwurf, dass ich immer oder alle Jahre wieder die Ausbildungsplatzplanung hervorhebe. Ich glaube, ich habe in meiner Einbringungsrede deutlich gemacht, warum wir das tun: damit genügend Fachkräfte da sind,

(Andreas Butzki, SPD: Der Minister
hat doch die Zahlen dargestellt!)

damit die frühkindliche Bildung gesichert werden kann, indem wir das Fachkräftegebot absichern.

(Andreas Butzki, SPD: Nach der jetzigen
Planung hundert über den Durst!)

Herr Butzki, um noch mal auf Ihre Einwände zurückzukommen: Sie hatten ja gesagt, die kommunale Selbstverwaltung ist so hoch anzusetzen,

(Andreas Butzki, SPD: Ja.)

dann frage ich mich, warum in der Ausbildungsplatzplanung nicht auch die Betreuungsschlüssel der kommunalen Ebene angewendet werden, sondern die Handreichung des Sozialministeriums aus dem Jahr 2004 angewendet wird. Das ist die Ausgangslage der Ausbildungsplatzplanung und das ist die Basis, aufgrund derer die Bedarfe errechnet wurden. Nehmen Sie das zur Kenntnis!

Herr Brodtkorb, ich fand es schon bemerkenswert, dass Sie dann in Ihrer Aussprache sagen, ich gehe jetzt nicht auf die Debatte oder Argumente ein. Es war ein deutlicher Unterschied zwischen uns zu merken. Sie schauen eher in die Zukunft gerichtet, ich gehe von den Problemen aus, die hier und jetzt in den Kitas vor Ort vorherrschen,

(Heinz Müller, SPD: Wobei Planung sich ja
wohl irgendwie auf Zukunft bezieht, oder?)

und jetzt ist das Zahlenwerk zu betrachten und nicht beiseitezulegen. Das ist für uns der Maßstab. Dieses Zahlenwerk ist schließlich auch die Basis des Handelns der Landesregierung.

Und bis wir nun abgewartet haben, bis der Schulfrieden zur Inklusion kommt – Sie haben ja selber gesagt, dass Sie noch nicht genau wissen, wann Sie darüber reden werden, wie viele Erzieher wir in den Schulen beschäftigen –,

(Heinz Müller, SPD: Hm? Das habe ich irgendwie anders gehört.)

ist insofern eine Nachbesserung der Ausbildungsplatzplanung in den nächsten zwei, drei Jahren in weite Ferne geschoben. Noch einmal ein paar Jahre zu warten, bis wir die Ausbildungsplanung anpassen, verschärft das Problem weiter.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Insofern können wir das einfach nicht hinnehmen. Wir finden, es ist genug Zeit zum Handeln. Gehandelt werden sollte gerade jetzt. Das ergibt sich auch noch mal, wenn ich mir die Anhörungsprotokolle anschau: Jetzt ist es Zeit zu handeln. Da war unter anderem zu lesen, dass die in der Analyse aufgemachte Berechnung nur bedingt nachvollziehbar ist, so der Landkreistag. Oder ich zitiere: „Damit die vom Landesjugendamt nicht weiterhin unerwartet vielen Ausnahmegenehmigungen vom strikten Fachkräftegebot nach § 11 Abs. 6 KiföG M-V an die Einrichtungsträger erteilt werden müssen, ist es erforderlich, schnellstmöglich gemeinsame Wege und Möglichkeiten zu finden, um dem Fachkräftemangel bei Erziehern wirksam zu begegnen.“

Diese Worte der Anzuhörenden sollten uns doch aufhören lassen und zum schnellstmöglichen Handeln bewegen, und nicht irgendwann mal in der Zukunft, wo das Datum noch nicht bekannt ist. Alle Anzuhörenden hatten den Fachkräftemangel bereits jetzt bestätigt. Jetzt ist es Zeit zu handeln!

Natürlich ist bekannt, dass wir die bundesweite Statistik mit den guten Betreuungsquoten in Krippe und Kita positiv anführen. Das leugnet auch keiner. Genauso bekannt ist es, dass wir bei der Umsetzung der Qualitätsstandards die Statistik negativ anführen. Ich finde, da kann die Landesregierung kritische Studien negativ bewerten, wie sie will, so zum Beispiel erst am 24. August 2015 geschehen. Da war vom Sozialministerium zu lesen, dass die in diesem Jahr veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung zur frühkindlichen Bildung an der Lebenswirklichkeit vorbeiziehe. Ich finde, stecken Sie diese Energien, die Sie in die Kritik solcher Studien stecken, doch bitte in die Erstellung einer realitätsnahen Ausbildungsplatzplanung! Das wäre wichtiger.

In Mecklenburg-Vorpommern geht es um frühkindliche Bildung mit einem hohen Anspruch an qualifizierte Standards und nicht nur um Betreuung. Das ist unser gemeinsames Ziel und dafür sollten wir alles tun, damit das Fachkräftegebot auch in Zukunft eingehalten werden kann. Insofern kann ich Ihre Argumente nicht nachvollziehen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Mir liegen keine weiteren ... Ach so, Herr Brodkorb. Herr Brodkorb hat noch mal um das Wort gebeten, der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

(Heinz Müller, SPD: Ja, der muss jetzt noch was richtigstellen.)

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist mein Leib- und Magenthema, deswegen muss ich noch mal ran.

Frau Bernhardt, es ist doch nicht logisch, was Sie hier vortragen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Natürlich ist das logisch.)

Nehmen wir mal an, wir hätten jetzt einen Fachkräftemangel.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Den haben wir.)

Nehmen wir es doch mal an! Dann stimmen Sie mir doch zu, dass die Erzieher/-innenausbildung vier Jahre dauert. Das heißt, durch die Erhöhung der Ausbildungsplätze heute könnte ich den jetzigen Fachkräftemangel nicht beheben.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Hm! Hm!)

Deswegen macht auch die Überarbeitung der Platzbedarfsplanung keinen Sinn.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Die Basis stimmt doch schon gar nicht.
Das ist doch für die Basis notwendig!)

Nee, schauen Sie! Das können wir überarbeiten und dann haben wir heute in diesem System immer noch einen Mangel. Ist es so, dass wir vier Jahre brauchen für die Ausbildung, ja oder nein? Okay.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, wie lange wollen wir noch warten?
Bis die Zeit um ist? Dann warten
wir noch drei Jahre, dann
werden es noch mal fünf Jahre.)

Das Jahr 2020, das habe ich Ihnen vorhin die ganze Zeit vorexerziert, führt dazu, dass wir 500 Erzieher auf dem Markt haben werden,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Aufgrund welcher Zahlen denn?
Die Basis stimmt doch nicht!)

verfügbar für Kita, und einen Einstellungsbedarf von 300. Das heißt, die Zeit, die man erreichen kann, hat diese Daten. Wenn es so ist, dass es heute einen Fachkräftemangel gibt, dann seien Sie doch mal so ehrlich zu sagen, welche vier Möglichkeiten wir denn heute haben. Das hat nichts mit dieser Platzbedarfsplanung zu tun! Es gibt vier Möglichkeiten.

Sie können entweder eine große Werbekampagne starten und anderen Ländern ihre Erzieher abwerben.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Das ist die erste Möglichkeit, die Sie haben. Ich weiß nicht, was dann Ihre Kollegen aus der Linksfraktion der anderen Länder dort vor Ort sagen.

(Andreas Butzki, SPD: In Brandenburg. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber wenn Sie das mit unterstützen würden, dass wir das notfalls machen, dann gerne. Im Lehrerbereich machen wir es ja.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sie sagten, es wäre die erste Möglichkeit.)

Das ist die erste realistische Möglichkeit. Ich wäre dafür.

Die zweite Möglichkeit ist, dass die Träger den Anteil der Teilzeit reduzieren und den Erzieher/-innen bessere Verträge anbieten, also längere Beschäftigungszeiten. Das ist real die zweite Möglichkeit, jetzt zu reagieren.

Die dritte Möglichkeit zu reagieren ist, die Gruppengrößen zu variieren, was wir übrigens in der Schule auch machen. Das ist die dritte Möglichkeit.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
In welche Richtung denn?)

Ja, wenn Sie die Gruppen kleiner machen, wird Ihr Mangel noch größer. Das ist ja wohl logisch, in welche Richtung!

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Also machen wir sie noch größer, die Gruppen, wo wir eh schon die Letzten sind?!)

So, das ist die dritte objektive Möglichkeit.

Die vierte objektive Möglichkeit, Frau Bernhardt, ist, ...

(Andreas Butzki, SPD: Er sagt doch Lösungsmöglichkeiten! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

... die vierte objektive Lösungsmöglichkeit ist, dass wir über die Frage reden, wer in der Kita Kinder erziehen und bilden darf. Ich darf daran erinnern, es war die rot-rote Koalition unter der legendären Führung von Frau Marianne Linke als Sozialministerin,

(Heinz Müller, SPD: Wow! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Legendär! Sehr legendär!)

die damals vorgeschlagen hat, das haben wir alle gemacht, zu sagen, dass Sozialassistenten, die man übrigens in zwei Jahren ausbilden könnte, nicht mehr erstatet werden im KiföG. Ja, ist das richtig?

(Torsten Renz, CDU:
Kein Zeitzeuge mehr dabei.)

Das wäre aber die vierte Möglichkeit, um den Fachkräftemangel zu reduzieren, der heute besteht, wenn er besteht.

Frau Bernhardt, mehr als diese vier Möglichkeiten gibt es, glaube ich, nicht. Das sind die ernsthaften Möglichkeiten, die wir haben. Wenn wir darüber mal ernsthaft diskutieren würden, ob eine dieser Maßnahmen sinnvoll ist oder nicht, oder wenn Sie noch eine fünfte haben, okay, aber eine Planung zu überarbeiten, die frühestens im Jahr 2020 Auswirkungen hätte, um einen möglichen Mangel im Jahr 2015 oder 2016 zu beheben, ist von

vorne bis hinten unlogisch. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ums Wort gebeten hat noch einmal die Abgeordnete Frau Bernhardt von der Fraktion DIE LINKE.

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Bitte.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrter Herr Brodkorb!

(Heinz Müller, SPD:
Meine Damen und Herren!)

Schon 2010 hatte DIE LINKE hier im Landtag die Ausbildungsplatzplanung verlangt, dass die endlich vorgelegt wird. 2011 kam Ihre Fraktion endlich mal mit einem Antrag hinterher. Hätten wir schon damals eine realitätsnahe Ausbildungsplatzplanung gehabt,

(Andreas Butzki, SPD: Aber zum Plenum sprechen, bitte!)

die nicht hinter den Türen verhandelt worden wäre, dann würden wir heute mit einer vierjährigen Ausbildungsplatzplanung gar nicht vor dem Problem des Fachkräftemangels stehen.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

Zweitens. Weil Sie Ihre verschiedenen Möglichkeiten vorgetragen haben, insgesamt vier an der Zahl, möchte ich Ihnen tatsächlich noch mal eine fünfte vortragen: Verbessern Sie die Rahmenbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern, sodass sie auch hierbleiben! Wenn ich mir die Teilzeitbeschäftigung anschau, wenn ich mir die Arbeitsentgelte anschau,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU
und Andreas Butzki, SPD)

dann müsste ich erst mal hier die Rahmenbedingungen verändern, dass die Leute auch hierbleiben. Sie wissen ja noch nicht mal, wie viel Leute überhaupt hierbleiben von denen, die wir ausbilden! Insofern habe ich Ihnen verschiedene Lösungsmöglichkeiten aufgetan. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: So, jetzt liegen mir ...

(Torsten Renz, CDU: Sie kennen keine Zahlen, aber Sie behaupten, die Mehrheit ist weg!)

Herr Renz! Herr Renz, möchten Sie noch reden?

Also mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe dann die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4454. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4454 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD und keiner Stimmenthaltung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 40**: die Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Milchkrise überwinden, Drucksache 6/4463.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Milchkrise überwinden
– Drucksache 6/4463 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie sind Landwirt. Sie sehen sich als Unternehmer,

(Zuruf aus dem Plenum:
Das sind ja ganz neue Töne.)

der wirtschaftlich denken und handeln muss, und Sie wollen Ihren Betrieb zukunftsfähig aufstellen,

(Egbert Liskow, CDU:
Das passt ja zu den GRÜNEN.)

also einen modernen Betrieb mit geregelten Arbeitszeiten und einem gesicherten Einkommen haben. Aufgrund einer professionellen Beratung investieren Sie in den Neubau von Ställen und von Melktechnik, steigern kontinuierlich die Herdengröße, berechnen optimale Futterrationen, lassen Ihre Tiere auf Wasserbetten schlafen und von rotierenden Bürsten massieren und Ihr Schuldenberg wächst und wächst.

Was ist da los?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Weshalb stehen Landwirte, die scheinbar alles richtig gemacht haben, alles umgesetzt haben, was ihnen jahrzehntelang geraten wurde, nämlich immer größer und effizienter zu werden und zu investieren, um ihre Produktion zu steigern, warum stehen diese Landwirte jetzt mit dem Rücken zur Wand? Effizienz und Wachstum lautete das Credo in der landwirtschaftlichen Beratung, lautet es immer noch. Die Ställe und die Herden werden immer größer und aus jeder Kuh muss so viel Milch wie möglich herausgeholt werden, damit sich – so das Versprechen – die Investitionen lohnen und der Betrieb gute Gewinne erzielt.

(Thomas Krüger, SPD: Wer
hat denn das versprochen?)

Nun geht diese Rechnung nicht auf. In dem Maß, wie die Menge gesteigert wird, fällt der Milchpreis. In den letzten Jahren wurden Forderungen nach einem möglichst freien Markt immer lauter, in dem keine Quoten das Wachstum beschränken und ein riesiger Weltmarkt beliefert werden

kann. Nun, die Quoten sind weg, aber der Weltmarkt ist offensichtlich ziemlich satt. Und es scheint sich langsam die Erkenntnis durchzusetzen, dass man am Weltmarkt nur bestehen kann, wenn man auch zu Weltmarktpreisen produziert und verkaufen kann. Eigentlich eine Binsenweisheit.

Leider kann man mit den Weltmarktpreisen aber in Deutschland keine Gewinne erzielen. Man kann ja noch nicht einmal kostendeckend arbeiten. Das führt zu der absurden Situation, dass genau dieselben Personen, die sich vor Kurzem noch vom Staat gegängelt fühlten, nun nach eben diesem rufen, damit dieser die Einkommen sichert.

Was aber sind die Ursachen für einen Milchpreis im freien Fall? Ich sage ganz klar, wer jetzt die Schuld allein beim Russlandembargo, der sinkenden Nachfrage in China oder bei den Discountern sucht, übersieht das Naheliegende: Es ist in erster Linie die Überproduktion. Der Weltmarkt ist gesättigt. Und es sind genau die Landwirte, die, blind an einen unersättlichen Weltmarkt glaubend, Hochleistungskühe in riesigen Ställen halten und nun fordern, dass man sie nicht auf dem Schuldenberg sitzen lassen dürfe.

Ich kann gut verstehen, dass die Milchbauern verzweifelt sind, und ich sage, ja, den Betrieben muss geholfen werden, damit es nicht zu einem großen Höfesterben kommt. Aber ich habe noch nicht ein einziges Mal gehört, diese vermeintlichen Investitionen in die Zukunft, diese Fokussierung auf Wachstum waren ein riesiger Fehler, wir sind auf unhaltbare Versprechungen hereingefallen, so kann es nicht weitergehen. Das sagt im Moment keiner.

Natürlich tut es weh, wenn man sich einen Fehler eingestehen muss,

(Egbert Liskow, CDU:
Dann machen Sie das doch mal!)

aber es wird doch nicht besser, wenn man unbeirrt weiter in die Sackgasse läuft, seinen Bestand noch weiter vergrößert, noch mehr Geld investiert, das nie mehr zu erwirtschaften sein wird.

Die LMS-Agrarberatung, die sich das interessante Motto „Dienstleister für Höchstleister“ gegeben hat, ist nach eigenem Bekunden die führende Unternehmensberatung für landwirtschaftliche Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern. Im Juni erschien die LMS-Fachzeitschrift „Das Blatt“, in der ein Schwerpunkt natürlich auch die Beratung von Milchviehbetrieben ist. Ich zitiere mal einige Sätze aus dieser Zeitschrift.

Zitat: „Der Milchmarkt hat sich wie andere Märkte nun auch als Verdrängungsmarkt entwickelt und etabliert.“ Und, Zitat: „Nicht mehr die Quote, sondern die zunehmende Flächenkonkurrenz entwickelt sich zum größten Wachstumshemmnis.“ Weiteres Zitat: Kühe mit „einer täglichen Milchmenge von unter 20 kg“ sind „nicht mehr wirtschaftlich. Um einen größeren wirtschaftlichen Schaden zu vermeiden, sollten diese Tiere schnell ersetzt werden.“ Ende des Zitats.

Ich fasse diese Zitate mal mit eigenen Worten zusammen:

Erstens. Milchproduzenten befinden sich in einem Verdrängungswettbewerb.

Zweitens. Wer sich Mühe gibt, überlebt.

Drittens. Die LMS-Beratung ist darauf ausgerichtet, dass die Betriebe weiter wachsen.

Viertens. Bei den Kühen zählt ausschließlich die hohe Milchleistung.

Wer aber will denn eine Landwirtschaft, die ein reiner Verdrängungswettbewerb ist, in dem alles immer weiter optimiert wird, und alle, die es nicht schaffen, eben nicht zu den Höchstleistern gehören, dann verdrängt werden? Ich will das jedenfalls nicht. Und alle, denen an einer vielfältigen Agrarstruktur gelegen ist, können das auch nicht wollen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Konzentration der Milchviehhaltung auf wenige Großbetriebe nicht im Sinne der Landwirte, nicht im Sinne des Arten- und Umweltschutzes, nicht im Sinne der Verbraucher/-innen und nicht zum Wohl der Tiere sein kann.

Angesichts der Milchpreise sind dringend faire Preise erforderlich.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Solange jedoch zu viel Milch am Markt ist, wird der Milchpreis nicht von alleine wieder nach oben klettern. Hier ist ein Krisenmanagement erforderlich. Aber wenn der Preis wieder oben ist, wird doch von den Milchviehbetrieben, die die Krise überstanden haben, wieder mehr produziert. Das ist ein Teufelskreis.

Weil wir Bündnisgrünen uns aber nicht von Krise zu Krise hangeln wollen, müssen langfristig die Weichen neu gestellt werden. Ein subventioniertes „Weiter so“ darf es aus unserer Sicht nicht geben. Statt auf Masse muss auch bei Milch und Milchproduktion auf Klasse gesetzt werden. Ich glaube, es stimmt einfach nicht, dass der Kunde gar nicht bereit ist, für Milch mehr Geld auszugeben. Er muss allerdings in die Lage versetzt werden zu erkennen, wofür er sein Geld ausgibt.

Milch aus der Region sucht man meistens vergeblich.

(Egbert Liskow, CDU: Keine Brille auf.)

Immer öfter sieht man Bio- oder Weidemilch im Regal. Schwierig wird es schon, wenn man Frischmilch kaufen möchte. Die ist in den meisten Supermärkten und Discountern schon gar nicht mehr im Angebot. Möchte ich in Rostock Frischmilch kaufen, stammt diese im besten Fall aus Brandenburg.

(allgemeine Unruhe –
Thomas Krüger, SPD: Und warum ist das so?)

Sie ist mit 1,09 Euro deutlich teurer als die andere Milch im Kühlregal,

(Glocke der Vizepräsidentin)

aber am Abend immer ausverkauft. Die Nachfrage ist also da.

Ich möchte Ihnen gerne berichten, wie es die Upländer Bauernmolkerei geschafft hat, als Anbieter regionaler Biomilch in Nordhessen einen fairen Preis zu erhalten. Geplant war im Jahr 2002, 5 Cent je Liter Milch mehr von den Kunden zu bekommen, die direkt an die Milchviehbe-

triebe ausgezahlt werden sollten. Vorab machte man eine Umfrage unter den Kunden in Supermärkten und Naturkostläden mit erstaunlichem Ergebnis: 80 Prozent der Verbraucher waren bereit, diesen Aufschlag von 5 Cent pro Liter auf regionale Biomilch zu zahlen.

Da ließ man also Klebmarken mit der Abbildung eines 5-Cent-Stückes drucken, die der Kunde an der Kasse abgeben konnte. Diese 5 Cent wurden dann direkt über die Lebensmittelgeschäfte an die Molkerei weitergereicht,

(Thomas Krüger, SPD: Bei den Landwirten ist es damit noch lange nicht.)

und die konnten dieses Geld an die Mitglieder, also an die Milchproduzenten auszahlen. Parallel wurden die Kunden in einer großen Kampagne informiert.

Das Ergebnis ist wirklich überraschend. Auch die Molkerei war überrascht. Der Absatz ihrer fairen Biomilch stieg deutlich an, sodass danach alle Produkte bis heute als faire Produkte vermarktet wurden. Und, ganz spannend, der Literpreis, den die Upländer Bauernmolkerei an ihre Bauern auszahlt, liegt bei 50 Cent. Das sind die Produktionspreise, die wir brauchen, um auch im Gewinn arbeiten zu können. Ich bin gerade bei Milch- und Molkereiprodukten der festen Überzeugung, dass sich hier eine Direktvermarktung und Regionalvermarktung geradezu aufdrängen.

Herr Backhaus, Sie haben es am vergangenen Samstag leider Ihrem Staatssekretär überlassen, auf der BIO-Landpartie die Milch- und Käsestraße Mecklenburg-Vorpommerns zu eröffnen, und haben stattdessen lieber einen Gemüsebetrieb besucht.

(Unruhe auf der Regierungsbank)

Sehr schade, dass Sie diese Gelegenheit ungenutzt gelassen haben, sich mit alternativen Produktions- und Vermarktungskonzepten auseinanderzusetzen. Die handwerklichen Käsereien im Land kommen mit ihrer Produktion kaum hinterher, so groß ist die Nachfrage. Und ich bin mir sicher, dass Qualitätsprodukte aus Mecklenburg-Vorpommern auch in Hamburg und in Berlin gut vermarktet werden können.

Ein ganz existenzielles Problem für die Milchbauern ist auch die Vertragsgestaltung mit den Molkereien. Es dürfte in Deutschland wohl einmalig sein, dass derjenige, der den Rohstoff, in diesem Fall die Milch, an den Verarbeiter, nämlich die Molkerei, liefert, erst Wochen später erfährt, welchen Preis er dafür bekommt. Und er hat keinerlei Einfluss auf die Preisgestaltung.

Wir sind ein großer Fan des Genossenschaftsgedankens. Die großen Molkereigenossenschaften jedoch, die überwiegend international agieren, haben mit dem ursprünglichen Genossenschaftsgedanken rein gar nichts mehr zu tun. Mitbestimmung, Solidarität und Teilhabe sind in den meisten Molkereigenossenschaften Fremdworte geworden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nicht so schnell, nicht so schnell!)

Meine Zeit ist nicht so lang.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir können das ja gar nicht verstehen.)

Das einzelne Mitglied hat praktisch keine Einflussmöglichkeiten mehr auf die Geschäftsführung seiner Genossenschaft.

Die Molkereien haben überhaupt keinen Anreiz, bei den so oft zitierten Verhandlungen mit dem Handel einen möglichst hohen Preis herauszuholen. So wie bei jedem anderen weiterverarbeitenden Unternehmen sind auch die Molkereigenossenschaften daran interessiert, die Rohstoffpreise so gering wie möglich zu halten, also den Milchlieferanten so wenig für die Milch zu zahlen wie möglich. Und weil die Genossenschaftsmitglieder am Ende einfach das bekommen, was nach Abzug aller Kosten und des Gewinns für die Molkerei noch übrig bleibt, ist auch das Interesse, bei Verhandlungen mit dem Einzelhandel möglichst hohe Preise für Molkereiprodukte zu erzielen, vergleichsweise gering. Die Molkerei und damit die verhandlungsführende Geschäftsleitung trägt dabei nämlich nur ein geringes wirtschaftliches Risiko, ihre Einnahmen bleiben sicher.

Ich kann hier nur an die Landesregierung appellieren, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Preis für Rohmilch schon vor der Lieferung an die Genossenschaft ausgehandelt werden muss. Auch ist die Andienungspflicht abzuschaffen.

„Schön wie Models“, nannte Herr Tietböhl die Kühe, die als Vertreter ihrer Art bei der Eröffnungsveranstaltung der MeLa in diesem Jahr das Tier der MeLa repräsentierten, das Deutsche Holsteinrind. Ich fand das sehr treffend. Diese Kühe entsprechen tatsächlich einem Schönheitsideal, das an das menschlicher Models erinnert. Und Schönheit liegt ja bekanntlich im Auge des Betrachters.

Nun geht es bei Kühen weniger um Schönheit, sondern um Robustheit, Gesundheit und die erstaunliche Fähigkeit, Gras in Milch umzuwandeln.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Und aus Stroh Gold zu spinnen.)

Auch wenn sich in den letzten Jahren die Zuchtziele von der Höchstleistung hin zu mehr Gesundheit verschoben haben, ist die Konzentration auf wenige Merkmale bei einer einzigen Rasse mehr als bedenklich.

Meine Damen und Herren, die Milchkrise muss überwunden werden. Wir müssen raus aus der Fokussierung auf den Markt ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Karlowski!

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... und stattdessen müssen wir auf Qualität und Regionalität setzen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus. Bitte.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, zunächst

möchte ich mich erst mal entschuldigen, Frau Karlowski, dass ich auf der verkehrten Veranstaltung war.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich war nämlich erstens Freitagabend auf der Gründungsveranstaltung „Pur Natur“.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie müssen sich nicht entschuldigen.)

Ich finde das schon spannend, dass Nutzer- und Schützerverbände sich mittlerweile in Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen haben und sich einig geworden sind, um mit einem stärkeren Gewicht als Nutzer und Schützer gemeinschaftlich aufzutreten.

Zum Zweiten war ich dann auf den Landeswildtagen in Ludwigslust, im Übrigen eine tolle Veranstaltung mit über 10.000 Besucherinnen und Besuchern, wo es gerade um Regionalität, Saisonalität und dann noch diese wunderbaren Wild- und Fischprodukte geht. Und danach war ich im Gemüse-Garten Gresse. Das ist der größte Biogemüsegarten, Frau Karlowski, den es in Deutschland gibt, ja.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Das müssen Sie mir schon überlassen, wie wir das innerhalb des Hauses steuern, wo wir denn hinfahren.

Und ich sage dann auch ganz klar, ich habe Sie auch vermisst,

(Jochen Schulte, SPD: Das
glaube ich dir jetzt nicht, Till.)

als es nämlich auf dem Bauerntag darum ging, mit den Bauern über die Sorgen, Probleme, Nöte zu reden. Das muss ich Ihnen hier in dem Hohen Hause wirklich ehrlich sagen, ich war bitter enttäuscht, und nicht nur ich, sondern die etwa Tausend Anwesenden. Aus meiner Fraktion war Thomas Krüger da, Professor Tack war da, nicht einer aus Ihrer Landtagsfraktion.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber die GRÜNEN
waren doch vertreten.)

Nicht ein, nicht ein Landtagsabgeordneter hält es für nötig, auf den Bauerntag zu kommen, um sich dort die Probleme, die Sorgen und die Nöte – Frau Schlupp war ja auch da – anzuhören.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn man das hier hört, dann will ich auch gleich an den Anfang stellen, wie ernst ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Unsere Leute waren auch da.)

Ja, Ihre Leute, genau, das ist ein super Stichwort,

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Unsere GRÜNEN waren dort.)

Ihre Leute aus den Bundesländern. Ich habe den Bundesminister aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie wir denn hier aus der Milchkrise herauskommen, und nicht nur aus der Milchkrise – deswegen springt der Antrag auch viel zu kurz –, sondern wir haben beim Schweinefleisch ein noch viel größeres Problem.

Dann haben wir einen Sondergipfel durchsetzen können. Es werden immerhin 500 Millionen Euro für Europas Bauern bereitgestellt, im Übrigen sowohl für die Milchvieh- als auch für die Schweinehalter und vor allen Dingen auch und insbesondere für die, die von der Dürre betroffen sind. Das mag Sie alles nicht interessieren.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist eine Unterstellung. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich nehme zur Kenntnis, auch das will ich hier der Öffentlichkeit sagen, diejenigen, die auch Verantwortung in den anderen Ländern tragen, das sind insbesondere Ihre Kollegen, die Sie sehr gut kennen, Herr Remmel von den GRÜNEN aus Nordrhein-Westfalen – nicht anwesend, Herr Meyer aus Niedersachsen – bei der Sonderagrarministerkonferenz nicht anwesend, Herr Habeck aus Schleswig-Holstein – nicht anwesend,

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

der grüne Kollege aus Baden-Württemberg, Herr Bonde, den ich sonst schätze – nicht anwesend.

(Torsten Renz, CDU: Oha! –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einzige, die von den grünen Ministern dort anwesend war, war Frau Höfken.

Und nun stellen Sie hier einen Antrag, so nach dem Motto: „Jetzt wollen wir das Ruder rumreißen.“ In der Tat, ich gebe Ihnen recht, die Lage im Milchbereich, im Schweinefleischbereich und zeitweise im letzten Jahr im Geflügelbereich, auch im Übrigen durch Ihre immerwährenden öffentlichen Auseinandersetzungen, ist zum Teil wirklich außerordentlich schlecht. Und ob sie nun 5 Cent mehr bekommen, auch in der Biobranche oder im konventionellen Bereich, wenn wir 5 Cent bei 25 Cent, 26 Cent drauflegen, ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: 50 Cent für den Liter Rohmilch.)

Ruhig,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ganz ruhig bleiben!

... wenn Sie 5 Cent bei konventioneller Milch in Mecklenburg-Vorpommern obendrauf legen, nach dem Modell, was Sie hier vorgestellt haben, dann ist das auch noch kein kostendeckender Preis. Davon können die Landwirte nicht leben.

Im Übrigen ist es auch so – Sie predigen ja immer und immer wieder, dass wir zu große und zu viele Tiere in diesem Lande haben –, Mecklenburg-Vorpommern hat

seit 1990 – seit 1990! – zwei Drittel der Rinderbestände abgebaut.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Nehmen Sie das endlich mal zur Kenntnis!

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da waren Sie noch in Nordrhein-Westfalen oder irgendwo in Afrika in Ihren wissenschaftlichen Betrachtungen, auch das nehme ich zur Kenntnis, aber Mecklenburg-Vorpommern hat mit den neuen Ländern gemeinsam den größten Abbau der Tierbestände durchlaufen. Das Gleiche gilt es im Übrigen, auch bei Schweinen festzuhalten.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie
vergleichen das wieder mit DDR-Zeiten!)

Wir hatten mal 2,7 Millionen Schweine in Deutschland und haben heute noch knapp 900.000. Wenn Ihre Kolleginnen und Kollegen das in den anderen Bundesländern durchgesetzt hätten, dann hätten wir heute wahrscheinlich schon Preise des Schlaraffenlandes. Das predigen Sie ja hier.

Auf der anderen Seite will ich Ihnen eins ausdrücklich mit an die Hand geben: Wenn das passiert, was Sie propagieren, wenn die Milchkühe jetzt alle auf die Weide sollen, dadurch soll ja das Problem gleich gelöst werden, dann muss ich Ihnen sagen, ja, wenn man die Tiere generell auf die Weide stellen würde. Im Übrigen, ein Großteil unserer Tiere steht auf der Weide, die Mutterkühe, die blenden Sie immer automatisch aus, allein 70.000, knapp 80.000 Tiere sind bei uns tatsächlich auf der Weide. Und zum anderen ist es so, die Landesforschung hat mich noch mal gebeten zu sagen, was es denn bedeuten würde, wenn das geschieht, was Sie da vorhaben, wenn diese Tiere alle auf die Weide müssten, wir aber noch unsere Werke hätten, die wir zum Glück haben in diesem Lande. Das würde bedeuten, dass die Milchproduktion auf 6.700 – runde Zahl – Kilogramm absinken würde. Das bedeutet, wir müssten den Tierbestand um 78.000 Tiere anheben,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Es ist doch zu viel Milch da.)

und das würde bedeuten, dass wir diese Produktion dann aus dem Marktfruchtbereich herausnehmen würden. Das würde einen Verlust allein in den Marktfruchtbetrieben von 215 Millionen Euro ausmachen. Also das sind die sogenannten Milchmädchenrechnungen der GRÜNEN,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir haben hier
konkrete Vorschläge gemacht.)

die ich nicht nachvollziehen kann und die auch die Landwirtschaft nicht verdient hat.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist unser Antrag.)

Und wenn Sie auf der MeLa wieder gesehen haben, mit welcher Liebe – Sie können da irgendwelche Zettel hochheben, wie Sie wollen –, mit welcher Liebe die Landwirte auch Zucht aus Leidenschaft, Zucht aus Leidenschaft vorgestellt

haben, auf Langlebigkeit, Robustheit und auf Leistung, dann, muss ich schon sagen, ist durch das, was Sie hier immer wieder der Öffentlichkeit versuchen weiszumachen,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Haben Sie mir zugehört?)

eigentlich vollkommen klar, Sie haben ein dezidiertes Feindbild gegenüber der Landwirtschaft.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir wollen die Milch
weiterhin hier produziert sehen, statt
sie nur vom Weltmarkt zu importieren.)

Das ist so,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ein dezidiertes Feindbild gegenüber der Landwirtschaft, aber das geben Sie zum Teil ja auch unumwunden zu.

Im Übrigen, auch diese Aufforderung von Frau Gerkan, die ich noch nicht einmal in unserem Agrarausschuss gesehen habe – ich weiß nicht, vielleicht sagt Herr Professor Tack nachher was dazu oder Thomas Krüger, ich habe Frau Gerkan noch nicht einmal, jedenfalls, wenn ich da war, im Agrarausschuss gesehen –, wenn ich dann höre, ich soll mich doch jetzt mal kümmern und man kann das doch nicht alles so durchgehen lassen, dann muss ich ganz ehrlich sagen, ich hatte selber schon in weiser Voraussicht im Dezember alle Milchverarbeitenden Unternehmen und vor allen Dingen auch die Vermarktungsebene am Tisch, und ich glaube, dass daraus richtige Schlüsse gezogen worden sind.

Ich will an dieser Stelle auch betonen, das Land Mecklenburg-Vorpommern hat, und da haben die anderen Länder noch nicht mal darüber nachgedacht, bereits sein Bürgerschaftsprogramm aufgelegt, im Übrigen notifiziert. Fragen Sie mal die anderen Kollegen, ob sie ein Bürgerschaftsprogramm aufgelegt haben! Die haben alle keins.

Wir haben zum Zweiten, auch in Abstimmung mit der Finanzministerin, ausdrücklich darum gebeten, Liquiditätsengpässe zu überbrücken im Rahmen von Steuererstattung beziehungsweise Vorauszahlung zu nutzen, und auf der anderen Seite sind wir mit dem Bürgerschaftsprogramm und mit dem Liquiditätsrahmen, den wir über die Rentenbank zur Verfügung stellen, sehr wohl dabei, hier zu helfen. Und auch das machen wir, dass Steuern und Neuberechnungen der Steuervorauszahlungen gestundet werden können für dieses laufende Wirtschaftsjahr.

Hinzu kommt, dass mittlerweile – auch das ist bei den Landwirten angekommen – die Stundung von Pacht auf Landesflächen selbstverständlich eingeräumt werden kann. Ich habe mich auch an die BVVG gewandt, sodass wir hier helfen können.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die Maßnahmen, die wir im Lande machen können,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist wichtig,
aber das ist Symptombekämpfung.)

und andere Mechanismen haben wir nicht.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Was ist Ihr Konzept?)

Und jetzt kommt das andere hinterher.

Gucken Sie sich die Anträge an, die hochgeladen sind zur nächsten Agrarministerkonferenz, die in der kommenden Woche stattfinden wird! Es ist so, seit Jahren predige ich, wir müssen weg von der Quote, die Quote wird nicht wiederkommen. Ich sage, wir brauchen mit den Molkereien ein mengengesteuertes System, nämlich insofern, dass der Landwirt ganz klar weiß, wie viel Milch kann er zu welchem auch klar vereinbarten Preis liefern, klar vereinbarter Preis, Absprachen gibt es da bis heute nicht.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Und auf der anderen Seite sage ich auch, die Andienpflicht, die es heute nach dem Genossenschaftsgesetz gibt und die in den Satzungen der Genossenschaft drinsteht, das vollständige Andienungsrecht oder die -pflicht, die werden wir versuchen aufzuheben,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sehr schön. Da sind wir doch
auf einem gemeinsamen Weg. Sehr schön.)

um damit mehr Druck auf die Molkereien zu machen, insbesondere auf die genossenschaftlichen, um damit den Landwirt als einen fairen Partner im Verhandlungsbereich gegenüberstehen zu lassen. Und ich hoffe ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Eine Quote durch ein mengen-
gesteuertes System zu ersetzen, ist das Gleiche.)

Natürlich gibt es ein mengengesteuertes System.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, aber eine Quote
durch ein mengengesteuertes System
zu ersetzen, ist das Gleiche.)

Nein, ist es eben nicht, ist es eben nicht. Damit muss man sich wirklich auseinandersetzen, so, wie Sie das in der Windkraft, glaube ich, als ernst zu nehmender Partner machen. Wenn Sie sich auch mit dem Thema intensiv auseinandersetzen würden, dann kann man damit klarkommen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich versuche, das zu verstehen.)

Wir haben heute ein Mengengerüst in den Molkereien, und dieses System stimmt nicht.

Ich sage hier noch mal, ich glaube, dass wir zu einem System von einem gesteuerten Prozess kommen, denn wir können nicht wie in der Energie- oder in der Automobilindustrie plötzlich mal eben eine Kuh abstellen. Das funktioniert eben nicht. Und deswegen braucht man ein strategisch ausgerichtetes Mengengerüst, das dazu führt, dass wir einen auskömmlichen, kostendeckenden Preis bekommen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das werden wir auf der Fachebene weiter diskutieren. Und ich sage hier auch ausdrücklich, dass ich dafür plädiere, dass die 69 Millionen – auch da gibt es von den GRÜNEN ja die verschiedensten Vorschläge, natürlich sind 69 Millionen für Deutschland viel Geld, aber ich sage an dieser Stelle auch, in der letzten Krise 2008/2009 waren es 750 Millionen Euro, die insgesamt in dem Bereich der Milchviehhaltung bereitgestellt worden sind, wir haben jetzt 69 Millionen –, ich sage hier und heute, erstens, ich plädiere dafür, dass dieses Geld nach dem ELER-Schlüssel verteilt wird. Da bin ich gespannt, wie Sie nachher darauf reagieren, und zum anderen bin ich natürlich auch gespannt, was meine Kollegen sagen, dann kriegen wir nämlich einen Anteil von zehn Prozent. Auf der anderen Seite, glaube ich, sollte alles darangesetzt werden, dass wir jetzt Liquiditätshilfen in die Betriebe bekommen, denn die haben ein Eigenkapitalproblem.

Im Übrigen, Sie predigen immer von mehr Tierwohl, mehr Tierartgerechtigkeit. Jetzt haben wir das gemacht

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ah, ja, ja, ja, ja!)

und haben in moderne Stallanlagen investiert, modernste Stallanlagen, was hochgradig in ganz Deutschland und Europa anerkannt wird, weil wir in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den neuen Ländern die modernsten, tierartgerechtesten Haltungssysteme haben, nun ist es auch wieder nicht richtig, nun sind sie wieder zu groß oder zu klein

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder zu wenig oder was auch immer. Da müssen Sie sich schon mal irgendwie festlegen.

Deswegen plädiere ich ganz klar, dass die 69 Millionen insgesamt in ein Liquiditätshilfeprogramm eingegeben werden, aus dem dann nach dem ELER-Schlüssel landwirtschaftliche Unternehmen profitieren, und das ausdrücklich sowohl für Milch, für Schwein oder auch für diejenigen, die in den letzten Jahren sehr stark investiert haben, denn hier sind immerhin noch Menschen beschäftigt. Wir haben eine Wertschöpfungskette und wir haben die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, dass diese Unternehmen auch am Markt weiter existieren können, wenn sie sich denn auf diese Wettbewerbsfähigkeit einstellen können.

Insofern, glaube ich, ist es so, dass wir – noch mal! – ausdrücklich sagen, wir wollen eine Gleichberechtigung der Familienbetriebe mit den größeren Unternehmen. Und ich sage auch, bei den Förderkonditionen, auch das ist ja immer wieder ein Anstoß, der von den GRÜNEN kommt, so nach dem Motto, wir sollten hier den GV-Schlüssel einziehen, den haben wir längst eingezogen. Bei uns werden doch nur noch Betriebe gefördert, die den GV-Schlüssel von 2 nicht überschreiten, sodass damit eine Qualitäts-offensive längst am Markt ist.

Wenn Sie dann hier mal eben so Ideen dahinwerfen, nach dem Motto, wir sollen doch mal eine Marke, eine Regionalmarke in Direktvermarktung vorantreiben, glaube ich schon, dass Sie erkennen müssen, dass die Molkereien und auch die Vermarktungseinrichtungen sich sehr wohl regionale Produkte wünschen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wo ist denn die Milch
aus Mecklenburg-Vorpommern?)

Auf der anderen Seite haben wir selbstverständlich Frischmilch aus diesem Lande, wir haben eine große Molkerei mit Hansano beziehungsweise heute Arla,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und wir haben selbstverständlich mit der Gläsernen Molkerei in Dechow auch eine größere Biomolkerei, die Frischmilch anbietet. Ich freue mich sehr darüber, dass mittlerweile zunehmend Landwirte die Milchtankstellen für sich entdeckt haben, die wir auch gefördert haben. Wenn Sie auf der MeLa gewesen wären, dann hätten Sie unter anderem Hof Denissen gesehen

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau, habe ich
gesehen. Ich war auf der MeLa.)

oder Sie hätten von dem Betrieb hier in der Nähe von Schwerin die frische Milch mitnehmen können. Da haben Sie sich hoffentlich frische Milch fürs Wochenende mitgenommen.

Insofern, glaube ich, müssen Sie auch erkennen, eine echte Marke zu kreieren, das kostet Millionen, Milliarden. Das sind so die Hirngespinnste, die Sie auf den Markt bringen. Damit kommen wir nicht weiter, sondern ich glaube sehr wohl, dass wir auch als Erstes ausdrücklich alles daransetzen müssen, dass wir weitere Märkte erschließen.

Mein innigster Wunsch ist, dass möglichst schnell die Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden und wir schrittweise in eine Normalisierung der Beziehungen eintreten. Für mich wäre es ein erster Schritt, dass wir mit den Lebensmitteln anfangen. Wie ich aus der Öffentlichkeit und der Weltöffentlichkeit höre, taut das Eis zwischen Amerika und Russland und zwischen Deutschland und Russland sowieso, dann wäre das ja ein erster Schritt.

Zum Zweiten glaube ich, die chinesischen Märkte sind nach wie vor sehr, sehr interessant für Deutschland und auch für die Qualitätsprodukte, im Übrigen gerade im Bio-bereich, sodass es hier interessante Entwicklungen geben könnte.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen weise ich darauf hin, es gibt erste Lichtzeichen am Horizont, im November 2014 haben wir im Vergleich zu Mai immerhin 4,5 Prozent weniger Kuhhalter in Deutschland, und das bedeutet, dass tatsächlich weniger Milch produziert wird. Das Grundproblem ist ausdrücklich, wir haben eine Überproduktion von 6,2 Millionen Tonnen in Europa gehabt im letzten Jahr, wir haben eine Überproduktion in Neuseeland, in Amerika und in Übersee insgesamt gehabt. Dieses wird jetzt reduziert, die Bauern scheinen zu reagieren, und dies führt aus meiner Sicht hoffentlich dazu, dass wir im ersten Halbjahr 2016 zu einem deutlichen Anstieg der Preise kommen.

Dann abschließend noch etwas: Ich glaube persönlich auch, dass die Aussage, die Sie getroffen haben, grundsätzlich richtig ist. Ich glaube, dass die ganz breite Mehr-

heit der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland bereit ist, für Lebensmittel mehr Geld auszugeben,

(Regine Lück, DIE LINKE: Auf jeden Fall.)

wenn sie denn erkennen, dass das Geld die Kosten wirklich deckt und zu einem Erhalt der Landwirtschaftsbetriebe beiträgt, die modern, zukunftsfähig sind und mit artgerechten Tierhaltungsverfahren umgehen, dass dieses Geld dann auch ehrlich dort unten ankommt. Deswegen habe ich ja die Initiative ausgerufen „regional fair gehandelte Produkte“, denn das, was die großen Lebensmitteleinzelhändler machen, ist, sie propagieren: „Wir lieben Lebensmittel“, und treten die Bauern und die Landwirtschaft mit Füßen. Das geht so nicht weiter.

Deswegen hoffe ich, dass wir hier weiterkommen. Da sind wir in sehr intensiven Verhandlungen und auch in neuen Marktsegmenten, also die Landwirtschaft für die artenreiche Umwelt unter anderem oder mit einem Weideprogramm, das wir im nächsten Jahr auflegen werden, oder letzten Endes auch zur Hilfe und Unterstützung der Schweinehalter, dass wir mehr Platz anbieten werden, sodass letzten Endes damit ein Ausgleich für die Landwirte bereitgestellt wird.

Ich glaube, dass wir abschließend erkennen können, dass aufgrund der hohen Qualität, die wir in Deutschland bereitstellen – auch die Zuchtziele gehören dazu, Gesundheit und Robustheit, aber letzten Endes auf Leistung ausgerichtet –, dass wir alles daransetzen müssen, dass unsere Betriebe, die in den letzten Jahren nach der Wende immenses Geld investiert haben, wo wir fast keine Insolvenzen gehabt haben, dass wir diesen erfolgreichen Weg dieser wichtigen Branche, der Land- und Ernährungswirtschaft, nicht schlechtreden. Dort, wo es Kritik gibt, kann man das gerne tun, da müssen die Dinge auch abgestellt werden, aber ansonsten sind wir ein Agrarstandort, der seinesgleichen sucht. Und ich lasse auch nicht zu, dass Sie immer wieder versuchen, die Landwirte unter Generalverdacht zu stellen. Ich lasse das nicht zu.

(Zuruf aus dem Plenum: Wir auch nicht. –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist auch eine Unterstellung!)

Und deswegen auch zum Abschluss noch mal:

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gucken Sie sich mal an, was in der vorletzten Woche in Hannover, Sie wissen das wahrscheinlich, abgelaufen ist! Gucken Sie sich das einfach an und dann prüfen Sie mal, welche Auffassung Sie hier vertreten!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Schlupp von der CDU-Fraktion.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einem durchschnittlichen Auszahlpreis von 25 Cent pro Kilogramm ist die Situation in den milchviehhaltenden Unternehmen unseres Landes sehr angespannt. Auch die leistungsfähigsten Unternehmen sind nicht mehr in der Lage, die Kosten für die Milchproduktion aus den Erlösen

zu decken. Gründe für die aktuelle Krise liegen zum einen in der gesteigerten Produktion, die durch den Wegfall der Milchquote möglich wurde, und zum anderen im Wegbrechen der Märkte in Asien und Russland. So geht der Bauernverband davon aus, dass allein aufgrund des Russlandembargos 4 Cent je Kilogramm Milch am Auszahlungspreis fehlen.

Mit der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik ist ab diesem Jahr die Milchmarktordnung entfallen. Die Quotierung der Milchmenge gehört der Vergangenheit an. Viele Milchbauern bedauern das vor dem Hintergrund der aktuellen Milchkrise, andere betrachten die Situation als Herausforderung, die zu einer notwendigen Marktberreinigung führen wird. Seitens der Europäischen Kommission und der Bundesregierung wurde bereits deutlich gemacht, dass es kein Zurück zu einer Mengenregulierung geben wird.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Quote die Landwirte auch vor fünf Jahren nicht vor dem Zusammenbruch des Milchmarktes bewahrt hat. Auch dieses Mal ist die Überproduktion von Milch für den drastischen Preiseinbruch mit verantwortlich. Dass im vergangenen Milchwirtschaftsjahr 900 Millionen Euro an Superabgabe gezahlt wurden, verdeutlicht die Misere.

Betroffen sind allerdings – Sie hatten es jetzt auch ausgeführt, aber aus Ihrem Antrag geht das nicht hervor – nicht nur vor allem kleine und mittlere Betriebe, wie der Antrag es unterstellt, sondern auch diejenigen Betriebe, die in die Milchviehhaltung investiert haben und die Abschaffung der Milchmarktordnung als Chance nutzen wollten. Sie haben für die Investitionen in mehr Tierwohl und die Schaffung von Arbeitsplätzen nach wie vor ihre Tilgung und Zinslast, aber auch die Arbeitserledigungskosten zu tragen.

Hinsichtlich der von Ihnen favorisierten Weidehaltung möchte ich darauf verweisen, dass meine Fraktion bereits seit längerer Zeit vehement ein Weideprogramm gefordert hat. Klar ist aber auch, dass Geld, das im Rahmen der Umweltprogramme zur Verfügung steht, nur einmal ausgegeben werden kann.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Deshalb freue ich mich umso mehr über die Ankündigung des Landwirtschaftsministers auf der MeLa, noch in diesem Jahr ein Sommerweideprogramm auflegen zu wollen.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Allerdings komme ich auch an dieser Stelle nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass nach wie vor ungeklärt ist, wie die Weidehaltung in den Wolfsgebieten unseres Landes praktikabel und wirtschaftlich organisiert werden kann. Und ich meine damit nicht nur mögliche Übergriffe auf Kälber, auch die Beunruhigung von Milchkühen oder Stress schlagen sich auf die Milchleistung der Tiere nieder.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wie viele Wölfe haben wir
denn bei uns? – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Wenn ich ganz genau wüsste, wie viele es sind, würde ich mich wohler fühlen,

(allgemeine Unruhe – Stefan Köster, NPD:
Sie sind in Lebensgefahr.)

aber ich gehe davon aus,

(Minister Dr. Till Backhaus: Das kann ich Ihnen nachher gleich sagen.)

dass die offiziellen Zahlen durchaus nicht dem entsprechen, was man so von Leuten hört, die eigentlich örtlich damit auch häufig zu tun haben.

Aber wieder weg von dem Thema, vielleicht können wir ja auch ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie können ja mal die Braunbären thematisieren, das kann auch noch kommen.)

Wollen wir jetzt über den Antrag sprechen? Wir können auch gerne über den Wolf sprechen, da bin ich auch vorbereitet.

(Glocke der Vizepräsidentin – Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ja, ja.)

Sehr geehrte Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

(Glocke der Vizepräsidentin – Heinz Müller, SPD: Und falsch gehaltene Hunde auch.)

Sie haben zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung der bäuerlichen Milchviehhaltung aufgeführt. Für viele der Maßnahmen sind wir als Landtag Mecklenburg-Vorpommern nicht zuständig oder wir können aufgrund der Eigenverantwortung der genossenschaftlich organisierten Milchviehhalter nicht darauf einwirken.

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Inwieweit ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Schlupp, einen kleinen Moment!

Also,

(allgemeine Unruhe)

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich denke, es geht hier um ein ernsthaftes Thema. Belassen wir es jetzt dabei. Es ist der vorletzte Tagesordnungspunkt

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Liskow stört hier immer.)

und lassen Sie Frau Schlupp bitte aussprechen. Ansonsten gibt es draußen noch eine Lobby,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wenn man jetzt der Ernsthaftigkeit hier nicht mehr zuträglich ist.

Frau Schlupp, Sie haben das Wort.

Beate Schlupp, CDU: Danke schön.

Ich möchte mich jetzt wirklich inhaltlich damit auseinandersetzen und diejenigen, die Interesse haben, werden ja vielleicht dann auch zuhören wollen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Inwieweit die Produktion von Biomilch, Weidehaltung, gentechnikfreie Fütterung oder die Haltung von robusten Rassen die aktuelle Situation der Milchviehbetriebe in unserem Land verbessert, erschließt sich mir nur schwer, denn wir reden ja von „Milchkrise überwinden“.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Ich habe mich natürlich im Vorfeld der Debatte auch in Dechow erkundigt, und das, was ich im Folgenden ausführe, habe ich mit den Verantwortlichen in Dechow besprochen. Und es ist so, der Preis für Biomilch ist derzeit erheblich über dem der konventionell erzeugten Milch und er ist in den letzten Jahren relativ stabil. Allerdings wurde mir auch gesagt, der Biomilchmarkt ist ein Nischenmarkt und wird von Dechow derzeit mit 2 Prozent beziffert. Deshalb eignet er sich auch nicht zur Lösung der aktuellen Krise.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aktuell hat Deutschland in diesem Markt einen Selbstversorgungsgrad von circa 70 Prozent. Wenn also mehr als 30 Prozent Biomilchmenge in Deutschland hinzukommen, droht auch hier ein Preisverfall, der nicht so schnell durch Nachfragesteigerung kompensiert werden kann.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann in diesem Markt eine dauerhaftere Sättigung erreicht werden wird, ist schwer zu ermitteln. Sicher ist allerdings, dass nicht alle Verbraucher, die in Umfragen bereit zu sein scheinen, für Bioprodukte mehr auszugeben, dies beim Einkauf auch tatsächlich tun. Zudem sinkt die Bereitschaft, mehr zu bezahlen, bei Überschreiten eines bestimmten Unterschiedsbetrages überproportional. Darüber hinaus ist eine solche Umstellung für die meisten Milcherzeuger nicht wirtschaftlich, da neben notwendigen Umbaukosten bei niedrigerem Tierbesatz, höheren Lohnkosten und niedrigerer abgelieferter Milchmenge auch die Umstellungsphase liquiditätsmäßig unteretzt werden muss. Hinzu kommt das Risiko, dass bei zu vielen Umstellern der Preis für Biomilch sinken würde und in diesem Segment dann eine Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben wäre.

Inwieweit der Aufbau genossenschaftlich organisierter Kleinmolkereien mit der Stärkung der Marktmacht der Erzeuger einhergehen kann, das müssen Sie, sehr geehrte Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – ich denke mal, Sie, Frau Dr. Karlowski, im Speziellen –, doch näher erklären,

(Egbert Liskow, CDU: Das kann sie nicht.)

denn auf den ersten Blick schließen sich diese Forderungen aus. Wenn Sie dann die Schaffung eines funktionierenden Rohmilchmarktes anregen, fehlen mir entsprechende nähere Erläuterungen, von welchem Markt Sie

sprechen – Weltmarkt, europäischer Markt, deutscher Markt, Markt in Mecklenburg-Vorpommern –

(Egbert Liskow, CDU, und
Peter Ritter, DIE LINKE: Mediamarkt.)

und mit welchen Instrumenten Sie einen solchen funktionierenden Markt etablieren wollen, um mich ernsthaft mit dieser Forderung auseinandersetzen zu können.

Auch der Wegfall der Andienungspflicht ist ein altes Thema, das im Übrigen bei entsprechenden Mehrheiten von den Genossenschaftsmitgliedern über Satzungsänderung selbst umgesetzt werden könnte. Von daher ist allenfalls der Titel des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ambitioniert. Der Antrag selbst bleibt die notwendigen Antworten schuldig.

Meine Fraktion, die nicht für sich in Anspruch nimmt, mit Vorschlägen die aktuelle Milchkrise kurzfristig beenden zu können, ist der Auffassung, dass die Superabgabe von 900 Millionen Euro genutzt werden sollte, um die existenzgefährdenden Preise zu kompensieren. Gleichzeitig unterstützen wir die bereits vom Landwirtschaftsminister aufgeführten Maßnahmen hinsichtlich der Liquiditätssicherung der Betriebe.

Problematisch ist für uns allerdings, dass die Landesregierung auf der einen Seite liquiditätssichernde Maßnahmen auf den Weg bringt, auf der anderen Seite jedoch die Pachten für landwirtschaftliche Nutzflächen des Landes erhöht werden sollen. Hier sollte ein Überdenken der Preispolitik zugunsten der Veredlungsbetriebe in unserem Land erfolgen.

Weiterhin stellt meine Fraktion erneut die Forderung zur Einführung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage in den Raum. Wenn auch der Bundesfinanzminister dieses Ansinnen bereits abgelehnt hat, so muss diese Forderung immer wieder erhoben werden, um den Landwirten die Möglichkeit zu geben, gewisse Risiken steuerlich zu kompensieren. Zudem sollten die Beratungsleistungen in Sachen Risikomanagement unter Berücksichtigung der Ergebnisse der EU-Milchmarktbeobachtungsstelle forciert werden.

Sie sehen also, wir haben keine schnellen Lösungen, aber längerfristig wären diese Vorschläge aus unserer Sicht durchaus geeignet, die Situation der Milcherzeuger zu stabilisieren. Die Milchkrise aber zum Anlass zu nehmen, um bekannte grüne Forderungen einmal mehr einer breiteren Öffentlichkeit zu unterbreiten, das werden wir nicht unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vielleicht sind Sie ja lernfähig.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN greift der Landtag heute ein Thema auf, das die öffentliche Diskussion der letzten Wochen und Monate in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland und in der Europäischen Union bestimmte und immer noch weiter bestimmt. Dieses war

auch ein Hauptthema, der Minister hat es bereits angeführt, auf der MeLa, wo es um den Zwiespalt zwischen Markt und Regulierung ging.

Meine Damen und Herren, Sie haben sicher alle noch die Bilder von blockierten Autobahnen in Frankreich, von Protesten vor Lebensmitteldiscountern in Teterow, von der Demonstration der Milchbäuerinnen und Milchbauern in München, aber auch – leider – von brennenden Autoreifen, von einem Polizeieinsatz mit Wasserwerfern und Tränengas und vom lahmgelegten Europazentrum in Brüssel vor Ihren Augen. Europaweit protestieren die Landwirte gegen ruinöse Rohmilchpreise, gegen die Marktmacht des Einzelhandels und der Molkereien. Und diese Proteste gehen weiter und werden sich sicher noch einmal verschärfen, denn eine kurzfristige Lösung – das war schon angeführt worden – ist nicht in Sicht.

Es werden Forderungen an die Politik lauter, in den nicht mehr funktionierenden Milchmarkt einzugreifen. Die Rede ist auf der einen Seite von der Wiedereinführung der Milchquote oder auch von freiwilliger Reduzierung der Milchproduktion mit einem entsprechenden finanziellen Ausgleich. Neue Märkte sollen mit einer Exportoffensive erschlossen werden, die Sanktionen gegen Russland im Zuge der Ukraine Krise und damit das Einfuhrverbot für Lebensmittel gelockert und aufgehoben werden, was ich ausdrücklich unterstützen würde. Andererseits fordert der Bauernverband im Bund und auch im Land das Festhalten an der Abschaffung der Milchquote, dafür aber direkte finanzielle Hilfen des Staates für die Milchbauern.

Brüssel macht Geld locker. 500 Millionen, das hört sich außerordentlich viel an,

(Egbert Liskow, CDU: Das ist auch viel.)

aus meiner Sicht ist das aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn nicht nur die europäischen Milchbauern möchten davon etwas abbekommen. Gleichzeitig mit der Milchkrise haben wir es momentan mit einem dramatischen Preisverfall auf dem Markt für Schweine- und Rindfleisch zu tun. Die europäischen Obst- und Gemüsebauern stecken ebenfalls in der Krise.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Auch sie sollen aus diesem 500-Millionen-Euro-Topf bedient werden. Man möge sich ausrechnen, was dann bei einem Milchbauern ankommt oder was für eine Milchkuh bezahlt werden kann. Auch das jetzt in der Presse veröffentlichte Angebot von Lidl, 5 Cent für Trinkmilch mehr zu zahlen ab 1. Oktober, ist meiner Meinung nach eine Mogelpackung,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn wie groß ist der Trinkmilchanteil an der gesamten Milchproduktion? Und außerdem wird es in erster Linie dem Unternehmen Lidl nützen. Es ist eine Marketing-offensive, die hier gemacht wird.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, das denke ich auch.)

Meine Damen und Herren, gleichzeitig mit dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage steht die Landwirtschaft in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern häufig am

Pranger. Einige Tierschutz- und Umweltverbände sprechen von Turbo- oder Wegwerfkühen, mit denen die Bauern flächendeckend Milch produzieren. Allen anderen Zweigen der Tierhaltung werden häufig ebenfalls tierquälerische Produktionsverfahren vorgeworfen. Deutschlandweit wird eine stark emotionalisierte, häufig aber nicht sachgerechte Debatte um die Zukunft der Landwirtschaft geführt.

Die Fraktion DIE LINKE und ich persönlich treten für eine Versachlichung dieser Debatte ein. Das bedeutet, dass Politik, Wissenschaft, Bauern, Verbraucherorganisationen sowie Umwelt- und Tierschutzverbände miteinander und nicht übereinander reden müssen. Das bedeutet aber auch, dass alle – ich unterstreiche das: alle! – Argumente gehört und zugelassen werden.

Die Perspektivkommission Mensch und Land unter Leitung von Professor Metelmann ist für mich genau der richtige Ort, genau das richtige Gremium, um zu einem Masterplan Land- und Ernährungswirtschaft für unser Land zu kommen. Diese meine eben geäußerte Meinung wiederhole ich heute sehr gerne, weil ich das schon oft getan habe. Allerdings wird die Perspektivkommission uns leider in der derzeitigen aktuellen Milchkrise nicht weiterhelfen können.

Ich verstehe Ihren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, als einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte.

(Egbert Liskow, CDU: Das erzählen Sie mal den GRÜNEN!)

Hinter dem Feststellungsteil, der die herausragende Bedeutung der Milchviehhaltung in Deutschland betont und kurz die derzeitige Lage auf dem Milchmarkt beschreibt, können sich sicher alle demokratischen Faktionen dieses Hauses versammeln.

Das kann ich mir allerdings für Ihre Aufträge an die Landesregierung nicht vorstellen. Sie wollen, dass die Landesregierung den „Erhalt der bäuerlichen Milchviehhaltung“ mit verschiedenen Maßnahmen unterstützt. Da gilt es für mich zuallererst zu klären, was Sie unter „bäuerlicher Milchviehhaltung“ verstehen und an wen sich die Unterstützung des Landes richten soll. Wenn Sie damit meinen, dass Mecklenburg-Vorpommern nur noch familiengeführte Betriebe unterstützen soll, dann widerspreche ich Ihnen hier sofort.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Familiengeführte Betriebe, gleich welcher Größe, sind ein wichtiger Bestandteil der hiesigen Landwirtschaft. Das ist sicher völlig unbestritten, aber für meine Fraktion ist auch klar, dass Betriebe anderer Eigentumsformen – vor allem genossenschaftlich organisierte Betriebe, die ja auch Mehrfamilienbetriebe sind – ebenfalls Unterstützung in der derzeitigen Situation brauchen.

Es war darauf hingewiesen worden, dass heute an verschiedenen Stellen im Lande Frischmilch gekauft werden kann. Das will ich auch unterstreichen. Es ist vielleicht noch zu wenig. Hof Denissen war genannt worden, es war genannt worden die Agrargemeinschaft Holthusen hier vor den Toren von Schwerin, und ich kann noch dazu beitragen, ganz in der Nähe von Rostock, Broder-

storf, da gibt es auch einen solchen Hof. Aber das ist eine Nische.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das kommt nicht bis zu uns in den Supermarkt. – Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Die in Punkt 1 Ihres Antrages genannten Einzelmaßnahmen finde ich durchaus unterstützenswert, allerdings muss auch hier von Ihnen geklärt werden, was Sie unter „Haltung robuster Rassen“ in Punkt 1.a) verstehen. Hier wiederhole ich mich auch gerne: Sind es Galloways, Salers oder ist es das Fleckvieh? Für meine Fraktion und für mich steht ein Zweinutzungsstier im Fokus.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Super!)

Das einseitige Setzen auf immer höhere Milchleistungen bei der Züchtung, wie es von Ihnen beklagt wird, ist auch für uns nicht der richtige Weg.

Allerdings sieht die Realität in Mecklenburg-Vorpommern schon etwas anders aus. Der von der RinderAllianz beschrittene Weg mit dem einzigartigen Testherdenprogramm mit 60.000 Kühen – mit 60.000 Kühen! – und 85 Testherden in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sowie neuerdings auch in Sachsen-Anhalt sowie mehr als 2,7 Millionen Einzeltierdaten hat bereits zu einer Veränderung der Zuchtziele geführt, hin zu mehr Tiergesundheit, etwas geringerer Milchleistung, aber deutlich höherer Nutzungsdauer. Ab Frühjahr 2016 werden Kriterien für die Klauengesundheit verfügbar sein und in die Zuchtziele einfließen. Das wird auch auf diesem Gebiet zu einer Verbesserung führen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Durch die Landesforschung gemacht.)

Das ist richtig.

Wer es wollte, konnte sich darüber auf der MeLa sowohl am Stand der Landesforschung als auch bei der RinderAllianz informieren. Ich hatte mit Frau Dr. Krüger von der RinderAllianz ein sehr langes Gespräch zu dieser Frage. Pauschale Kritik am diesjährigen Tier der MeLa, dem Deutschen Holsteinrind, war und ist dabei meiner Meinung nach nicht hilfreich.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Tietböhl wurde kritisiert.)

Das grenzt für mich schon eher an eine Realitätsverweigerung.

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Tietböhl wurde kritisiert.)

Ich bitte alle, die sich um die Zukunft der Milchtierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern Sorgen machen, die vielen Verbesserungen wahrzunehmen, die es in den letzten beiden Jahrzehnten gegeben hat. Die heutige Situation ist in keiner Beziehung damit zu vergleichen, wie die Zustände vor und um 1990 herum waren. Es ist eine große Leistung der Landwirte, der Züchter, aber auch unserer Landwirtschaftsverwaltung. Dafür kann man nur

herzlichen Dank sagen. Es hat aber auch riesige Investitionen bedeutet, an denen viele Betriebe in der derzeitigen Situation verzweifeln können. Und hier müssen wir für die Liquidität sorgen.

Der zweite Punkt Ihres Antrages ist für meine Fraktion weniger problematisch, wenn wir an dieser Stelle auch zur Kenntnis nehmen sollten, dass hier schon viel in unserem Lande passiert ist. Aber natürlich könnte auch aus unserer Sicht noch mehr getan werden, wenn es um die Stärkung der Marktmacht der Erzeuger unserer Milch geht. Grundvoraussetzung ist allerdings – und das sage ich nicht zum ersten Mal –, dass die Milcherzeuger selbst erst einmal Einigkeit erzielen müssen. Es hilft nicht viel, wenn alle auf Teufel komm raus ihre Kühe melken und dann vom Nachbarn erwarten,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dann vom Nachbarn erwarten, dass er weniger produziert. Es hilft ebenso wenig, dass sich ökologische Milchproduktion und konventionelle Produktion gegeneinanderstellen. Es hilft auch nichts, wenn man keine Erzeugergemeinschaften nennenswerten Ausmaßes auf die Reihe bekommt.

Den Punkt 3 Ihres Antrages, der sich für eine Veränderung der Zuchtziele ausspricht, kann man natürlich befürworten, ich habe an anderer Stelle dazu schon Stellung genommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber selbst wenn alle Punkte Ihres Antrages umgehend erfüllt würden, selbst wenn der Trend zu mehr regionalen Produkten geradezu explodieren würde, selbst wenn kleine und regionale Molkereien aus dem Boden schießen würden – was ich mir überhaupt nicht vorstellen kann –, wird sich die Situation für unsere Milchbauern nicht schlagartig verändern.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee.)

Meine geschätzte Kollegin Dr. Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN, erklärte am 01.09.2015 anlässlich einer Demonstration der Milchbäuerinnen und -bauern in München, die kostendeckende Erzeugerpreise für ihre Milch forderten, ich zitiere: „Was wir jetzt brauchen ist eine Soforthilfe“

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

„und eine Abkehr vom Wachstumsdenken in der Milchpolitik.“

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

„Wir müssen die Betriebe unterstützen, die freiwillig Milch vom Markt nehmen. Vielen Betrieben steht das Wasser bis zum Hals. Gerade die Betriebe, die investiert haben, befinden sich nun in einer extrem riskanten Situation, denn die Schulden drücken ... Wir müssen aus diesem falschen System aussteigen. Eine auf den EU-Bedarf orientierte Milchproduktion wird gebraucht. Das geht nicht ohne eine Steuerung der Milchmenge, auch wenn Agrarminister Schmidt das vehement ablehnt. Massenproduktion ist keine Lösung, sondern das Problem. Die Erfahrungen mit der abgeschafften Milchquote zeigen,

dass ein solches System anfällig ist. Daher sollte es nicht wie die damalige Quote staatlich verkündet, sondern zwischen den Marktakteuren verbindlich vereinbart werden. Wenn Erzeuger, Verarbeiter, Molkereien, Handel und Verbraucher an einem Tisch sitzen würden, dann könnte nach dem realen Bedarf produziert werden. Steigende und letztlich kostendeckende Preise wären die Folge. Aus aktueller Sicht wären das 40 bis 50 Cent pro Liter. Die regionale Vermarktung und Verarbeitung zum Wohle der ländlichen Räume ist dabei zu stärken.“

Und weiter: „Diese Krise, bereits die dritte in sechs Jahren, ist hausgemacht. Der Milchmarkt wird liberalisiert, die Milchproduktion immer weiter gesteigert und die Agrarpolitik auf den Export ausgerichtet. Die Marktmacht des Handels und der Molkereien wird nicht begrenzt, und der Bodenmarkt bleibt für Spekulanten geöffnet. Das ist der falsche Weg.“ Ende des Zitates. Ich habe dem nichts Besonderes hinzuzufügen.

Meine Fraktion wird sich zum vorliegenden Antrag enthalten, der nur an einigen Symptomen der Milchkrise herumdoktert, keine Kritik am europäischen System Milch übt und den für uns extrem wichtigen Aspekt des Arbeitens und Lebens auf dem Lande gar nicht berücksichtigt. Das sind die sozialen Fragen der Milchkrise, die auch mit beachtet werden müssen.

Es sei noch einmal betont, die Fraktion DIE LINKE will mehr Tierhaltung, wir wollen regionale Kreisläufe und wir wollen eine regionale Wertschöpfung. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit mit dem Hinweis: Kaufen Sie regionale Milchprodukte in größerem Umfang! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder, der von uns auf der MeLa war – und da waren ja eine ganze Reihe von Abgeordneten –, jeder, der da durch die Gänge marschiert ist und sich mit dem einen oder anderen Landwirt unterhalten hat, ist am Thema Milch gar nicht vorbeigekommen. Die Situation, so, wie sie in den Betrieben ist, drückt, macht die Bauern sehr betroffen und zehrt am Ende auch an der Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe und der Inhaber. Das ist eine schlimme Situation und hier ist ja auch schon gesagt worden, dass es nicht nur die Milch betrifft, sondern dass es auch bei den Fleischpreisen, insbesondere beim Schwein, sehr bedenklich ist.

Natürlich, in jedem Gespräch, das wir dort hatten, wird die Frage gestellt: Was kann man tun? Was können wir machen? Wie kann die Situation verbessert werden? Wenn man sich der Frage nähert, dann muss man die Fragen stellen: Wie entwickelt sich denn der Milchpreis? Aus welchen Komponenten setzt er sich zusammen? Wo wird er gemacht? Wie passiert das Ganze?

Und wenn man sich mit dieser Frage beschäftigt, kommt man irgendwann darauf, dass der Milchpreis ein globaler Milchmarktpreis ist. Wer das nicht glaubt – da höre ich schon wieder Stöhnen und sehe Kopfschütteln –,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

wer das nicht glaubt, Frau Dr. Karlowski, gehen Sie mal auf www.milchtrans.de, da können Sie sich das angucken. Da können Sie sehen, dass es vor dem Jahr 2007 Exportinvestitionszuschüsse gab, und wenn Sie den deutschen Milchmarktpreis plus diese Exportzuschüsse nehmen, dann kommen Sie auf den Weltmarktpreis. Seit 2007 ist das, was der deutsche Milchmarktpreis ist, gleich dem Weltmarktpreis. Das mag man gut finden, das mag man schlecht finden, das ist einfach ein Feststellen der Realitäten, einfach ein Feststellen der Realitäten, und das ist die Grundlage, über die wir hier reden.

Nun stellt sich die Frage: Was ist zu tun? Was kann man machen? Ziel muss es ja sein, mehr Sicherheit für die Landwirte zu bekommen. Welche Möglichkeiten haben wir, was ist realistisch? Ich habe – so, wie sicherlich die anderen Kollegen auch – eine Reihe von Gesprächen geführt mit Landwirten, mit Erzeugern, mit allen möglichen Leuten und ich habe immer versucht mitzuschreiben, all die Dinge, die mir genannt worden sind, was die Lösung sein könnte. Ich will das in Kürze mal abhandeln.

Das Erste, was man mir gesagt hatte, ist, wir müssen uns vom Weltmarkt abkoppeln, indem wir Handelsschranken hochziehen. Meine Damen und Herren, mit einem abgeschotteten Markt, unabhängig vom Weltmarkt, werden wir nicht leben können und wollen. Wir sind exportorientiert, mit abgeschotteten Märkten würden wir uns selbst die Marktmöglichkeiten beschneiden und hätten auf dem eigenen Markt natürlich entsprechend mehr Milch, was wiederum den Preis nach unten treiben würde, es würde die Lage verschärfen, also keine realistische Option.

Die zweite Möglichkeit wäre, den Versuch zu starten, den Weltmarkt durch Produktionsmengen zu regulieren, ähnlich wie es die OPEC beispielsweise macht im Ölbereich. Mir fehlt der Glaube daran, dass so eine Möglichkeit am Ende auch real wird.

Dritte Möglichkeit ist die eines Risikoausgleichsfonds. Die Betriebe zahlen selbst ein, die Kollegin Schlupp hat das auch entsprechend hier schon gesagt, die Betriebe zahlen in den Fonds ein und in schlechten Zeiten können die Betriebe dann von diesem Fonds zehren. Das Problem dabei ist nur, dass die Branche fordert, dass das ein steuerfreier Topf sein soll, und der Bundesfinanzminister hat nachdrücklich gesagt, dass er einen steuerfreien Topf nicht zulassen wird. Hintergrund ist auch, dass es andere Branchen gibt – beispielsweise die Tourismuswirtschaft, die ja ähnlich von Risiken abhängig ist – und die Gefahr einfach besteht, dass dann, wenn man dieses Modell für die Landwirtschaft einführt, andere Branchen Gleiches fordern. Und genau deshalb sagt der Bundesfinanzminister, das geht so nicht. Aber aus meiner Sicht muss man an dieser Stelle weiterarbeiten, denn ein aufkommens-neutrales Modell

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

wäre durchaus etwas, dem ich mich nicht verschließen würde,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist es.)

also da an der Stelle ist zumindest ein Haken, an dem man weiterarbeiten kann.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Vierte Möglichkeit bestände, wenn der Staat am Markt intervenieren würde. Ich höre, dass Frankreich überlegt, diesen Weg zu gehen. Ich kann davor nur eindringlich warnen. In der Theorie ist es so, dass der Staat Milch und Milchprodukte aufkauft, um die Preise zu stützen, und in Zeiten, in denen es wieder vernünftige Preise gibt, diese Produkte auf dem Weltmarkt verkauft. Das ist aber eine Milchmädchenrechnung im klassischen Sinne, denn zum einen entsteht dann das in der EU, was wir nicht wollen, was wir schon mal hatten, nämlich Butterberge und Milchseen,

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

und zum anderen kann der Verkauf der eingelagerten Ware, der ja dann stattfindet, wenn die Markterholung ist, dann wiederum

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Den Preis drücken.)

zu einem Absenken der Preise führen. Wir sind uns da offensichtlich einig,

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hatten wir auch nicht vor.)

dass das offenbar nicht der Weg ist, den wir gehen sollten.

Fünfte Möglichkeit ist das Modell des BDM, des Bundes Deutscher Milchviehhalter. Ich habe das so verstanden, dass der BDM möchte, dass die Marktbeobachtungsstelle der EU aufgewertet wird. Ich habe das so verstanden, dass, wenn zu viel Milch/Milchprodukte auf dem Markt sind, es zu einer zweiprozentigen Reduzierung kommen soll am Markt und dass, wenn einige dennoch zu viel Milch abliefern, diese Betriebe in einen Topf einzahlen sollen, ähnlich der Superabgabe, und das Geld fließt dann an die Landwirte zurück, die sich an die reduzierte Ablieferung gehalten haben. Entstehen soll damit so eine Art temporäre Quote.

Um das Modell bewerten zu können, meine Damen und Herren, muss man sich mal ansehen, wie groß der Marktteilnehmer EU ist. Ich habe die Zahlen von 2013 gefunden. Danach erzeugen die EU-Staaten weniger als ein Viertel der weltweit produzierten Milchmenge. Bei einer Marktreduzierung von zwei Prozent entsteht damit eine Verringerung des Milchaufkommens von weniger als einem halben Prozent auf dem Weltmarkt, zu wenig, um den Preis nachhaltig zu beeinflussen.

Zudem werden die Konkurrenten dies sehr wohl wahrnehmen und gerne in die eine oder andere Lücke vorstoßen, um ihre eigene Überproduktion loszuwerden. Die Folge wäre eine Schwächung der europäischen Milcherzeuger als Marktteilnehmer, aber eben keine relevante Preisreduzierung. Übrigens haben wir genau das Ergebnis ja auch mit der Quote gehabt, die bis zu Beginn dieses Jahres existiert hat. Das hat nicht funktioniert und ich glaube auch nicht daran, dass es in Zukunft funktionieren wird.

Sechste Möglichkeit wäre, die 2007 auf null gesetzten Absatzhilfen wieder einzuführen. Das kostet viel Geld, es drückt zusätzlich die Weltmarktpreise in den Keller, auch aus diesem Grund sind die Absatzhilfen ja abgeschafft worden, also ein Weg, der wenig produktiv erscheint.

Siebte Möglichkeit: die vier Marktmonopolisten,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die es in Deutschland im Einzelhandel gibt und die den Markt beherrschen, ihrer marktbeherrschenden Stellung zu berauben. Meine Damen und Herren, ich glaube, politisch ist das ein Ziel, an dem man arbeiten sollte, wir brauchen da größere Vielfalt. Ich glaube auch, dass wir uns dabei weitestgehend einig sind.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube aber nicht daran, dass das letztendlich dazu führt, dass wir signifikant unterschiedliche Preise haben beziehungsweise steigende Preise haben. Das glaube ich einfach nicht.

Achte Möglichkeit wäre das Rückfließen der Superabgabe, ist hier auch schon genannt worden, 900 Millionen Euro.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 500.)

Das könnte den Landwirten eine Atempause verschaffen und die notwendige Liquidität schaffen. Und, meine Damen und Herren, was die Landwirte jetzt brauchen, ist Liquidität. Das ist so, die Landwirte brauchen Liquidität. Dazu hat der Agrarminister schon einiges gesagt. Das Land Mecklenburg-Vorpommern macht schon einiges, ich will das nur stichpunktartig wiederholen, das ist Steuerstundung, Pachtstundung da, wo das Land selbst Verpächter ist, oder Kreditbürgschaften für Betriebsmittelkredite. Meine Damen und Herren, das sind aber alles keine Rezepte, die den Milchbauern nachhaltig helfen können.

Zum Antrag der GRÜNEN: Aus meiner Sicht geht ein Teil des Antrags der GRÜNEN in die richtige Richtung, um Nischen bedienen zu können, eben leider nur, um Nischen bedienen zu können. Die Breite des Marktes werden wir damit nicht von der weltweiten Entwicklung abkoppeln können.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben hier im April schon einmal über Milch debattiert. Seinerzeit haben Sie beklagt, dass die Supermärkte sich aus dem Frischmilchmarkt zurückziehen. Wir können das beklagen, meine Damen und Herren. Ich habe Ihnen daraufhin die Zahlen zum Verbrauch aufgezeigt: Da, wo der Bedarf durch die Verbraucher immer geringer wird, reagieren die Märkte einfach, indem sie Produkte in oder in diesem Fall aus dem Markt nehmen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Deswegen ist das Marktwirtschaft.)

Und wenn der Bedarf nach Frischmilch immer geringer wird, dann wird die Supermarktkette, eine nach der anderen, sagen, es ist kein lohnendes Geschäft mehr, und wird das rausnehmen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist auch umgekehrt.)

Das ist leider so, das ist das Verbraucherverhalten, das ist der Markt.

Dann, Frau Dr. Karlowski, will ich noch auf das eine oder andere eingehen, was Sie hier gesagt haben. Sie haben gefragt: Wer hat den Landwirten versprochen, dass das immer nur gut sein wird? Niemand hat ihnen das versprochen. Niemand hat ihnen das versprochen. Ich will das so klar sagen. Sie haben die LMS kritisiert, ich sage Ihnen, fahren Sie mal hin, melden Sie sich an bei Herrn Majerus und lassen Sie sich die LMS und die Arbeit der LMS erklären! Die machen da eine hervorragende Arbeit, eine wirklich hervorragende Arbeit.

(Stefanie Drese, SPD: Genau. –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann haben Sie erneut davon gesprochen, dass die kleinen Betriebe effizienter arbeiten. Das haben Sie bis heute nicht erklären können. Das kommt hin und wieder vor.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was?)

Dann haben Sie gesagt, dass Landwirte erst nach Wochen der Milchablieferung den Preis erfahren. Ja, auch das halte ich für eine Sauerei, auch das halte ich für etwas, worüber wir irgendwann mal weiter reden müssen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sehen Sie mal,
da haben wir was gemeinsam!)

Das ist ein Punkt, den ich nicht für richtig halte, da muss man dran arbeiten.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Dann Ihre Forderung nach der Abschaffung der Andienpflicht: Meine Damen und Herren, die Andienpflicht, so, wie es sie heute gibt, gehört abgeschafft.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Mir hat ein Bauer erzählt, ein Landwirt erzählt, dass er zum Jahresende hin kündigen könnte und dann in zwei Jahren wechseln könnte.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Welche Molkerei wartet so lange auf ihn?

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Keine Molkerei.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, damit hat er nicht die Freiheit zu gehen. Ich sage aber im Gegenzug, genauso wichtig ist, dass wir

aufpassen müssen, dass wir, wenn wir sie abschaffen, nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Natürlich muss man da aufpassen.)

Denn heute, das ist die Gegenseite, hat der Landwirt die Sicherheit, dass jeder Liter Milch auch wirklich abgenommen wird.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tja.)

Die Sicherheit hat er.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die brauchen alle
Sicherheit. Logisch, logisch.)

Und wenn wir die Andienpflicht abschaffen, müssen wir ein System schaffen, wo weiterhin die Sicherheit für die Landwirte vorhanden bleibt.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Logisch.)

Wenn wir uns darauf einigen können, haben wir einen Punkt, über den wir weiter reden können.

Milch aus Mecklenburg-Vorpommern wollten Sie kennzeichnen.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, das wäre toll.)

Erstens sage ich Ihnen, auf jeder Packung Milch ist ein rundes Label, da steht drauf, wenn sie aus Mecklenburg-Vorpommern kommt, „M-V“. Es ist, es ist ...

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Für Eingeweihte sichtbar.)

Gehe ich drauf ein,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich würde es gern
ein bisschen größer haben.)

gehe ich drauf ein. Da haben Sie recht, es ist aber heute schon drauf.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will es einfach sagen, ich komme nachher ganz zum Schluss meiner Rede noch mal drauf, für Eingeweihte, was die Labels bedeuten und so weiter.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ja, ja.)

Ich sage Ihnen, dass wir in der Koalition auch darüber nachgedacht haben.

(Beifall Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, bravo!)

Ich weiß nicht mehr, ob die Initiative von meiner Fraktion kam oder ob die Kollegin Schlupp das ursprünglich war, ich weiß es nicht, wir haben auch mal über eine Art Label gesprochen. Das war nach einem Treffen des Landesmarketing, wo das Landesmarketing uns auch angesprochen hat. Das ist nicht so einfach, wie man sich das vorstellt. Sie müssen die Produkte zertifizieren lassen, das ist leider so in Deutschland, und Sie müssen vor der Zertifizierung Regeln aufstellen. Wie viel Prozent des Produktes muss denn Mecklenburg-Vorpommern sein?

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Logisch.)

Wenn die Früchte im Joghurt aus Schleswig-Holstein sind, ist es dann noch Joghurt aus Mecklenburg-Vorpommern? Und, und, und.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

Dann müssen Sie Kontrollen einführen. Schwieriges System.

Zweite Ebene in dem Ganzen, das musste ich auch lernen, ist, dass es EU-Regeln gibt, die so einfach nicht zu umschiffen sind, denn Sie dürfen Regionallabels machen für ganz besondere Produkte, wohl aber nicht in der Breite des Marktes,

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jaja.)

so habe ich das im Hinterkopf behalten. Also der Parmaschinken ist so ein Beispiel.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind Dinge, die man an dieser Stelle erst überwinden müsste, wenn man so etwas machen wollte.

Dann haben Sie uns erklärt, dass Sie kleine Molkereien wollen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die kleinen Molkereien – leider, ich sage Ihnen, leider – sind nach und nach kaputtgegangen.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Erdbeermilch hat es geschafft.)

Warum? Weil sie am Markt am Ende nicht bestehen konnten. Wie wir jetzt mit Steuergeldern kleine Molkereien aufbauen sollen, die bisher nicht am Markt bestanden haben, wie die dann in Zukunft am Markt bestehen sollen, auch da wäre mir wichtig, dass Sie in Ihrer zweiten Rede vielleicht noch mal drauf eingehen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das habe ich nicht verstanden.)

Ich habe es nicht verstanden.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich habe Ihre Frage nicht verstanden.)

Sie haben meine Frage nicht verstanden? Da kleine Molkereien nach und nach vom Markt verschwunden sind und Sie uns auffordern, jetzt mit Steuergeldern kleinen Molkereien beim Aufbau zu helfen, ...

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein.)

Ja, doch, das ist Ihr Antrag.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
„Steuergelder“ steht da nicht.)

... verstehe ich nicht, wie künftig diese kleinen Molkereien, die bisher am Markt nicht bestehen konnten, künftig am Markt bestehen können.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, das ist die Frage.)

Darauf müssen Sie noch mal eingehen, das habe ich nicht verstanden.

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch ein Beispiel im GRÜNEN-Antrag, das trägt als Vorbild, will ich ausdrücklich sagen, das ist die Biomilch. Die Biomilch hat sich vom Preis abgekoppelt. Und das hat nicht unbedingt etwas mit dem Weltmarktgeschehen zu tun. Also muss es ja Effekte geben, womit man sich vom eigentlichen, vom großen Weltmarktpreis abkoppeln kann.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist ein Irrglaube,
dass wir am Weltmarkt dranhängen.)

Sie nennen es Irrglaube. Gucken Sie sich die Zahlen an! Wenn Sie meinen, die Zahlen lügen, erheben Sie eigene Statistiken! Gucken wir mal.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich gucke es mir an.)

Die Frage ist ja, wie kann man das machen. Ich glaube, besondere Qualität bringt auch besonderes Geld, wenn die Menschen es erkennen. Ein Beispiel sind die Eier aus Bodenhaltung, als es noch die Legehennenbatterien gab.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig.)

Da waren die Menschen bereit, für mehr Tierwohl mehr Geld zu bezahlen. Es war aber auch für die Leute oder für die Menschen eindeutig erkennbar.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da sind wir ganz dicht beieinander.)

Und jetzt komme ich zurück auf das, was Sie sagten: Wer erkennt denn, dass es aus Mecklenburg-Vorpommern war? Ich bin der Überzeugung, dass die Vielzahl an Labels und Beschriftungen, die wir vorschreiben, die Leute am Ende mehr verwirrt als informiert.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na ja.)

Doch, da glaube ich fest dran.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Da haben wir wahrscheinlich
verschiedene Auffassungen.)

Es verwirrt sie, haben Sie ja selbst bestätigt.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Da haben wir
verschiedene Auffassungen.)

Wer weiß denn, dass „M-V“ heißt, dass die Milch aus Mecklenburg-Vorpommern kommt? Haben Sie ja selbst bestätigt.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nein, das erkläre ich.
Das haben Sie dann falsch verstanden.)

Ein Teil der Verbraucher ist aber offenbar bereit, für bessere Haltungsbedingungen mehr Geld auszugeben. Für mich ist das ein Ansatz, um langfristig zu einer Diversifizierung am Markt zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte daher einen anderen Weg vorschlagen: Mein Vorschlag ist, wir führen eine für den Verbraucher einheitliche, einfache und transparente Kennzeichnung ein, um deutlich zu machen, um welche Haltung es sich handelt. Ich schlage eine Dreiteilung vor: Bronze, Silber und Gold, man kann auch Rot, Gelb, Grün oder meinetwegen eins, zwei, drei nehmen, aber mein Lieblingsbeispiel ist Bronze, Silber, Gold.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wenn beispielsweise, es ist ja nur ein Beispiel, auf einem Tetrapak künftig ein vier Zentimeter breiter, umläufiger goldener Streifen wäre mit der Aufschrift „Gold“, dann könnte das heißen, dass es Milch von einem Tier ist, was in Weidehaltung war, bei „Silber“ könnte das ein Tier sein, das im Stall mit Auslauf gehalten wird, und „Bronze“, sehr grobschnittartig,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir haben doch schon
die Begriffe „Weidemilch“, „Heumilch“.)

wäre dann die konventionelle Haltung ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir brauchen doch
nicht noch Farbsortierungen, die
man jetzt noch begründen muss.)

Frau Dr. Karlowski, vielleicht kommen Sie nachher ans Mikrofon, reden einfach und hören mir jetzt mal zu!

(Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus
und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also mit einem einheitlichen System in der Bundesrepublik Deutschland, wo nicht jeder sich sein eigenes Label gibt, wo nicht jeder seine eigene Bezeichnung draufgibt, wo auch klar ist, dass, wenn Weidemilch draufsteht, auch Weidemilch drin ist, auch da haben wir ja inzwischen Erfahrungen gemacht. Mein Vorschlag ist, eine Dreiteilung mit beispielsweise Bronze, Silber und Gold zu machen.

Mir ist bewusst, dass da noch eine Menge anderer Details zu klären wären. Ziel muss es aber sein, die beson-

deren Tierwohlleistungen der Landwirte in ein transparentes und für den Verbraucher einheitlich und leicht zu erfassendes System zu packen. Dann kann ähnlich wie bei der Bodenhaltung oder bei der Biomilch auch den Verbrauchern, die darauf achten, ein entsprechendes Angebot gemacht werden. Dieses Angebot spiegelt dann preislich die Leistungen des Tierwohls und hebt sich eben vom allgemeinen Preis ab.

Dieses Modell mit der gut sichtbaren und auf den ersten Blick erkennbaren Banderole könnte man auf andere tierische Produkte, beispielsweise das Schweinefleisch oder das Geflügelfleisch übertragen, dass immer dann, wenn die Goldbanderole drauf ist, es beispielsweise Freilandhaltung ist, und so weiter und so fort.

Meine Damen und Herren, ich hätte gerne eine Bundesratsinitiative in diese Richtung, die ein solches Modell installieren soll. In dieser Beziehung werden wir mit unserem Koalitionspartner reden. Wenn die Gespräche mit unserem Koalitionspartner Übereinstimmung bringen, werden wir Ihnen einen entsprechenden Antrag hier vorlegen.

Aber zurück zum GRÜNEN-Antrag: Meine Damen und Herren, folgten wir dem Antrag der GRÜNEN, würden wir die Milchmenge reduzieren, aber am Preis nichts ändern. Die Folge wären noch weniger Einnahmen für die Milchbauern, das kann nicht der Weg sein, den wir gehen. Den Antrag werden wir ablehnen. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Europäische Union dürfte angesichts der Entwicklung im Bereich der Landwirtschaft in Jubelstürme ausbrechen. Ich habe Ihnen vor einigen Jahren schon einmal am Beispiel der EU-Landwirtschaftspolitik in Osteuropa dargelegt, wie das EU-Monster Staaten unter Druck setzte – und sehr wahrscheinlich hat sich hieran auch nichts geändert –, die kleinbäuerlichen Strukturen aufzulösen und in Großstrukturen zu überführen.

Das Druckmittel war und ist wie so häufig das Geld. Und insbesondere im Bereich der Milchwirtschaft ist diese Politik zugunsten der Agrarindustrie und gegen die kleinen und mittelständischen Unternehmen sehr deutlich spürbar. Die Bauern, gerade die Milchbauern in unserem Land, stehen vor einer mehr als ungewissen Zukunft. Milchpreise, zu denen es sich nicht mehr lohnt zu produzieren, überzüchtete Kühe, die an der Verbundenheit zur Natur zweifeln lassen und deren Wirtschaftlichkeit ebenfalls sehr zweifelhaft ist, sowie Knebelverträge mit Saatanbietern und Futterlieferanten, diese Sachverhalte bestimmen das Bild der Milchwirtschaft heutzutage mittlerweile.

Hinzu kommen natürlich auch das Embargo Russlands gegen europäische Erzeugnisse und ein Weltmarkt, der nicht mehr auf die in Europa und Deutschland produzierte Milch angewiesen ist. Deutschland hatte in nur 30 Jahren einen Rückgang der bäuerlichen Betriebe in der Milchwirtschaft von fast 80 Prozent zu verkraften.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Vergessen Sie bitte auch nicht die den Preis bestimmenden Supermarktketten,

(Glocke der Vizepräsidentin)

die sich in ihren Preiskämpfen fast monatlich neu unterbieten und bewusst oder unbewusst Kleinbetriebe vernichten. Das sind die Realitäten, mit denen sich ein über Jahrhunderte gewachsener Stand heutzutage herum-schlagen muss.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist vor allem auch eine Politik, die nicht mehr an den Bedürfnissen und Interessen des eigenen Volkes ausgerichtet ist, sondern einzig und allein überstaatlichen Interessen dient. Der Dank der Bauern sollte Ihnen, meine Damen und Herren der regierenden Parteien, daher normalerweise sicher sein. Dass Sie deshalb nicht imstande sind, die sprichwörtliche Kuh vom Eis zu bekommen, dürfte jedem klar sein. Da helfen auch ein paar Millionen Soforthilfe vonseiten der EU nichts. Diese sind gewissermaßen ein Milch-Tropfen auf den heißen Stein.

Es muss sich ein langfristiger Wandel in der Agrarpolitik und gerade im Bereich der Milchwirtschaft vollziehen. Die Betriebe kämpfen um ihre nackte Existenz. Die EU trägt hieran eine Hauptschuld, aber auch die ignorante Politik hilft den Bauern nicht. Agrarstrukturen, die eher als Industrie zu bezeichnen sind, und Großkonzerne drängen kleine und mittlere Betriebe immer weiter an den Rand der Existenzfähigkeit.

Ich machte gestern schon in der Aussprache zur Lebensmittelverschwendung auf die Verwerfungen im Bereich der Landwirtschaft aufmerksam. Eine Maßnahme zur Verbesserung der Situation der Milchbauern könnte unter anderem eine Regionalmarke, wie wir von der NPD diese auch fordern, sein. Weiterhin ist die Regionalisierung, also die Förderung und Unterstützung regionaler Erzeugnisse, zwingend erforderlich. Wir müssen unsere bäuerlichen und landwirtschaftlichen Betriebe auch aus der EU-Knechtschaft befreien.

(Thomas Krüger, SPD: Wo man alles Ideologie reinpacken kann!)

Die Betriebe müssen endlich die Gelegenheit erhalten, die heimische Versorgung zu sichern. Den Milchbauern in Mecklenburg und Pommern steht das Wasser bis zum Hals.

(Zurufe aus dem Plenum: Vorpommern! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Die Zeit der Beschwichtigungen ist vorbei. Jetzt muss gehandelt werden. Sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung sind gefordert, endlich zum Wohle des eigenen Volkes zu handeln. Ansonsten müssen die Bauern und Landwirte wieder selbst für ihre Zukunft streiten. Es scheint an der Zeit zu sein, dass der Wind sich dreht. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Köster, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir hier in Mecklenburg-Vorpommern sind.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Her-

ren! Ja, das war eine wirklich spannende Debatte mit vielen Schnittmengen und einigen Diskrepanzen,

(Andreas Butzki, SPD:
Was war daran spannend?)

und ich sehe und glaube, dass die Diskussion weitergeht, fraktionsübergreifend weitergehen wird. Das finde ich sehr schön, dass wir heute miteinander in die Diskussion eintreten. Ich möchte mich noch auf einige der genannten Aspekte beziehen.

Zuvor noch ein Zitat, das gerade heute in der „Ostsee-Zeitung“ zu lesen ist, das noch mal die Sache sehr schön präzisiert. Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich hier einen kleinen Abschnitt. Die OZ schreibt: „Niedrige Milchpreise schon seit Monaten. Statt Gewinn zu erzielen, müssten sie sogar draufzahlen. Die Milchbauern der Region klagen, dass ihnen das Wasser bis zum Hals steht. Einige müssten Verluste von mehr als 1.000 Euro in Kauf nehmen, weil sie rund 15 Cent weniger pro Kilogramm Milch bekommen. Die Forderung nach einer Vertragspflicht für Milcherzeuger wird immer lauter. Die Landwirte kämpfen um ihre Existenz.“ Es mussten „schon etliche Betriebe im Land schließen“.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich ende an der Stelle mal. Es geht um die Zahl von 31, also nicht nur eine Handvoll, sondern eine erhebliche Anzahl von Milchbetrieben musste schon aufgeben. Einige konnten übernommen werden, aber ob der Betriebszweig weiterlebt, weitergeht, wissen wir hier nicht.

Ich denke, und das haben wir auch heute in vielen Reden gehört, es braucht zwei Dinge: Es braucht wirklich eine Soforthilfe, die auch in Teilen schon skizziert wurde, aus dem 500-Millionen-Programm, es braucht aber langfristig eine neue Weichenstellung. Und da sind wir, glaube ich, noch nicht einig, aber in manchen Punkten haben wir schon ähnliche Forderungen gehört.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal etwas ergänzen, was sich auf die Kühe – Herr Tack ist auch darauf eingegangen –, auf die Art der Kühe, die wir hauptsächlich nutzen, bezieht. Es ist mehrfach in Diskussionen, die ich auch mit Vertretern aus der Milchbranche hatte, auch im Ausland, vorgeschlagen worden, man könnte ja vielleicht einfach das Kraftfutter weglassen, dann hat man automatisch weniger Milch pro Kuh und diese Reduzierung der Milchmenge, man könnte sagen, okay, wir verzichten auf Sojaimporte und so was. Das ist nicht so einfach.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was ist schon einfach?)

Denn wenn wir uns die Hochleistungsmilchkühe angucken, die sind genetisch zurzeit in einer Zuchtlinie drin, dass sie eben auf hohe Milchmengen festgelegt sind. Diese hohe Milchmenge können sie aber auch nur geben, und das ist ihre Physiologie, dass sie Kraftfutter besonders in der Phase relativ kurz nach dem Kalben brauchen. Das kritisieren wir jetzt sehr, weil eine Zuchtlinie, die sich nicht mehr allein von Gras ernähren kann, das ist nicht die richtige Richtung, denn das ist ja gerade das Besondere an der Kuh, dass sie aus Gras Milch machen kann.

Das von Herrn Tack ins Spiel gebrachte Zweinutzungs-
rind, das haben wir auch schon vor mehreren Monaten

propagiert, ist eine Lösung, wie wir aus dem manchmal schwierigen Pfad zwischen geborenen Kälbern und weiterer Aufzucht und Mast besser herauskommen, weil ein Zweinutzungs-
rind eben sowohl die Milchleistung als auch die Fleischleistung hätte. Das wäre ein Kompromiss zwischen diesen zwei Linien. Also wir sagen, es muss bei der Zucht gegengesteuert werden, entweder durch andere Rassen oder man kreuzt noch mehr andere Rassen ein.

So viel zu dem Kraftfutter, dass es sich schick anhört,

(Thomas Krüger, SPD: Aber es gibt ja
auch einheimisches Kraftfutter, ne?)

aber nicht auf einmal gemacht werden kann. Da müssten wir wirklich an der Zucht etwas ändern.

Bitte?

(Thomas Krüger, SPD: Es gibt ja
auch einheimisches Kraftfutter.)

Richtig. Ja, darüber haben wir auch viel diskutiert.

(Thomas Krüger, SPD:
Das wollten wir gemeinsam ...)

Genau, wir haben die Eiweißstrategie im Lande und das wäre natürlich in Bezug auf den Sojaimport eine Lösung. Aber die Milchmenge? Es war ja die Idee, mit der Reduzierung des Kraftfutters die Milchmenge zu reduzieren und dadurch aus der Milchkrise, weil der Milchmarkt voll ist, herauszukommen.

(Thomas Krüger, SPD: Dann
koppeln sie sich vom Weltmarkt ab.)

Kommen wir mal zum Weltmarkt. Das ist ein ganz zentraler Punkt, Herr Krüger. Wo haben wir das mit dem Weltmarkt? Also in meinen Gesprächen mit Vertretern der Branche ist klar geworden, dass wir in der glücklichen Situation sind, ...

Jetzt muss ich es aus dem Kopf machen.

(Unruhe bei Jochen Schulte, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, ich glaube, hier ist es, genau.

(Glocke der Vizepräsidentin –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

... dass die Rohmilch – und darauf bezieht sich ja unser Antrag – glücklicherweise nicht ...

(Torsten Renz, CDU: Hat geholfen.)

Durch meine Gespräche mit Erzeugern der Branche oder Akteuren der Branche ist klar geworden, dass die Rohmilch sich glücklicherweise eben nicht am Weltmarkt orientieren muss, sondern da kann man wirklich von einem europäischen Markt sprechen, bei der Rohmilch.

Deswegen sind eben auch alle Schlussfolgerungen von Ihnen, Herr Krüger, die sich aus der Bindung an den Weltmarkt ableiten, nicht weiterführend. Stellen Sie sich einfach die Märkte hier auf diesem Globus vor! Es gibt keine Region, wo noch sowohl zahlungskräftiges Poten-

zial da ist als auch keine eigene Milchproduktion vor Ort. Der Markt ist eigentlich jetzt schon voll.

Gleichzeitig kommt das Argument dazu, das hatte ich in meiner Eingangsrede auch schon drin, die zu erzielenden Preise durch Weltmarktabgleichung, die sind viel zu niedrig, die sind eben heute schon nicht kostendeckend. Und wenn wir das weiterdenken, die Milchkrise, die sich jetzt aufbaut und die wir vielleicht ein bisschen verlangsamt bekommen durch einige Gegenmaßnahmen, die würde, wenn man es zu Ende denkt, dazu führen, dass wir hier vor Ort überhaupt keine Milch mehr selbst produzieren, dass Milchkpulver von dem so hochgehaltenen Weltmarkt, Herr Krüger, importiert würde, hier mit Wasser vermischt würde, und dann hätten wir Milch in Tüten, aber keine Frischmilch und keine Weidemilch, keine Heumilch. So viel zum Weltmarkt.

Zu dem Risikoausgleichsfonds: Das ist, denke ich, eine sehr gute Idee. In den USA läuft es, soweit wir uns informiert haben, sehr gut. Da muss man weiterdiskutieren, das lohnt sich.

Dass unser Antrag nur in Nischenbedienungen einmündet, ich denke, da haben Sie uns fehlinterpretiert.

(Thomas Krüger, SPD: Nee.)

Wir reden hier nicht ausschließlich von öko oder bio oder nur kleinen Betrieben, sondern wir reden von verschiedenen Aspekten, die sich, wie ich gerade noch mal ausgeführt habe, auch mit der Ausrichtung der Zuchtziele beschäftigen. Da ist schon etwas verbessert worden, das ist mir bewusst, das ist nicht mehr nur die Milchmenge, das wurde auf der MeLa ja auch deutlich zum Ausdruck gebracht. Aber wenn man das Heft der LMS Agrarberatung liest, dann ist es eben so, sobald die Kuh keine 20 Kilogramm mehr gibt, bitte ab zum Schlachthof. Also das kann nicht die richtige Antwort sein.

Wenn nächstes Jahr das Weideprogramm kommt, werden wir hoffentlich noch genügend Kühe haben, die dann auch auf die Weide gehen können. Ich bin insgesamt, muss ich sagen, gespannt, wann diese von uns zu Papier gebrachten und von vielen Rednern heute auch in Teilen anerkannten Thesen sich in Landesprogrammen wiederfinden. Das haben wir ja schon manchmal erlebt.

Und das mit den Milchtankstellen, das ist natürlich eine schöne Sache, aber das ist sehr, sehr, sehr lokal, das wird wahrscheinlich die Milchbauern im Lande nicht insgesamt so schnell retten können.

Die von Herrn Tack zitierten Aussagen von seiner Kollegin Frau Tackmann, die teile ich sehr. Ich glaube aber nicht, dass das Resümee richtig ist, Herr Tack, wenn wir jetzt alle unsere Forderungen sofort umsetzen würden, dass die Situation sich nicht ändern würde. Sie sagten schlagartig – natürlich nicht schlagartig, das ist auch nicht der Wunsch dieses Antrages. Der Antrag will eine Richtung aufweisen, will das Parlament und damit die Landesregierung in eine Richtung dirigieren, die aus dieser von uns aufgezeigten und von Akteuren aus der Branche aufgezeigten berühmten Sackgasse herausführt, denn diese Sackgasse ist nicht einfach nur, dass man da hineinläuft und nicht mehr herauskommt, sondern das ist das Betriebsende für viele Milchbauern.

Insofern würde ich mich natürlich freuen, wenn wir uns darüber im Ausschuss noch ausführlicher unterhalten.

Ich beantrage eine Abstimmung über eine Überweisung in den Ausschuss und bedanke mich für heute für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4463. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, diesen Antrag in den, ich gehe davon aus, Agrarausschuss zu überweisen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Danke.)

Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4463 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen ...

(Unruhe auf der Regierungsbank)

Wenn die beiden Minister fertig sind, kommen wir dann auch zur Abstimmung über den eigentlichen Antrag.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4463. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4463 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 41:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Sonderprogramm zum Bau von Wohnungen mit sozialer Bindung, Drucksache 6/4455.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Sonderprogramm zum Bau von Wohnungen mit sozialer Bindung – Drucksache 6/4455 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Lück.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf sieht vor, in den kommenden beiden Jahren Landesprogramme zur Wohnraumförderung in Höhe von jeweils 5 Millionen Euro aufzulegen. Beabsichtigt ist eine Darlehensförderung, finanziert aus dem Sondervermögen Wohnraumförderung. Dazu gibt es eine Zuschussförderung in Höhe von jeweils 4 Millionen Euro für das sogenannte Aufzugsprogramm.

Eine Förderhöhe von 9 Millionen Euro ist noch einmal 1,5 Millionen Euro weniger in diesem Jahr. Dabei wurde

schon zwei Jahre gekürzt. So wenig Förderung gab es noch nie, Kolleginnen und Kollegen, und darauf möchte ich Sie aufmerksam machen. Die Reduzierung der Wohnraumförderung ist meiner Meinung nach der völlig falsche Schritt und auch ein völlig falsches Signal an die Menschen bei uns im Land.

Wir haben uns in den vergangenen Tagen ausführlich damit befasst, wie wir es schaffen können, die vielen ankommenden Flüchtlinge und Asylsuchenden menschenwürdig unterzubringen und zunächst mit dem Notwendigsten zu versorgen. Am Sonnabend las ich in der SVZ, dass 1.640 Wohnungen für die dezentrale Unterbringung genutzt werden, davon etwa 1.000 Wohnungen von kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen. Weitere etwa 800 Wohnungen wollen die im Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen organisierten Unternehmen noch bis zum Jahresende bereitstellen.

Aktuell suchen Kommunen händeringend weiteren Wohnraum für die dezentrale Unterbringung von Menschen, die bei uns Zuflucht suchen. In den Städten wie Rostock, Greifswald, Waren oder auf Rügen, Usedom oder auf Fischland-Darß-Zingst gibt es keinen Leerstand mehr im kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestand, im Gegenteil, hier gibt es Wartelisten. Die Leerstandsquote in Rostock liegt unter zwei Prozent, in einigen Unternehmen und Stadtteilen geht gar nichts mehr.

Diese angespannte Wohnraumsituation besteht nicht erst seit Wochen oder seit wenigen Tagen – Sie kennen unsere Anträge ja auch schon zu diesem Thema –, diese Situation wird aber vor allem natürlich durch den aktuellen Bedarf für Flüchtlinge noch einmal verschärft. Auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind aber auch viele andere Haushalte – und genau das ist auch das Thema dieses Antrags – hier im Land, die ein niedriges Einkommen haben, oder Menschen, Haushalte, die Renten beziehen oder auch von Sozialleistungen leben müssen. Bei den Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes darf nicht das Gefühl aufkommen, dass nun alles für die Flüchtlinge, aber kaum etwas für sie getan wird.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist aber die Wahrheit.)

Wir müssen das Wohl aller im Blick haben, das ist die Auffassung der LINKEN, egal, ob schon immer hier wohnhaft,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

zugezogen oder gerade erst angekommen.

(Michael Andrejewski, NPD: Der Eindruck
wird sich kaum noch einstellen lassen. –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Mit dem hier vorliegenden Antrag wollen wir ein Zeichen setzen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

ein Zeichen, dass sich das Land kümmert – deshalb auch jetzt der Vorstoß und nicht erst zum Ende der Haushaltsberatungen.

(Stefan Köster, NPD: Der Gartenzwerg
macht sich da wieder bemerkbar.)

Wir wollten ihn – und das ist es mir noch mal wert zu sagen –, wir wollten diesen Antrag als gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen einbringen. Wir haben ihn deshalb moderat gefasst und damit ein Angebot gemacht,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

das SPD und CDU hätten annehmen können. Leider verweigerten sich SPD und CDU diesem Vorhaben. Man wolle erst mal abwarten, was der Bund so plane,

(Rainer Albrecht, SPD: Richtig.)

kam von der SPD. Die CDU zeigte keinerlei Reaktionen.

(Rainer Albrecht, SPD: Abwarten, Regine!)

Umso erstaunter war ich am Mittwoch früh, als ich aufstand, als der NDR verkündete, dass die SPD sozialen Wohnungsbau anstrebe.

(Rainer Albrecht, SPD: Schon seit Langem.)

Nun also doch, frage ich?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Na, da bin ich aber gespannt auf Ihr Abstimmungsverhalten.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ich will diesen Antrag gerne erläutern. Es gilt, umgehend Vorsorge zu treffen, um soziale Spannungen beim Zugang zu angemessenen und vor allem auch bezahlbaren Wohnungen zwischen allen Wohnungssuchenden zu vermeiden und ein friedliches Miteinander und vor allem auch gute Nachbarschaft zu ermöglichen.

(Rainer Albrecht, SPD: Jawoll.)

Deshalb kommen wir auch in Mecklenburg-Vorpommern – und hören Sie gut zu! – nach 18 Jahren ausschließlicher Wohnraumförderung im Bestand – nach 18 Jahren im Bestand! – an einer Neubauförderung unserer Meinung nach nicht vorbei. Wir fordern keinen klassischen sozialen Wohnungsbau, weil es anders als in den alten Bundesländern einen relativ hohen Anteil an kommunalem und auch an genossenschaftlichem Wohnungsbestand gibt.

(Rainer Albrecht, SPD: Glaube ich nicht.)

Zudem verfügt Mecklenburg-Vorpommern über kein eigenes Landeswohnraumförderungsgesetz, deshalb wäre das Bundesgesetz maßgebend und damit bestünden äußerst niedrige Einkommensgrenzen für Anspruchsberechtigte.

Auch das Landesbelegungsbindungsgesetz auf Grundlage des Altschuldenhilfe-Gesetzes lief Ende 2013 aus. Damit kann die darin zugelassene Überschreitung dieser Einkommensgrenzen und auch der Freibeträge von jeweils bis zu 30 Prozent nicht mehr angewendet werden. Aufgrund der hohen Baukosten, der sehr niedrig angesetzten Einkommensgrenzen und der Erfahrung anderer Länder, dass nach Auslaufen der Bindung durch die Kostenmieten die Mietpreise enorm steigen, würde eine Förderung von klassischem Sozialwohnungsbau unserer Meinung nach ins Leere führen.

Stattdessen sollen durch eine pauschale Zuschussförderung direkt die Baukosten minimiert und so das Mietniveau gesenkt werden.

(Rainer Albrecht, SPD: Ob das der richtige Weg ist, darüber müssen wir mal diskutieren.)

Eine Förderung von etwa zehn Prozent der Baukosten würde das Mietniveau von 1 Euro bis 1,50 Euro senken.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Bei Annahme einer Förderung von 15.000 Euro je Wohnung könnten mit einem Programmvolumen von 5 Millionen Euro pro Jahr jährlich über 300 Wohnungen gefördert werden.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Ein Programmvolumen von zunächst 10 Millionen Euro über zwei Jahre verteilt ist, das sage ich deutlich, an dieser Stelle natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Deutlich mehr müsste und sollte es sein, aber es wäre ein Anfang. Wenn es gut anläuft, sollte es 2018 und 2019 deutlich aufgestockt werden.

Je Neubauförderung sollen an einer Wohnung im Bestand Belegungsrechte begründet werden. Diese mittelbare Belegung sichert niedrige Mieten für die Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, das sichert vor allem aber auch den Kommunen das Mitspracherecht bei der Vermietung. Anzustreben ist eine Kombination mit dem Aufzugsprogramm. Barrierefreiheit muss bei einer Neubauförderung Bedingung sein. Dazu ist das Aufzugsprogramm jedoch entsprechend zu ergänzen und mit mehr Mitteln auszustatten.

(Heiterkeit bei Minister Harry Glawe –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Nun zum Punkt II unseres Antrages: Wir haben nicht vor, den gesamten Rückbau von dauerhaft nicht mehr benötigten Wohnungen im Land zu stoppen. Bestandteil der Städtebauförderung des Landes ist in diesem Jahr der Rückbau von knapp 800 Wohnungen. Im Städtebauförderprogramm des vergangenen Jahres war ein Rückbau von knapp 650 Wohnungen bewilligt worden. Rückbau ist weiterhin notwendig aufgrund des demografischen Wandels, der Landflucht und der Ungewissheit, wie es mit dem 2016 auslaufenden Programm Stadtbau Ost weitergeht.

Aber wir wollen angesichts der aktuellen Lage – zumindest in den Städten, wo dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Asylsuchende gesucht werden – ein Überprüfen und notfalls Aussetzen der Rückbaupläne erwirken.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Selbstverständlich darf es nicht dabei bleiben, den Rückbau in Städten mit wenig Leerstand vorerst nur auszusetzen, vielmehr müssen diese und weitere oft über Jahre leer stehenden Wohnungen auch hergerichtet werden und schnell wieder in Nutzung gehen. Jede Wohnung, meinen wir, ist allemal besser als ein Zelt oder ein Container. Die Botschaft der Landespolitik muss sein: Wir bauen Wohnraum, wir reißen nicht ab, wo Wohnraum fehlt.

(Rainer Albrecht, SPD:
Machen wir auch nicht.)

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Meine Fraktion und ich beantragen daher – wahrscheinlich gibt es doch noch ein paar Unklarheiten, das ist mir deutlich geworden aus den Zurufen – eine Überweisung in den Wirtschaftsausschuss und in den Finanzausschuss.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wenn die SPD denn Neubau ernsthaft will, dann, meine ich, findet man auch einen Weg.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Gerade weil gestern Abend beim Treffen der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt wurden für die Länder, sollten wir zumindest erst mal diesen Weg gehen. Und wir meinen, das ist genau der richtige. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auch in dieser Landtagssitzung versucht die Opposition wieder einmal, die Landesregierung vorzuführen und ihr Versagen zu unterstellen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das ist beschämend, wenn Sie es so empfinden.)

Wir brauchen diese „gut gemeinten“ – in Anführungsstrichen! – Vorschläge so nicht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach, Herr Glawe! – Regine Lück, DIE LINKE:
Konstruktiv und sachlich.)

Frau Lück, ja, die Sachlichkeit liegt aber nicht darin, dass Ihnen einfach nicht bekannt ist, dass es in Mecklenburg-Vorpommern 50.000 leer stehende Wohnungen gibt.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist Ihnen das nicht bekannt?

Nehmen wir gleich mal den ersten Punkt. Sie wollen ein Sonderprogramm. Sonderprogramm! Sie wollen ein Zeichen setzen. Ja, das hilft ja alles nicht, sondern wir brauchen strategische Ausrichtungen, wie wir insgesamt mit den Problemen umgehen wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was ist denn der Unterschied zwischen „strategischer Ausrichtung“ und „Zeichen“, Herr Minister? Was ist denn da der Unterschied?)

Sie wollen ein Sonderprogramm zum Neubau von Mietraumwohnungen für Ober- und Mittelzentren aufle-

gen, in denen weniger als drei Prozent der Wohnungen leer stehen. Schaut man sich einmal die Wohnungsleerstände in unserem Land an, kommt man schnell zu dem Ergebnis, dass diese Forderung sehr einseitig ist. Wo im Land sind Leerstände denn so gering?

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das habe ich ja gesagt.)

Sie haben ein Beispiel, Rostock, genannt. Ich darf die Damen und Herren der Opposition daran erinnern, dass wir im Land immer noch einen Leerstand von über sechs Prozent haben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

In unseren 23 Ober- und Mittelzentren liegt der Leerstand lediglich bei vier Städten niedriger als drei Prozent. Meine Damen und Herren, von daher stellt sich die Frage nach einem Sonderprogramm eigentlich nicht. Wir müssen punktuell gucken, wie wir damit umgehen. Da gebe ich Ihnen durchaus recht,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Was ist denn das sonst?)

aber dazu ist dieser Antrag, den Sie jetzt gerade formuliert haben, wenig geeignet. Wir haben im Land 880.000 Wohnungen, und davon stehen 50.000 Wohnungen leer. Nehmen Sie das bitte mal zur Kenntnis, falls es sozusagen über Ihren Horizont von Rostock hinausgehen sollte!

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Also! –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Also, Herr Glawel!)

Ja, so ist es. So ist es. Es wird immer nur Rostock als Beispiel angebracht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hat sie doch gar nicht. –
Rainer Albrecht, SPD: Schönes Rostock!)

Da haben Sie Frau Lück nicht zugehört. Oder habe ich nicht zugehört?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Sie haben nicht zugehört. – Zuruf von
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nicht zugehört, ja. Es wurde immer wieder Rostock genannt.

Meine Damen und Herren, neue Wohnungen werden auch ohne Förderung gebaut.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es geht um sozialen Wohnungsbau.)

Im Jahr 2014 sind es 4.170 neue Wohnungen gewesen, Frau Gajek. Wollen Sie die Zahlen bezweifeln? Wollen Sie die bezweifeln?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Können Sie mal in einem anderen
Ton mit mir reden? Also!)

Dann werde ich mit Ihnen jetzt rumfahren

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und werde Ihnen die Wohnungen zeigen, wenn Ihnen das nicht reicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja nicht
auszuhalten. Mann, Mann, Mann, Mann, Mann!)

Zudem wurden von den Bauaufsichtsbehörden im Jahr 2014 für weitere 2.500 neue Wohngebäude Anträge eingereicht und 4.300 Wohnungen insgesamt genehmigt, das heißt, es kommen weitere 4.300 Wohnungen im Jahr 2015 auf den Markt,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Haben Sie
sich mal angeguckt, in welchem Preissegment?)

nur mal so für Ihren Hintergrund.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch mal den Blick darauf lenken, dass weiterhin Neubau von Wohnungen in Mecklenburg-Vorpommern stattfindet, und zwar ...

(Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, die Frage ist doch, wo.)

Ja, es findet statt im Privatbereich, es findet statt auch in Rostock.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach, nö?! – Zuruf von
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Ja, ist Ihnen nicht bekannt?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht nur in
Rostock, auch in anderen Städten.)

Ja, ich nenne noch mal Rostock. Auch hier stehen wir mit Darlehensprogrammen zur Seite, das hat Frau Lück vorhin schon gesagt,

(Regine Lück, DIE LINKE: Jaja. Wir reden
ja auch nicht über Darlehensprogramme.)

und wir haben ein Fahrstuhlprogramm insgesamt aufgelegt, das ein Volumen in den nächsten vier Jahren oder jetzt – ein Jahr ist rum – von 18 Millionen Euro umfasst. Wir haben weiterhin das Angebot der KfW, über 300 Millionen Kommunalkredite zinsfrei zur Verfügung zu stellen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

und damit können auch erhebliche Probleme gelöst werden.

Meine Damen und Herren, natürlich bleibt auch die Frage der Unterkunft von Flüchtlingen eine weiterhin entscheidende Aufgabe. Nur sollten wir erst mal alle Kapazitäten nutzen, die wir im Land haben. Davon gibt es genug, zurzeit arbeiten die Kommunen dem Innenminister zu.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir sehen ja, wie.)

Wir selbst werden auch daran beteiligt. Wir wissen, wo Abriss beantragt ist, wir wissen auch, wo Leerstände sind, und da wird intensiv zusammengearbeitet.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sind weiterhin gut aufgestellt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Hm, wie immer.)

Wie immer, genau. Dem Land gehts gut,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

die Städtebauförderung greift.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir leben jetzt in einer Traumwelt.)

Wir haben im Haushalt allein für Städtebau 55,7 Millionen Euro pro Jahr, Frau Gajek,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, Herr Glawe.)

falls Sie da mal reingucken sollten, wir haben weitere Programme für Mittel- und Oberzentren aus dem Bereich des EFRE und wir haben für finanzschwache Kommunen auch ein Programm zur Förderung von Schulen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wir sind sozusagen das Programm. –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir reden jetzt
aber vom sozialen Wohnungsbau.)

Wir haben einen tollen Haushalt, Frau Borchardt. Wir haben deutlich mehr Mittel für den Städtebau zur Verfügung als je zuvor.

Meine Damen und Herren, also, worum geht es?

(Regine Lück, DIE LINKE:
Um Zuschussförderung geht es. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir müssen die Dinge vernetzen, koordinieren, aber ein Sonderprogramm, wie Sie es vorschlagen, dem können wir nicht zustimmen, und von daher kann es nur abgelehnt werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Albrecht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh,
nun sind wir aber gespannt. Nun kommt ein
Rostocker. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Jetzt nichts zu Rostock sagen! –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sonst
geht er kaputt da oben. – Minister Harry Glawe:
Das glauben Sie doch wohl alleine nicht. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Wenn
er jetzt da auch noch was erwähnt? –
Minister Harry Glawe: Dann gehe ich kaputt?!)

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Antrag setzt die Fraktion DIE LINKE das Thema Einrichtung eines Sonderprogramms zum Neubau von Mietwohnungen mit Belegungsbindung als Zuschussprogramm auf die Tagesordnung des Landtages.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Für die SPD-Fraktion ist dieser Antrag zu kurz gesprungen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Renz, CDU: Na klar!)

Warum sage ich das?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Weil es in unserem Land, in den Städten und Gemeinden doch sehr deutliche Unterschiede auf dem Wohnungsmarkt gibt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, das haben wir alle festgestellt.)

So stehen in Mecklenburg-Vorpommern von 880.000 Wohnungen 50.000 Wohnungen leer. Die Leerstandsquote im Land beträgt im Durchschnitt über sechs Prozent, in nur vier Städten beträgt diese Quote weniger als drei Prozent, der Minister hat das ebenfalls schon ausgeführt.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Das darf uns auch wenig überraschen, da wir ja schon mehrfach die Wohnungsmarktsituation in Mecklenburg-Vorpommern hier in diesem Hohen Hause besprochen haben. Wir haben dabei festgestellt, dass wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen und Regularien, aufeinander abgestimmt zwischen Bund, Land und Kommunen, benötigen, um zielgenau für den Ortsteil, die Gemeinde oder die Stadt die passende Lösung zu erarbeiten.

Zu glauben, dass mit diesem Zuschussprogramm die Problematik des angespannten Wohnungsmarktes zu lösen sei, ist aber doch sehr leichtgläubig. Vielfach scheitert der Mietwohnungsneubau am fehlenden preiswerten Bauland. Nach Aussagen des Oberbürgermeisters meiner Heimatstadt, der Hansestadt Rostock,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

will er für jedes Jahr die Voraussetzungen zum Bau von 1.000 neuen Wohnungen schaffen. Nach jetzigen Planungen besteht über den aktuell gültigen Flächennutzungsplan Bauplanungsrecht für 7.200 Wohneinheiten. Damit kann die aktuelle Situation, wenn alle Akteure zusammenarbeiten, sicher entspannt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gleichzeitig haben wir es aber auch mit einem enormen Wohnungsleerstand zu tun.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber wo?)

Es geht nicht in erster Linie um Förderung von Wohnungsneubau, wir brauchen Lösungen für den gesamten Wohnungsmarkt in unserem Land. Uns ist daran gelegen, ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept für alle Bereiche des Wohnens zu erreichen. Ich spreche von den Gemeinden mit hohem Wohnungsleerstand. Diese vernachlässigen wir einfach, obwohl sie die größere Not haben. Na klar, werden Sie jetzt sagen, uns geht es in unserem Antrag ja auch um die Förderung von Wohnungsneubau und nicht um die angepassten Lösungen für den gesamten Wohnungsmarkt in unserem Land.

Aber am Ende des Tages muss für breite Schichten der Bevölkerung angemessener und bezahlbarer Wohnraum im gesamten Land zur Verfügung stehen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Meine Damen und Herren, um dem Thema gerecht zu werden, bedarf es etwas mehr als nur dieses Antrages. Hier bedarf es eines breiten Maßnahmenbündels.

Erstens brauchen wir die Bereitstellung von preiswertem Bauland.

Zweitens müssen die Baugenehmigungsverfahren zügig und kurzfristig abgearbeitet werden.

Drittens ist zu überlegen, inwieweit Standards und Vorschriften beim Wohnungsneubau abgeändert beziehungsweise Abweichungen toleriert werden können.

Viertens wären sogenannte Konzeptausschreibungen ein weiteres Instrument, um bezahlbaren Mietwohnungsbau zu schaffen. Wir müssen uns endlich vom Höchstgebotsverfahren trennen und wirklich nach inhaltlichem, den wirklichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten vor Ort angepasstem Konzept vergeben. Auch muss die Kommunalaufsicht in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium in besonderen Fällen Abstand von der Forderung nehmen, dass die Kommunen auf Teufel komm raus ihre Baugrundstücke zum Höchstpreis veräußern oder ihre Steuer erhöhen.

Meine Damen und Herren, der Koalitionsausschuss des Bundes hat am 6. September 2015 zum Thema „Sozialen Wohnungsbau ausbauen“ hierzu Folgendes beschlossen:

Erstens, der Bund wird „Kommunen und kommunalen Gesellschaften über Konversionsliegenschaften hinaus auch weitere Immobilien und Liegenschaften schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen“.

Zweitens, der Bund und die Länder prüfen, „wie mittels steuerlicher Anreizinstrumente der Neubau von preiswertem Wohnraum in Gebieten mit angespannter Wohnlage gefördert werden kann“.

Diese Festlegungen decken sich auch mit der Resolution von Vorstand und Verbandsrat des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. vom 3. September dieses Jahres. Auch sie fordern unter anderem ein befristetes Absenken von Standards und die Beschleunigung von Verfahren oder das kostengünstige Bauen und zählen die möglichen Maßnahmen hierfür auf – nachzulesen auf ihrer Internetseite.

Meine Damen und Herren, um Unterkünfte kurzfristig bereitzustellen, sind temporäre Erleichterungen bei bau-, umwelt- und vergaberechtlichen Vorschriften notwendig. All diese Forderungen und Maßnahmen helfen in ihrer Gesamtheit, den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum insbesondere auf bereits angespannten Wohnungsmärkten zu sichern. Neben der Stärkung des Wohnungsneubaus, der Schaffung von generationen- und altersgerechtem Wohnraum sowie der Förderung von energieeffizientem Bauen und Sanieren haben wir als SPD-Fraktion vor allem an Orten mit angespanntem Wohnungsmarkt die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus im Auge.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aha?! Im Auge reicht nicht.)

An dieser Stelle brauchen wir den Dialog mit allen Akteuren – von der Wohnungswirtschaft bis zum Mieterbund. Dazu haben wir die „Allianz für das Wohnen mit Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern“ ins Leben gerufen, um entsprechende Lösungen zu erarbeiten. Die Allianzpartner bekennen sich hier zur sozialen Wohnraumförderung. Deren Ziel ist es, gemeinsam eine angemessene und qualitätsvolle Wohnraumversorgung mittel- und langfristig zu sichern.

(Regine Lück, DIE LINKE: Aber
ohne Zuschuss wirds nicht sozial.)

Wir haben aber auch die regional sehr unterschiedliche Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt im Blick, was sich auch im landesweiten Leerstand widerspiegelt. Wir haben die Verantwortung dafür, dass genügend bezahlbarer Wohnraum für alle zur Verfügung steht. Selbstverständlich müssen die Flüchtlinge, die nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, gut untergebracht und integriert werden. Wir lassen hier niemanden allein.

Die Bundesregierung hat bereits erklärt, dass sie die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen mit einem milliardenschweren Maßnahmenpaket unterstützen wird. Von insgesamt 6 Milliarden Euro sollen Länder und Kommunen seit gestern Abend mehr als 4 Milliarden Euro bekommen. Weiterhin werden 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Gleichzeitig stellt die KfW ein 300-Millionen-Euro-Programm für Kommunen zur Verfügung, das zinsfreie Darlehen mit einer Belegungsbindung von zehn Jahren für die Schaffung von Unterkünften für Flüchtlinge sowohl im Bestand als auch im Neubau vorsieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Phase wäre es zu früh, allein über ein Sonderprogramm zum Neubau von Wohnungen mit Belegungsbindung abzustimmen. Auch im Positionspapier des VNW fordert der Interessenvertreter der norddeutschen Wohnungs- und Bauwirtschaft spezielle vereinfachte Länderförderprogramme, welche mit dem Bundesprogramm abgestimmt sein sollen. Ich kann diese Forderung komplett unterstützen, denn diese Vorgehensweise ist der richtige Ansatz.

Auch im Rahmen des Bündnisses bezahlbares Wohnen und Bauen wurden in den Arbeitsgruppen des Bundes alle Fragen behandelt, die sich im Zusammenhang mit der Ausweitung des Wohnungsangebotes und der Bezahlbarkeit des Wohnens stellten. In Kürze wird der Bund seine ersten Ergebnisse vorlegen. Wenn alle Einzelheiten, Maßnahmen und Förderprogramme des Bundes für Mecklenburg-Vorpommern unabhängig von den bereits bestehenden Förderprogrammen wie ELER, EFRE, ESF oder Städtebauförderung klar sind, werden wir als SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2016/2017 die dann notwendigen Schritte und Maßnahmen des Landes bearbeiten.

Meine Damen und Herren, wie Sie meinen Ausführungen entnehmen konnten, ist für die SPD-Fraktion dieser Antrag der LINKEN nicht zielführend. Wir lehnen ihn ab. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Debatte ist wieder einmal irgendwie kurios. Also ich habe Frau Lück jetzt so verstanden, dass sie den Antrag so formuliert hat, dass Sie als SPD und CDU da mitgehen können, und sie hatte meines Wissens nicht den Anspruch erhoben, hier alles in einen Antrag zu packen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie man's macht, macht man's verkehrt.)

Es ist jetzt, glaube ich, von allen Rednern gesagt worden, dass gestern bei den Beschlüssen der Bundesregierung die 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen worden sind, und das werden ja wahrscheinlich für Mecklenburg-Vorpommern 21 Millionen Euro sein.

(Zuruf aus dem Plenum: Jährlich! Jährlich!)

Ich denke, hier sollten SPD und CDU doch noch mal nachdenken, inwiefern die vorgeschlagene Überweisung handlungsführend ist.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dann, mein sehr geschätzter Kollege Albrecht,

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

im Auge behalten, finde ich, reicht nicht.

(Rainer Albrecht, SPD: Doch, doch. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und das, was Sie hier gesagt haben, finde ich, reicht auch nicht, denn ich erinnere noch an unsere Ergebnisse aus der Enquetekommission. Das Parlament muss sich auch dieser Empfehlung stellen, wäre es doch eine sehr gute Möglichkeit, gerade die Empfehlung der Enquetekommission in die Perspektive des sozialen Wohnungsbaus mit zu implementieren. Von daher habe ich diesen Antrag als Angebot gesehen.

Wir werden uns bei dem ersten Punkt enthalten, weil ich denke, es gibt viele Ansätze und viele Fragen, nämlich die:

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Wo sind die 50.000 frei stehenden Wohnungen? Wie wird es diese Entwicklung der Mittelzentren geben? Ich erkenne aber, dass DIE LINKE und insbesondere Regine Lück hier immer wieder versuchen, den sozialen Wohnungsbau als Thema zu setzen. Und ich finde es ignorant, wenn immer wieder gesagt wird, wir machen das und wir machen das, habe ich ja von Herrn Glawe auch gehört.

(Harry Glawe, CDU: Jo.)

Ich wurde gestern gefragt, ob ich in einer Traumwelt lebe. Nee, nicht ich, Herr Glawe. Ich würde fragen, ob Sie das denn tun. Ich finde es ein Stück weit ignorant zu sagen, wir machen das schon. Es geht doch darum, bezahlbaren

Wohnraum zu haben. Und ob das in Rostock ist, in Greifswald oder wo die anderen beiden Städte noch sind,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

jetzt geht es doch darum, dass wir perspektivisch Wohnungen herstellen, erhalten und dass wir heterogene Stadtzentren haben.

(Rainer Albrecht, SPD: Aber die Grundvoraussetzungen müssen doch gegeben sein.)

Ich denke, das ist mit sozialem Wohnungsbau mit benannt, dass wir hier heute sehen, wie ist der Bedarf morgen, übermorgen. Es fällt häufiger auf, dass Sie immer hinterherlaufen. Sie stehen nicht für Konzepte.

(Rainer Albrecht, SPD: Dann schaut doch mal in den Haushalt rein, was da für Konzepte stehen!)

Und, Herr Albrecht, Sie haben ja gesagt, Sie brauchen ein Maßnahmenbündel oder ein schlüssiges Gesamtkonzept. Genau das haben Sie eben gesagt.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Ich vermisste das schlüssige Gesamtkonzept. Also das wird wahrscheinlich bei dem Wirtschaftsminister liegen, denn ich habe noch kein schlüssiges Gesamtkonzept gesehen.

(Harry Glawe, CDU:
Oder auch nicht zugehört.)

Natürlich, und da sind wir uns doch alle einig, gibt es unterschiedliche Konzepte. Ja, der Haushalt! Da steht eine Zahl drin. Ich muss doch einen Plan dafür haben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ihr versucht doch immer, in diesen Aktionismus zu verfallen,

(Rainer Albrecht, SPD:
Nein, eben nicht. Eben nicht.)

und Frau Lück hat hier einen konkreten Vorschlag gemacht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich finde es eben mittlerweile wirklich ignorant, die Ergebnisse beispielsweise der Enquetekommission hier nicht einmal einfließen zu lassen. Ich denke, da haben wir eine Aufgabe, wir müssen nämlich gucken, wie wir den demografischen Wandel und die Zuwanderung perspektivisch gestalten, und dafür braucht es doch Konzepte.

(Rainer Albrecht, SPD: Habe ich doch eben gerade gesagt.)

Ja, ich habe davon nicht wirklich was gehört. Mich haben die Argumente der CDU oder des Ministers und der SPD nicht überzeugt.

(Harry Glawe, CDU: Weil Sie nicht zuhören, weil Sie einfach nicht zuhören.)

Zuhören ist eine Stärke von mir, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Überhaupt nicht, gar nicht. Gar nicht.)

Ja, das können Sie aber glauben.

(Heinz Müller, SPD: Gut, dass Sie uns das mal gesagt haben.)

Wir schlagen, wie gesagt, eine getrennte Abstimmung vor, weil ich davon ausgehe, dass dem Überweisungsantrag nicht zugestimmt wird. Ich würde mir wünschen, dass wir wirklich inhaltlich in den Ausschüssen darüber diskutieren. Dieser Antrag ist dafür ein gutes Beispiel.

(Harry Glawe, CDU: Eher nicht.)

Wir werden uns bei dem ersten Punkt enthalten und dem zweiten Punkt zustimmen und natürlich auch der Überweisung. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sehr geehrte Frau Gajek, darf ich Ihren Vorschlag als Antrag auf Überweisung verstehen?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Oh ja, bitte!)

Danke.

Ich rufe auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Schubert.

(Egbert Liskow, CDU: Bernd, das kannst du kurz machen.)

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Angela Merkel hoch und wieder hinsetzen, das reicht.)

Ja, man kanns eigentlich so sagen. Gestern Nacht ist ja die Entscheidung gefällt worden und insofern ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und was machen wir dann?
Wir müssen doch einen Plan machen.)

Ich soll ja keinen Personenkult machen, deswegen erwähne ich den Namen nicht, aber die Entscheidung ist gestern Abend getroffen worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Angela Merkel hoch und wieder hinsetzen!)

Und wenn man sich dann wirklich mal die Zahlen ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE – Zurufe von
Julian Barlen, SPD, und Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Gajek, alle haben ausreden lassen. Warten Sie doch mal zwei Minuten!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und das machen wir zwei, drei Minuten und dann wieder hinsetzen.)

Mehr als drei Minuten werde ich auch zu dem Thema nicht mehr reden, weil der Minister eigentlich schon alles gesagt hat.

Der Leerstand der Wohnungen betrug 1995 5,4 Prozent, im Durchschnitt des Landes – diese Angaben sind aus dem Statistischen Amt –, und jetzt im Jahr durchschnittlich 6,3 Prozent. Also ist der Leerstand angewachsen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, weil die Leute aus dem Land gegangen sind. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und wenn man sich dann wirklich auch mal die unterschiedlichen Quoten anguckt, dann muss ich meinem Fraktionskollegen Wolfgang Waldmann,

(Heiterkeit bei Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ...müller!)

Waldmüller danken, der hat sich nämlich in Schwerin umgehört – 10,7 Prozent.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wolfgang Waldmann! –
Tino Müller, NPD: Waldmannsheil!)

10,7 Prozent Leerstand.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich höre zu.)

Und jetzt sagen Sie, es besteht kein Leerstand. Wenn wir jetzt noch mal,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hat doch niemand gesagt.)

wenn wir noch mal auf das Beispiel Rostock zurückkommen: Die Landesregierung hat mit Änderung des Mietrechts die Möglichkeit durch Rechtsverordnung für die Gemeinde oder Teile von Gemeinden geschaffen, in denen etwa durch eine Mietpreisoberbremse auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage reagiert werden kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mietpreisoberbremse, das muss ich
mir aufschreiben! Mietpreisoberbremse! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Warum tut sie dieses nicht? Antwort, nun, ganz einfach: weil von den Oberbürgermeistern unserer Unistädte keine solchen Engpässe bei der Landesregierung angezeigt werden. Im Gegenteil – hier sind ja bestimmt auch Mitglieder der Rostocker Bürgerschaft –, die Rostocker Bürgerschaft hat sich am 26.03.2015 sogar gegen eine Mietpreisbremse als Reaktion auf das vermeintliche Missverhältnis von Angebot und Nachfrage ausgesprochen.

(Rainer Albrecht, SPD: Und die
LINKEN-Fraktion hat zugestimmt.)

Auch vor Ort wird also keine Problemlage gesehen.

Ich fasse die Istsituation an dieser Stelle einmal mit dem O-Ton des Präsidenten des Deutschen Mieterbundes, Dr. Franz-Georg Rips, zusammen. Herr Dr. Rips steht sicher nicht im Verdacht, den Anliegen der Mieter in M-V

nicht sehr wohlwollend gegenüberzustehen, aber auch er sagte, Mecklenburg-Vorpommern ist ein entspannter Wohnungsmarkt – im April 2014 beim Landesverband des Deutschen Mieterbundes.

Insofern sehen die Zahlen doch ganz anders aus, als sie hier von Frau Lück dargestellt werden. Ich meine, wir brauchen dieses Programm nicht, wir wollen diesen Antrag nicht, werden ihn ablehnen und werden auch keiner Überweisung zustimmen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auf den ersten Blick geht der Antrag zwar in die richtige Richtung, dabei darf aber nicht verschwiegen werden, aus welchen Beweggründen die LINKEN ein Sonderprogramm zum Wohnungsneubau mit sozialer Bindung fordern und vor allem, warum erst jetzt.

Bereits ab dem Jahr 2011 thematisierten wir, die NPD-Fraktion, mehrmals den Wohnungsbau und insbesondere den Neubau von Sozialwohnungen im Land. Auf meine Anfrage, in welchen Bereichen die Landesregierung Bedarf sieht, Landesfördermöglichkeiten zu überarbeiten, hieß es völlig inhaltslos, Zitat: „Die Landesregierung arbeitet stets daran, die ausgereichten Förderungen und die entsprechenden Förderbedingungen an bestehende Nachfragen anzupassen, sofern es das besondere Interesse des Landes gem. § 23 LHO erfordert, wenn nämlich ohne die Zuwendungen der verfolgte Zweck nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann.“ Zitatende.

Auf eine weitere Anfrage der NPD-Fraktion, in der konkret nach bestehenden Fördermöglichkeiten im Bereich des sozialen Wohnungsbaus und des studentischen Wohnens gefragt wurde, antwortete die Landesregierung, Zitat: „Das Land stellt auf der Grundlage des Haushaltsplans 2014/2015 jährliche Landesprogramme Wohnraumförderung auf, im Jahr 2014 in Höhe von 11 Millionen Euro und im Jahr 2015 in Höhe von 10,5 Millionen Euro. Die Fördermittel werden für die Modernisierung und Instandsetzung von Miet- und Genossenschaftswohnungen sowie von selbst genutztem Wohneigentum bereitgestellt. ... Das Land stellt zurzeit keine ‚Möglichkeiten bzw. Programme‘ für das studentische Wohnen zur Verfügung.“

Im Klartext heißt das erstens, die Landesregierung flüchtet sich lieber in Ausreden, anstatt klare Antworten zu geben, und zweitens, es existiert schon seit Jahren kein geordneter Plan, den Neubau von Sozialwohnungen zu fördern und langfristig zu sichern. Seitdem der Bund im Zuge Ihrer geliebten Föderalismusreform 2006 die Zuständigkeiten im Wohnungsbau fast vollständig an die Länder abtrat, fehlt eine belastbare Übersicht, wie hoch der Bedarf an sozialem Wohnraum tatsächlich ist.

Die meisten Städte und Landkreise führen keine derartige Statistik. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2012 geht deutschlandweit von sieben Millionen benötigten Wohneinheiten aus. Der Bedarf dürfte seitdem massiv gestiegen sein. Um die Zahlen auf Mecklenburg und Vorpommern zu übertragen, bedarf es dringend einer Analyse des Landeswohnungsmarktes. Hierin sehen wir den ersten grundsätzlichen Schritt für ein Sonderprogramm Wohnungsneubau.

Darüber hinaus gilt es zu analysieren, warum der Bedarf so enorm gestiegen ist. Und hier stoßen die LINKEN einmal mehr an ihre programmatischen Grenzen. Denn es geht ihnen in erster Linie nicht um deutsche Mieter. Sie wollen sich mit dem heutigen Antrag nur ein Alibi für die kommenden Einwohnerversammlungen im Land verschaffen. Wenn die Wut der Bürger über die fremdländische Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt mal wieder hochkocht, wollen Sie mit dem heutigen Antrag punkten.

Die Sache hat allerdings einen Haken. Hier kann das Landtagsarchiv behilflich sein. Obwohl bereits in den letzten Jahren bekannt war, dass Wohnraum mit sozialer Bindung knapp werden wird, widmete sich DIE LINKE, davon völlig unbeeindruckt, wichtigeren Themen, zum Beispiel, wie man noch mehr Fremde nach Mecklenburg-Vorpommern holt. Damit haben Sie zu der jetzigen Situation maßgeblich beigetragen. Davon ist kein Wort in Ihrem Antrag zu lesen. Da Sie weiterhin an Ihrem Multikultiwahn und an Ihrem „Einwanderungsland“ festhalten, ist der vorgelegte Antrag nichts weiter als ein Sonderprogramm zur Förderung von Wohnraum für Asylschnorrer.

(Stefanie Drese, SPD: Rot!)

Darum lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete und Vizepräsidentin Lück.

Regine Lück, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am fehlenden Geld kann unser Antrag nicht scheitern. Genug Mittel für die Wohnraumförderung stünden ja bereit. Für die soziale Wohnraumförderung sind seit Jahren die Länder zuständig, erhalten aber dafür auch noch Unterstützung vom Bund.

Die Krux dabei: Seit 2014 brauchen wir, die Länder, diese Mittel nicht mehr zwingend für die Wohnraumförderung einzusetzen und das nutzt natürlich die Landesregierung auch schamlos aus, das muss man so sagen. Mecklenburg-Vorpommern ist eines der wenigen Länder – und das ist Fakt –, ist eines der wenigen Länder, die nicht bereit sind, den Mittelanteil für das Land in Höhe von 21,3 Millionen Euro weiter zweckgebunden zu verwenden oder gar auch noch zu ergänzen. Unser Antrag für eine Zweckbindung wurde damals abgelehnt. Deshalb stimmt das nicht, was Sie sagen, Herr Müller, wir würden uns überhaupt nicht um Wohnraumförderung kümmern.

Anders geht auch beispielsweise das Land Brandenburg vor. Dort regelt ein Landesgesetz, dass die Bundesmittel weiter für die Wohnraumförderung eingesetzt und mit Landesmitteln sogar verdoppelt werden.

(Heinz Müller, SPD: Wir haben in Berlin auch eine andere Situation.)

In Mecklenburg-Vorpommern wandern die gesammelten rund 80,6 Millionen Euro Entflechtungsmittel in den Topf der Finanzministerin, ganz genau in die Allgemeine Finanzverwaltung, Einzelplan 11. In den Jahren 2007 ...

(Egbert Liskow, CDU:
Was macht sie denn damit?)

Na, das frage ich Sie! Das müssen Sie nicht mich fragen.

(Egbert Liskow, CDU: Doch. Sie wissen das doch. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

In den Jahren 2007 bis 2013, dem Zeitraum, in dem die Zweckbindung galt, wurden lediglich ein Teil der Mittel in das jährliche Landesprogramm zur Wohnraumförderung und der Rest in den Sparstrumpf gesteckt,

(Harry Glawe, CDU: Sondervermögen. Sondervermögen, Frau Kollegin!)

in das Sondervermögen Wohnraumförderung, natürlich.

(Harry Glawe, CDU: Das wissen Sie doch auch. Dann sagen Sie es doch! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dieses ist inzwischen schon auf rund 57 Millionen Euro angewachsen. Außerdem hat das Land pro Jahr Einnahmen in Höhe von 75 Millionen Euro aus Zins und Tilgung der Darlehen für die Wohnraumförderung früherer Jahre. Und durch frühzeitige Ablösung von Darlehen gab es allein 2014, das konnten wir ja den Haushaltsplanunterlagen entnehmen, weitere 50 Millionen Euro Mehreinnahmen. Würden all diese Mittel wieder in die Wohnraumförderung fließen, könnten wir jetzt klotzen statt kleckern.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Vor diesem Hintergrund nimmt sich die bisher vorgesehene Wohnraumförderung in Höhe von 9 Millionen Euro – noch dazu größtenteils als Darlehensförderung mit denkbar schlechten Konditionen – meiner Meinung nach geradezu lächerlich aus.

Herr Minister, und wenn Sie von 4.000,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wenn Sie von 4.000 Wohnungen reden, und das feiern Sie auch noch, die neu gebaut worden sind, dann kann ich Ihnen nur sagen, 50 Prozent waren Familienhäuser oder Eigenheime und der Rest war im hochpreisigen Segment.

(David Petereit, NPD: So ist es.)

Wo sind im Land großartig Mietraumwohnungen zu angemessenen Preisen gebaut worden? Nämlich fast gar nicht. Und das ist Fakt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der Appell der Bundesbauministerin Hendricks, die Mittel vollständig für die Wohnraumförderung einzusetzen, stößt bei der Landesregierung ja bisher auf taube Ohren. Nun könnte ich schmunzeln und sagen, wir kommen ja alle ins gewisse Alter. Aber die Bundesbauministerin kündigte an, auch die Mittel zu verdoppeln. Ich frage heute: Wandert dieses Geld dann auch in den Topf der allgemeinen Finanzverwaltung? Bisher scheint ja der Wirtschaftsminister nicht sonderlich um diese Mittel zu kämpfen. Er bemerkte im Ausschuss achselzuckend, die Mittel gibt es nicht mehr. Abfinden will und kann ich mich damit nicht. Unterbringung und Integration der Menschen, die

zu uns kommen, können doch nicht wie bisher alleinige Angelegenheit des Innenministers sein.

(Harry Glawe, CDU: Das hat er gesagt. Sie hören doch aber nicht zu.)

Nun, wo der Ministerpräsident die Flüchtlingsfrage endlich zur Chefsache macht,

(Harry Glawe, CDU: Und Sie verdrehen die Wahrheiten.)

muss er dabei natürlich auch den Wirtschaftsminister mitnehmen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist unerträglich! Das ist unerträglich! –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei einer Verdopplung der Bundesmittel für die Wohnraumförderung reden wir über 42,6 Millionen Euro, die das Land dafür 2016 erhält. Da lohnt es sich doch zu kämpfen. Ich kündige schon an, in den Haushaltsberatungen zudem zusätzliche Mittel für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen zu fordern. Oft über Jahre leer stehende Wohnungen müssen hergerichtet und schnell wieder der Nutzung zugeführt werden.

(Michael Andrejewski, NPD:
Luxussaniert am besten.)

Und gerade, weil der Kollege Albrecht auch die KfW angesprochen hat: Die KfW unterstützt die Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge mit der Sonderförderung Flüchtlingsunterkünfte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ab sofort stehen, so, wie Sie auch gesagt haben, den Städten und Gemeinden zinslose KfW-Darlehen für Investitionen in den Neu- und Umbau, die Modernisierung sowie den Erwerb von Flüchtlingsunterkünften zur Verfügung.

(Rainer Albrecht, SPD: Da kann sofort gehandelt werden.)

Das verfügbare Gesamtvolumen der Sonderförderung beträgt 300 Millionen Euro. Damit können je nach Art der Unterkünfte bis zu 30.000 Plätze geschaffen werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie können ja neue Städte bauen, Asyltown. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Der Zinssatz beträgt – auch so, wie Sie es registriert haben – 0,0 Prozent für zehn Jahre. Die Kredite werden in der Reihenfolge der Antragseingänge zugesagt, je nach Antragsaufkommen wird die KfW über die Aufstockung des Programms entscheiden.

Ich kann mir an dieser Stelle nicht verkneifen, besonders auf die Konditionen hinzuweisen. Also ich will es noch mal sagen: Ein fester Zinssatz von 0,0 Prozent über zehn Jahre würde der Darlehensförderung des Landes gut zu Gesicht stehen. Das gilt sowohl für neue als auch für laufende Programme. Und genau darüber muss man nämlich mal nachdenken in der Wohnraumförderung. Solange die Konditionen der Landesförderung viel schlechter sind als

die der Banken, werden sie Ladenhüter sein. Frühzeitige Ablösung spült zwar schnell Geld in die Landeskasse, entbindet die Eigentümer aber auch von allen sozialen Bindungen und raubt den Kommunen jeweils die Steuerung bei der Wohnungsvermittlung.

Unabhängig also von der Förderung der Kommunen brauchen wir eine Förderung insbesondere der kommunalen und genossenschaftlichen Unternehmen mit Wohnraum. Gebraucht wird eine Zuschussförderung, ich kann das nicht oft genug hier wiederholen, zum Herrichten von leer stehendem Wohnraum für die dezentrale Flüchtlingsunterbringung und natürlich auch für die Unterbringung in der Zeit der Aufenthaltserlaubnis.

Am vergangenen Sonnabend wurde im Rahmen unserer wohnungspolitischen Konferenz, die wir in Rostock abgehalten haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh, in Rostock auch noch!)

noch einmal betont, dass eine Darlehensförderung die wirtschaftliche Situation insbesondere der kommunalen Wohnungsunternehmen weiter verschärfen würde, deshalb macht nur eine Zuschussförderung Sinn. Wenn struktureller Wohnungse Leerstand wieder aktiviert und mit Darlehen hergerichtet wird, aber die Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis nicht bleiben und ausziehen, sitzen die Vermieterinnen und Vermieter mit noch mehr Schulden an. Ich unterstütze die Forderung des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen nach einer Zuschussförderung des Landes zum Herrichten von leer stehendem Wohnraum ausdrücklich und natürlich gemeinsam mit meiner Fraktion.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Etwa 5.000 bis 7.000 Euro je Wohnung werden benötigt, unabhängig vom Programm des Bundes für Flüchtlinge. Ich werbe deshalb nochmals bei Ihnen für die Überweisung unseres Antrages.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4455 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4455. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, die Ziffern I und II des Antrages einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4455 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4455 mit den Stimmen der

Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer der Ziffer II des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4455 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4455 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 21. Oktober 2015, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15.30 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Lorenz Caffier, Maika Friemann-Jennert, Jutta Gerkan, Detlef Lindner, Udo Pastörs, Marc Reinhardt, Wolf-Dieter Ringguth, Heino Schütt, Jürgen Seidel, Erwin SELLERING, Karen Stramm und Jürgen Suhr.